

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnent: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pf., für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichterstattungen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Sonnabend, den 20. Januar 1906.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Für das Frauenwahlrecht.

Wenn das Klassenbewußte Proletariat in Preußen zu kraftvollem Ansturm aufmarschiert gegen die Spottgeburt einer Volksvertretung, welche junkerliche Brutalität und bourgeoisen Verrat seit 54 Jahren erhalten haben, wenn es einen Kampf aufnimmt, der in letzter Linie entscheidend sein wird für das Schicksal aller Volksparlamente und aller politischen Kampfkammern, wo geborene oder von gottesgnädiger Weisheit ernannte Gesetzgeber in Deutschland ihr Unwesen treiben: da tritt es als entschlossener, konsequenter Vorkämpfer für die volle Demokratie des politischen Lebens auf den Plan. Es heischt die sich in der Gesetzgebung verdrängende politische Macht für die breitesten Massen, nicht von jenem sentimentalen naturrechtlichen Standpunkt aus, für den die Verräter des heutigen markloren und reaktionär verfeuchten bürgerlichen Liberalismus schwärmen, sondern in klarer Würdigung der wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen und Bedürfnisse dieser Massen und der Bedeutung, die der politischen Macht für den proletarischen Emanzipationskampf zukommt. Sein Schlachtruf für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht schließt dabei in jeder Beziehung die weitestgehende Demokratisierung des Wahlrechts ein. Er begreift in sich alle jene Forderungen, deren Erfüllung die bürgerliche Demokratie in Deutschland bis heute aus Klassenfurcht und Klassenhaß dem Proletariat so gut wie vollständig schuldig geblieben ist, ja mehr noch, die sie zum Teil verleugnet und bekämpft. Zu diesen Forderungen gehört das Frauenwahlrecht. Der eingeleitete Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht muß auch ein Kampf für das Frauenwahlrecht sein. Es genügt nicht, daß in diesem Kampfe unsere sozialistische Auffassung von der vollen Gleichberechtigung der Geschlechter durch freundliche Komplimente vor dem Prinzip salviert wird. Die grundsätzliche Forderung muß vielmehr in der Schrift wie in der Rede überall mit Nachdruck erhoben, mit den wichtigsten Gründen gerechtfertigt werden, welche sie zu einem Postulat des kämpfenden Proletariats erheben. Es gilt für uns, in dem Bewußtsein, dem Willen der Massen eine Macht zu schaffen, der sich die gefeierten Gewalten schließlich beugen müssen, dem Philisterium wie der Reaktion jeder Auleur zum Trotz. Das fordert die Resolution, welche der Parteitag zu Dresden zur Frage des Frauenwahlrechts angenommen hat, und die der internationale Sozialistenkongress zu Amsterdam den sozialdemokratischen Parteien aller Länder als Richtschnur gab. Diese Forderungen müssen jetzt, wo sich das Proletariat in Preußen und anderen deutschen Bundesstaaten zum Kampf für die demokratische Gestaltung des Wahlrechts anschickt, in die Praxis umgesetzt werden. Nicht engbrüstiger Buchstabenrespekt ist es, der zur Tat treibt, wohl aber die klare Erkenntnis von dem innigen organischen Zusammenhang, der für das kämpfende Proletariat zwischen Theorie und Praxis besteht. Die sozialistischen Grundsätze sind wurzelseste Sprößlinge der Einsicht in die geschichtliche Entwicklung; sie bei irgend einer Aktion „in den Silberschrein“ stellen, das ließe zuguterletzt immer darauf hinaus, tatsächliche soziale Faktoren zu überschätzen oder zu unterschätzen und dadurch die Praxis des Klassenkampfes zu schädigen. In ihrem gegenwärtigen Ringen muß die Sozialdemokratie mit der gleichen Energie für das Frauenwahlrecht wie für ihre übrigen Forderungen kämpfen, nicht weil es im Programm steht, sondern weil die theoretische Erkenntnis, die das Programm diktiert hat, die richtige Wertung der geschichtlichen Situation und ihrer Aufgabe verleiht. Der Kapitalismus ist am Werk, sein und Bewußtsein großer Frauenmassen gründlich zu revolutionieren. Mit brutaler Faust zertrümmert er den häuslichen Heerd, um den das weibliche Geschlecht seine Welt bauen sollte, zerreiht er die Schleier altehrwürdiger Ideologien von des Weibes Natur, Pflichten und Rechten. Immer neue Zehntausende und Zehntausende Frauen zwingt er, um den Lebensunterhalt oder den Lebensinhalt zu ringen, oft um beides zugleich, und stößt sie damit in das soziale Schlachtgetöse unserer Zeit.

In diesen Kämpfen bedarf die Frau des Wahlrechts als einer Waffe, deren sie so wenig entzogen kann wie der Mann. Das alles ist gerade in letzter Zeit in den Spalten des „Vorwärts“ von Genossen wiederholt so eindringlich nachgewiesen worden, daß sich jedes weitere Wort darüber erübrigt. Aber der gleiche Entwicklungsgang, welcher das Frauenwahlrecht zu einer sozialen Lebensnotwendigkeit für das weibliche Geschlecht werden läßt, die diesem kein Einflußiger und Gerechter verweigern darf, löst auch für den proletarischen Klassenkampf eine unwiderstehlich wirkende Triebkraft aus. Je schärfer der Klassenkampf zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten sich zuspitzt, je weitere Kreise er zieht: um so wertvoller, ja unentbehrlicher wird für die kämpfenden Proletarier die Bundesgenossenschaft der aufgeklärten, organisierten, wehrfähigen proletarischen Frauen. Die heißen, erbitterten Kämpfe, in denen das deutsche Proletariat steht, die noch gewaltigeren Schlachten, denen es entgegengeht: sie müssen unstreitig noch in größerem Maße als bisher auch die Frauenwelt in ihre Wirbel reißen und ihre tosende Brandung bis in den Schoß der Familie werfen. Sie bedingen die Aktion proletarischer Massen, die durch einen zielklaren Willen fest zusammengeschweißt, befeuert und geleitet werden. Das Prole-

tarat kann diese Kämpfe nur siegreich bestehen, wenn in der Fabrik und im Heim die Frau mit leidenschaftlicher Hingabe dem Ideal des proletarischen Befreiungskampfes anhängt.

Dazu ein anderes. Im Lager der bürgerlichen Parteien beginnt sich der Wille zu regen, die Frauen als Kämpferinnen in die politische Aera zu rufen, als Ersatztruppen für die Arbeiter, die ja längst in hellen Säulen zur Sozialdemokratie abgesehen sind. Das ist der Sinn des grundsätzlichen Frontwechsels in der Frauenfrage, der sich innerhalb des Zentrums vollzieht und liberale Verteidiger des Frauenwahlrechts „haßt; das kün- digen die Anträge bürgerlicher Parteien, welche für das weibliche Geschlecht volles oder teilweises politisches Vereinsrecht fordern. Die Sozialdemokratie muß künftig sicher damit rechnen, daß ihre Feinde aus der Rückständigkeit der Frauenmassen Kapital zu schlagen versuchen. Unter den aufgesetzten Gesichtspunkten gewinnt die Sammlung und Schulung der Proletarierinnen für den Klassenkampf erhöhte Bedeutung! Das Wahlrecht aber hat als vorzügliches Mittel hierzu seine Kraft am proletarischen Manne verlohren. Es wird der Arbeiterklasse Scharen von Kämpferinnen erschaffen lassen, die ziel- und wegsicher, flug und lüch zur Tat und grenzenloser Aufopferung fähig sind.

Die Gründe widerlegen, mit denen das spießbürgerliche und reaktionäre Geschwätzerpaar gemeinlich das Frauenwahlrecht zurückweist, hieße die Leser beleidigen. Diese Gründe sind gerade gut genug, einen Stammtisch zu ergötzen, das Mädchenarsenal des dummen August im Jirkus zu bereichern und etwa — von einem Minister aufgetrumpft zu werden, der als „Diener seines Herrn“ ein Amt hat und keine Meinung. Dagegen sei ein ernsteres Bedenken gegen das Frauenwahlrecht gestreift: die Befürchtung, es werde zuerst die Macht der reaktionären Parteien stärken. Wie die Sozialdemokratie sich von ihr schrecken, so müßte sie überhaupt vor jeder Demokratisierung des Wahlrechts zurückschrecken. In der Tat führt jede Erweiterung des Wahlrechts Rückständige und Reulinge auf den politischen Kampfplatz, die zunächst leicht die Beute gewissenloser Drahtzieher und Hinterlänger werden können. Die vorhandene Gefahr trägt aber ihre Korrektur in sich: den stärksten Ansporn und die trefflichste Gelegenheit, die Rückständigkeit durch Schulung zu überwinden.

Eine Frage anderer Natur drängt sich jedoch auf: ist es strategisch klug und raffisch, in dem gegenwärtigen Kampfe das Banner des Frauenwahlrechts zu entrollen? Wird dadurch nicht die Wucht des proletarischen Angriffs geschwächt, der Widerstand gegen ihn vermehrt und gefährlich? Wir sind der gegenteiligen Ansicht. Der Kampf des Proletariats für die Demokratisierung des Wahlrechts trägt so ausgesprochen den Charakter eines Ringens um die Macht, ist von so einschneidenden und weittragenden Folgen, daß ihm — ganz gleich, welche Einzelforderungen er einschließt — die bestehenden und herrschenden Massen unter allen Umständen den jähesten, erbittertesten Widerstand entgegenzusetzen werden.

Keine Konzession, keine Beschränkung der proletarischen Forderungen wird diesen Widerstand entwaschen können. Er muß durch die höchste andauernde Kraftentfaltung gebrochen werden. Wie die Dinge heute liegen, ist außerdem eins nicht ausgeschlossen. Die Reaktion kann sich einfallen lassen, nach dem norwegischen Muster des Gemeindevahlrechts eine Erweiterung des Männerwahlrechts mit der Einführung des Zensuswahlrechts für die Frauen zu verquiden und dadurch die politische Macht des Besitzes neu zu stärken. Die beste Verteidigung ist bekanntlich der Dieb. Nichts durchkreuzt wirksamer die Absicht, unter der falschen Flagge des Frauenwahlrechts ein Vorrecht mehr für den Geldsack zu schaffen, als ein energischer Kampf für das allgemeine Frauenwahlrecht, ein Kampf, der vor allem die Massen der weiblichen Habenichtse und wenig Bemittelten aus ihrer lethargie aufrüttelt und fortreibt.

Noch auch davon abgesehen, trägt die Sozialdemokratie mit ihrem Ruf nach dem Frauenwahlrecht Verwirrung und Zwiespalt in die Reihen ihrer Feinde und schwächt dadurch deren Kampfesfähigkeit und Kampfeskraft. Die Forderung löst die sozialen Gegensätze aus, welche innerhalb der bestehenden Klassen zwischen Mann und Weib existieren, sie erzeugt in den bürgerlichen Parteien Reibungen und Splitterungen zwischen den Anhängern und Gegnern des Bürgerrechts der Frau. Gleichzeitig trägt sie an ihrem Teil dazu bei, die Lestentlichkeit über die Haltung bürgerlicher Reformen und Arbeiterfreunde aufzuklären. Bis in die Reihen der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen hinein zwingt sie, Farbe zu bekennen, scheidet sie scharf, wer mit dem Proletariat, wer gegen es geht. Ein nicht zu unterschätzender Gewinn. Nichts gefährlicheres in einem schweren Kampfe, als halbe und laue Freunde, welche die Kühnheit und Entschlossenheit des Volkes lähmen, die Wucht und Tragweite der Schläge mindern.

Am höchsten aber werten wir die Wirkung des Kampfes fürs Frauenwahlrecht auf die proletarischen Massen. Er trägt Sörung, Leben, Bewegung unter sie, zwingt sie, sich mit alten Vorurteilen und neuen Problemen auseinanderzusetzen, hält sie dadurch in Atem, wirbt neue, besser geschulte Streiter — ganz besonders aus dem weiblichen Proletariat — und mehrt dadurch Kampfesfreude und Siegesansicht. Nicht Schwächung, vielmehr Kräftigung seiner Aktionsfähig-

keit bringt dem Proletariat der Kampf ums Frauenwahlrecht. Ihn innerhalb des allgemeinen Ringens um das Recht der ausgebeuteten und unterdrückten Klassen mit aller Energie zu führen, läuft darauf hinaus, dem Feinde zahlreichere und wehrfähigere Streitermassen entgegenzustellen. Sammlung und Erziehung der Massen aber bedeutet Macht und Sieg!

Die Revolution in Rußland.

Offizielle Beschwichtigungen.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Einem Telegramm aus Riga zufolge ist die Stadt Goldingen, der Herd des Aufstandes in den Ostseeprovinzen, heute von einer Truppenabteilung besetzt und die Ordnung wiederhergestellt worden. — Aus Tschakow wird gemeldet, daß der südliche Teil der Eisenbahnlinie Orenburg-Tschakow für den Verkehr wieder frei ist. Nach Telegrammen aus Ufa ist die Eisenbahn Samara-Siatoust dem Verkehr wieder übergeben worden. Es herrschen wieder normale Verhältnisse. Die Telegraphenleitungen sind in Betrieb. — Im Gouvernement Woronesch hat die Bauernbewegung nachgelassen. Im Gebiete der Provinz und der Stadt Woronesch herrscht Ruhe. — In den Werkstätten der Moskauer Eisenbahn in Moskau wurden 6 Personen verhaftet, bei denen zwei Bomben vorgefunden wurden. Eine große Anzahl Revolver und anderer Waffen nebst Munition wurde beschlagnahmt. — Einem Telegramm aus Riga zufolge telegraphierte General Schiff aus Wenden, daß gestern Abends um 10 Uhr 46 Gemeinden ihre völlige Unterwerfung erklärten. Die Veruhigung der Provinzen Estland und Livland schreitet schnell vorwärts, langsamer die der Provinz Kurland, wo jedoch in der letzten Woche gute Resultate erzielt worden sind. 20 Führer der Aufständischen wurden verhaftet, 8 von ihnen getötet. Die Flüchtlinge haben sich nach Riga gewandt, wo Sicherheitsmaßnahmen ergriffen worden sind.

Revolutionäres aus Odessa.

Der Standard meldet: In Odessa wurde eine Bombe gegen eine Abteilung Polizisten geworfen. Dabei wurden fünf Polizisten getötet und sieben schwer verwundet. Die Revolutionäre haben die Absicht kundgegeben, den Dom in die Luft zu sprengen. (?) Infolgedessen ließ der Generalgouverneur den Dom von Truppen umzingeln.

Bauernunruhen.

Lemberg, 19. Januar. Blättermeldungen zufolge nehmen die antisemitischen Bauernunruhen in der Umgegend von Radworona einen sehr ersten Charakter an. Jüdische Familien treten die Flucht an. In Borochia überfielen Bauern das dortige Krankenhaus, mißhandelten und töteten einen dortigen Vater. Für heute, am Tage des Jordanfestes, werden große Exzesse befürchtet.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. Januar.

Abschluß der Woche im Reichstage.

Die kolonialpolitische Debatte über die Dualabahn sank heute auf ein noch tieferes Niveau, als sie der Tropenkoller gestern schon herabgeschraubt hatte. Sie bewegte sich fast ausschließlich in polemischen Angriffen und Erwidierungen der Redner von gestern, unter denen die unwürdig naive Neubergerung des Abg. Goller, der von dem Abg. Erzberger des Tropenkollers bezichtigt wurde, Lachsalben auslöste. Die Vorlage wurde darauf an die Budgetkommission verwiesen.

Dann folgte die erste Beratung der Pensionsgesetze für das Heer, die Marine und die Schütztruppen, durch die die Pensionsverhältnisse für Offiziere sowie die Versorgung der Personen der Unterlassen des Heeres etc. neu geregelt werden sollen. Die Vorlage fiel bekanntlich im vorigen Jahr unter den Tisch, weil der Reichstag urpöblich „wie Schulbuben“ von der Regierung nach Hause geschickt wurde. Der Regierung, die dieses Gesetz selbst für dringlich bezeichnet, wurde diese von ihr selbst verschuldete Verschleppung besonders von unserem Redner, dem Genossen Vefche, unter die Nase gerieben, der auch noch einige Veränderungen der Vorlage zugunsten der unteren Heeresklassen verlangte. Aus der Debatte ist noch hervorzuheben, daß der konservative Abgeordnete v. Massow so täppisch als möglich die Gelegenheit ergriff, ein wenig gegen die Sozialdemokratie scharf zu machen. Er hatte revolutionäre Visionen über die Wahlrechtsdemonstrationen am 21. Januar und rief die Offiziere auf, auch an diesem Tage ihre Pflicht zu tun. Es scheint, daß die ärgsten Scharfmacher die größte Angst vor den Willensstimmungen der entrechteten Volksmassen haben. Natürlich fiel Herr v. Massow mit seinen Mäuren gründlich ab; kein Mensch mißt ihnen Bedeutung bei. Der nationalliberale Abg. Graf Driola wollte die Vorlage an eine besondere Kommission, der Zentrumsabgeordnete Graf Hompesch dagegen an die Budgetkommission gewiesen haben. Der letztere Antrag wurde angenommen.

Weiter erledigte das Haus die erste Beratung des Gesetzesentwurfs wegen Abänderung des Gesetzes betreffend die Statistik des Warenverkehrs des deutschen Zollgebietes mit dem Auslande und entschied sich, die zweite Lesung ohne Kommissionsberatung vorzunehmen.

Die sich das Haus verlagte, machte der Präsident Mitteilung von dem Ableben des Staatssekretärs v. Nischhofen, die sich so lange verzögert habe, weil er von der Regierung bis zur Stunde weder über das Ableben noch über den Zeitpunkt der Beerdigung benachrichtigt sei. Da er aber aus Zeitungen Kenntnis davon erhalten habe, schlage er vor, morgen am Beerdigungstage die Sitzung ausfallen zu lassen. Am Regierungstische gab es über diesen „Bischof“ lange Gespräche, während im Hause lebhaftes „Hört! hört!“ erschallte.

Die Unterlassung der Benachrichtigung ist ja nur eine der kleinsten Rücksichtslosigkeiten gegen den bewilligungslustigen Reichstag. Geschicht der Mehrheit ganz recht; sie apportiert ja doch alles, was die Regierung von ihr begehrt. Die nächste Sitzung findet am Montag statt. —

Zur Hamburger und zur Berliner Wahlrechtsdemonstration.

Der die kühnsten Erwartungen überrückende imposante Verlauf der Hamburger Wahlrechtsdemonstration hat gezeigt, wie die Arbeiterschaft über die politischen Brutalisierungsgelüste der hantwärtigen Machthaber und ihres Stützels denkt. Daher ist es auch erklärlich, daß die Scharfmacherorgane heiß bemüht sind, die Bedeutung dieser ihnen eindringlichst zu Gemüte geführten Bekundung des Volkswillens dadurch herabzusetzen, daß sie weiter versuchen, den Großstadt-Janagel der Sozialdemokratie an die Rodschöhe zu hängen. Wer bloß die Tobsuchtsanfänge der „Hamb. Nachrichten“ liest, der muß in den Glauben verfallen werden, Hamburg habe am Abend des 17. Januar in Blut geschwommen. Das edle Organ muß aber doch schon zugeben, daß die ersten Nachrichten — seine Nachrichten — nicht in allen Teilen zutreffend sind. Wie während die gefallenen Krieger nach der Sonnenblut, so läßt es auch die bei den Straßenkämpfen mit dem Hamburger Mob gefallenen berittenen und unberittenen Polizeikrieger wieder auferstehen bzw. — sich auf dem Wege der Besserung befinden.

Die unverantwortliche Polizei.

Wie schon gestern mitgeteilt wurde, hat die Polizeibehörde eine Warnung an die gesamte Bevölkerung erlassen. Sie scheint aber sehr schlecht über den Beginn der Ereignisse im Kaschemmenviertel unterrichtet zu sein, denn nicht „im Anschluß an die sozialdemokratischen Versammlungen“, die etwa um 8 Uhr beendet waren, sondern abends um 11 Uhr hat der lichtschwere Mob das Bombardement auf die Schaufensterscheiben usw. begonnen! Wie gestern schon herausgehoben, ist dieses von Verbrechern frequentiertes Viertel, dessen Kaschemmen im vorigen Sommer von den Mitgliedern der internationalen Kriminalistenvereinigung mit großem Interesse in Augenschein genommen worden sind, von Polizei ganz entblößt gewesen, während es in „normalen“ Zeiten stets von starken Polizeipatrouillen durchzogen wird. Frei von aller Polizeiaufsicht, beging der Janagel die Ereignisse, ohne zunächst von Polizisten behindert zu werden. Die Polizei habe am dem Abend — höhere Aufgaben zu erfüllen; sie ließ das Rathaus und die friedlichen Demonstranten bewachen. Auf dem menschenleeren, von Hunderten von Polizisten abgesperrten Rathausplatz stand ein großes Pilett berittener Polizisten, im Rathaus selbst waren 150 Beamte stationiert. Die Polizeibehörde mag sich decken und wenden, wie sie will, den Vorwurf, eine große Unterlassungsfünde und tatsächliche Ungeheuerlichkeiten begangen zu haben, kann sie nicht entkräften. Das Verhalten dieser Polizeibehörde gegenüber ruhigen Leuten wird von völlig einwandfreien Zeugnissen scharf kritisiert.

Nach dem bekannten Worte: Verleumde lütht, es bleibt doch etw. an hängen, wird von unseren politischen Gegnern die Schuld an den bedauerlichen Vorgängen der Arbeiterschaft in die Schuhe geschoben.

Es widert uns an, am Vorabend des 21. Januar die gemeinen Entstellungen unserer politischen Gegner aufs Korn zu nehmen. Daher beschränken wir uns aufs Allernötigste. Derjenige Teil der bürgerlichen Presse, der sich in irgend einem Ecken seines Bewußtseins „für vorlonnende Hälle“ noch ein letztes Reiches Anstandsgefühl gewahrt hat, erkennt an, daß die Hamburger Ereignisse nur bei Notzuchtigung der Wahrheit der Sozialdemokratie in die Schuhe geschoben werden können. Dagegen schreibt Dr. Friedrich Lange „Deutsche Zeitung“ am Freitag einen Konfens über: „Die Generalprobe für den 21. Januar in Hamburg“ (die „Abendzeitung“ brachte tags zuvor einen Leitartikel: „Die Hamburger Generalprobe“) — einen Konfens, auf den wir kurz eingehen müssen, nicht um uns mit Dr. Lange über seine Auffassung der Hamburger Vorgänge zu streiten, sondern um die Tendenz dieses politischen Artikels des „unabhängigen“ Tagesblatts für nationale Politik zu charakterisieren. Der langen Rede kurzer Sinn ist natürlich der: die Behörden noch schärfer zu machen, als sie im Augenblick schon sind. Da wird gestennt: die Sozialdemokratie sei schuld an den Ereignissen in Hamburg; denn sie habe die Erbitterung erregt, für deren Folgen sie auch die Verantwortung tragen müsse usw. Daß es — angenommen: dieser Gedankenengang wäre richtig — viel straflicher, viel leichtsinniger ist, in die gesamte preußische Schutzmannschaft, die Gendarmerie, das Heer eine Erbitterung zu tragen, wie die, deren Feuer die reaktionäre Meute in den letzten Tagen diabolisch schürt, das brauchen Logiker und Gemütsmenschen a la Dr. Lange nicht zu bedenken.

Die Hauptsache ist den biedereren Hefern und Schwärmern übrigens die Rabunwendung auf die Reichshauptstadt. Welche Polizeigerungen werden daraus für Berlin gezogen? Und Folgerungen müssen natürlich gezogen werden; denn — hier wird die „Post“ zitiert — „aufgeregt durch die vorhergegangene Agitation in Flugblättern und „Vorwärts“-Artikeln und zum Teil womöglich „animiert“ durch Mithofgenau am Sonntag morgens und vormittags“ werden diejenigen, die keinen Einlaß in die abgesperrten Versammlungsorte finden, geneigt sein, etwas zu unternehmen, d. h. in irgendwelcher Form die Sicherheit und Ordnung des Verkehrs auf den Straßen und Plätzen gefährden. . . .

Was soll demnach geschehen? Sehr einfach! „Verbot der für den 21. Januar geplanten Versammlungen nicht aus politischen (?!), sondern aus rein verkehrspolizeilichen Gründen, im Interesse der Sicherheit und Ordnung des Straßenverkehrs. . . ein Verbot speziell für Berlin, und nur gerade für Sonntag, den 21. Januar, eventuell und vorläufig überhaupt für die Sonntage. . .“ Die guten Seelen! Sie wissen nicht, daß die Berliner Arbeiterschaft — von anderen Niedereranstaltungen wie beim Volkswander usw. abgesehen — am Sonntag, den 1. Mai 1904, an die 100 000 Arbeiter auf die Beine gebracht und in Versammlungen vereinigt hat, deren Anzahl noch größer war als die Zahl der für den morgigen Sonntag projektierten! Und diesen Tag feierte in gleicher Weise das gesamte deutsche, das internationale Proletariat! Und damals waren — soviel wir wenigstens wissen — keine Säbel geschliffen, das Militär der Berliner Garnison nicht konfigniert, Stachel und Hölle nicht in Bewegung gesetzt. Und trotzdem ging der preußische Staat nicht unter, das alte Schloß zu Berlin blieb stehen, keinem Volksgeminn, keinem Gendarmen wurde ein Härchen gekrümmt.

Indessen — Nervosität ist ansteckend. Die Hamburger Polizei hat bereits eine für gestern (Freitag) abend einberufene Versammlung der Metallarbeiter „auf Grund des Vereinsgesetzes“ verboten! Ja, sie ist noch weiter gegangen. Sie hat gar folgende generelle Bekanntmachung erlassen:

„Nachdem sich an die sozialdemokratischen Versammlungen am 17. d. M. Aufsehungen schwerster Art gegen die öffentliche Ordnung angeschlossen haben, wird die Polizeibehörde öffentliche Versammlungen für den am 21. und 22. Januar und für die Tage, an denen die Bürgerchaft über die Wahlrechtsvorlage verhandelt, ausnahmslos verbieten und sonstige öffentliche Versammlungen in der nächsten Zeit nur in ganz besonderen Fällen zulassen. Umzüge werden bis auf weiteres überhaupt nicht gestattet werden.“

Und was gibts in unserem teuren Berlin? Man kann die Nervosität der Hamburger Behörde wenigstens für echt halten. Die Nervosität der preußischen Junker und Muder, der Leute von der „Post“, „Deutsche Zeitung“ usw. ist zweifellos erbäulich. Und doch vermöchten und vermögen sie es, unsere behördlichen Organe mit dem Nervositäts-Vozillus zu infizieren. So hören wir, daß am morgigen Sonntag sämtliche Berliner Postunterbeamten Dienst fallen sollen! Will man sie als Schutztruppe der Reaktion mit verwenden? Oder glaubt man, Tausende von Händen nötig zu haben, um die „Siege“ der Berliner Polizei und Garnison über das friedlich demonstrierende Berliner Proletariat nach berühmten Mustern in alle Richtungen der Windrose telegraphieren (!) zu können? Oder will man „bloß“ verhindern, daß die Postkassen die Volkssammlungen besuchen?!

In letzter Stunde geht uns aber eine Nachricht zu, von deren Richtigkeit ganz Berlin sich heute wird überzeugen können. Sie beweist, daß gewisse Kreise unseres Beamtentums im Herzen der Schornacherei sich doch noch etwas Vernunft und Kaltblütigkeit bewahrt haben. Herr von Borries, Berlins Polizeipräsident, läßt am heutigen Tage folgende Bekanntmachung an alle Berliner Postkassen stellen:

Bekanntmachung.

Für den morgigen Tag sind von der sozialdemokratischen Partei zahlreiche Versammlungen einberufen worden, um gegen das für das preussische Abgeordnetenhaus geltende Wahlrecht zu protestieren. Wenngleich der sozialdemokratische Parteivorstand die Mitglieder seiner Partei ermahnt hat, hierbei den Anordnungen der Behörden zu folgen und Demonstrationen auf der Straße zu vermeiden, so ist es nicht ausgeschlossen, daß erregte Massen nach Schluß der Versammlungen dennoch die Ordnung auf der Straße stören und sich zu gemeinsamen Kundgebungen hinreißten lassen. Sollten derartige Ausschreitungen vorkommen, so wird ihnen mit vollem Nachdruck und nötigenfalls mit den äußersten nach dem Gesetz zulässigen Mitteln entgegengetreten werden.

Da bei solchen Vorgängen Unbeteiligte und Neugierige jeden Alters und Geschlechts zugegen zu sein pflegen, so glaube ich im Interesse der Einwohnerschaft zu handeln, wenn ich sie auffordere, allen Massenansammlungen fernzubleiben, weil sonst nicht zu verhindern ist, daß unter Umständen auch Unschuldige an Leben und Gesundheit Schaden leiden.

Berlin, den 20. Januar 1906.

Der Polizei-Präsident.

von Borries.

Für uns war diese freundliche Fürsorge umdötig. Auf jeden Fall aber kann sie nicht schaden, und wir dürfen uns vielleicht gar freuen, daß Herr v. Borries sich dem Anrufe unseres Parteivorstandes in so liebenswürdiger Weise angeschlossen hat.

Staatsraison oder Hochverrat?

Gegenüber der borniert-reaktionären Haltung, mit der die privilegierten Klassen in Preußen jede Wahlreform ablehnen, verdient die Haltung des Wahlgesehause Ausschusses der bayerischen Ersten Kammer rühmend hervorgehoben zu werden.

Die Erste bayerische Kammer ist ihrer Zusammensetzung nach ein ebenso zopfiges Institut, wie das preussische Herrenhaus. Die bayerische Kammer der Reichsräte besteht aus den mündigen Prinzen des Königshauses, den Kronbeamten, den zwei Erzbischöfen, den Häuptern der standesherrlichen Familien, einem vom König auf Lebenszeit ernannten Bischof, dem Präsidenten des protestantischen Oberkonsistoriums und anderen vom König zu erblichen oder lebenslänglichen Reichsräten ernannten Mitgliedern. Aber selbst diese Zusammensetzung der Kammer der Reichsräte hat nicht verhindert, daß die von ihr eingesehete Wahlrechtskommission dem Wahlgesetzentwurf, der die bisher bestehende indirekte Wahl beseitigt, beinahe einstimmig, nämlich mit 11 gegen eine Stimme angenommen hat!

Mögen aber auch dem neuen Wahlgesetzentwurf noch bedenkliche Mängel anhaften, und mag auch die Zustimmung des Ausschusses der Ersten Kammer vornehmlich auf das Interesse zurückzuführen sein, das die Ultramontanen an der Wahlreform haben: beachtenswert bleibt trotz alledem die Tatsache, daß das bayerische Herrenhaus sich im schroffsten Gegensatz zu dem unmündigen preussischen Herrenhaus für eine Demokratisierung des Wahlrechts ausgesprochen hat!

Aus der Debatte des Wahlgesehause Ausschusses seien nach der „Münchener Post“ folgende Stellen wiedergegeben:

Reichsrat Dr. Ritter v. Wegmann als Referent: Die Kammer der Reichsräte habe sich seit acht Jahren mit der Frage der Aenderung des Landtagswahlgesetzes zu beschäftigen gehabt. Die erste Veranlassung hierzu sei im Jahre 1898 durch einen Antrag Grillenberger gegeben worden.

Zu Beginn der jetzigen Session sei von den Abgeordneten Dr. v. Daller und Genossen ein neuer Antrag eingebracht worden. Derselbe verlange jedoch nicht mehr die Vorlage eines Gesetzentwurfes von der königlichen Staatsregierung, sondern enthalte selbst einen ausgearbeiteten Initiativentwurf eines neuen Landtagswahlgesetzes, der jedoch im Wortlaut nahezu völlig mit dem feinerzeitigen Entwurf der königlichen Staatsregierung übereinstimme. In formeller Beziehung sei hiergegen nichts zu erinnern, da die vorwürfige Materie dem Initiativrecht des Landtages überlassen sei.

Das Prinzip der Gleichheit, wonach alle Stimmen als solche gleich gezählt werden müßten, sei auch im bisherigen Gesetze voll zur Geltung gekommen. Eine Erweiterung dieses Prinzips weise der Entwurf nicht auf, auch keine Verbesserung. Hier würde das System der Proportionalwahlentscheidung eingegriffen haben, insofern als hierbei die Bewertung der Stimmen nicht rein nach dem der Proportion vorzunehmen wäre. . . . Insofern lasse die Durchführung des Prinzips der Gleichheit etwas zu wünschen übrig, als die Wahlkreise nicht alle einmännig seien. Nach dem Entwurf sollten zwar die einmännigen Wahl-

kreise die Regel sein und nur 80 Wahlkreise zwei Kandidaten aufweisen. Eine noch konsequenterere Durchführung des Systems der einmännigen Wahlkreise wäre entschieden zu wünschen gewesen.

Zum Schluß erklärt der Referent, daß er glaube, mit gutem Gewissen das Gesetz zur Annahme empfehlen zu können und fügt noch bei, daß bei Ablehnung desselben, wozu allerdings der Kammer der Reichsräte die vollste Freiheit gelassen sei, die Unruhe im Lande fort dauern, ja sie noch mehr steigern würde.

Reichsrat Ritter v. Thelemann: Er möchte betonen, daß er schon im letzten Landtage das Zustandekommen des Wahlgesetzes dringend gewünscht und es sehr beklagt habe, daß das Gesetz nicht zustande gekommen sei. Auch zurzeit hege er den dringenden Wunsch, daß der jetzt vorliegende Entwurf zum Gesetz werden möge, da er nicht nur unter den gegebenen Verhältnissen das Zustandekommen des Gesetzes als ein Gebot der Notwendigkeit erachte, sondern auch weil das bisherige Wahlgesetz zweifellos veraltet und dringend einer zeitgemäßen Umgestaltung bedürftig sei.

Reichsrat Dr. Febr. v. Hertling: Er stimme unter allen Umständen dafür, daß das Gesetz zustande komme, denn er fürchte, daß, wenn das Gesetz noch einmal zu Falle kommen werde, das ganze Land eine noch größere Verunruhigung erleiden dürfte, als dies bei den letzten Wahlen der Fall gewesen sei. Die wenn auch unberechtigte Wahlreform: „Raub des Wahlrechts“ habe damals auf die Massen gewirkt, und dies müßte in erhöhtem Maße auch jetzt eintreten. Aus diesem Grunde würde er es beklagen, wenn die Ablehnung dieses Gesetzes durch die Kammer der Reichsräte erfolgen sollte.

Prinz Ludwig von Bayern: Er sehe nur zwei Möglichkeiten, entweder man nehme den von der Kammer der Abgeordneten in Vorlage gebrachten Gesetzentwurf in der Fassung an, wie er an die Kammer der Reichsräte gekommen sei, und sichere dadurch die Wahlreform, oder man ändere ihn ab und bringe dadurch höchstwahrscheinlich die Wahlreform zu Fall.

Seiner Meinung nach dürfte bei der borgeordneten relativen Mehrheit der Ausgang der Landtagswahlen auch für die Liberalen nicht ungünstiger werden, als bei der absoluten Mehrheit. Zum Beweise führe er das Beispiel der Münchener Gemeindevahlen an. Obwohl hier das Zentrum die Mehrheit aller in der Stadt abgegebenen Stimmen erhalten habe, sei doch der Ausgang der Wahl der gewesen, daß fast keine Zentrumsleute, sondern überwiegend Liberalen und auch einige Sozialdemokraten gewählt worden seien.

Er für seine Person habe ganz andere Bedenken gegen das ganze Wahlgesetz gehegt. Er wäre dafür gewesen, daß man lauter einmännige Wahlkreise gebildet und daß in diesen die absolute Mehrheit entschieden hätte. Er sei auch der Anschauung gewesen, was vom Gerechtigkeitsstandpunkte aus betrachtet viel für sich gehabt hätte, daß bei den jeweiligen Landtagswahlen auf die Bevölkerungszunahme Rücksicht genommen und immer die letzte Volkszählung der Wahlkreiseinteilung zugrunde gelegt würde. Alle diese Fragen hätten aber zurzeit an Bedeutung verloren, und es handle sich jetzt nur darum, ob die Kammer der Reichsräte das von der Kammer der Abgeordneten einstimmig angenommene Gesetz zum Scheitern bringen wolle oder nicht. Rahgebend sei für ihn der Umstand, daß das ganze Land eine Aenderung des bestehenden Wahlgesetzes wünsche und daß es sich mit großer Majorität dafür ausgesprochen habe.

Er schwärme nicht für das neue Wahlgesetz, doch müsse er anerkennen, daß es einen großen Fortschritt gegenüber dem jetzigen bedeute. Die durch die gesetzliche Wahlkreiseinteilung im Laufe der Zeit zutage tretenden Ungerechtigkeiten könnten durch Novellen beseitigt werden. Es sei ihm bekannt, daß die vor Dezennien gesetzlich festgestellten, ursprünglich annähernd gleichen Reichstagswahlkreise durch die Bevölkerungsveränderungen jetzt höchst ungleiche Wählerzahlen aufwiesen. Trotzdem dürfte es besser sein, die Wahlkreise gesetzlich festzulegen, als dies dem Verordnungswege zu überlassen.

Hier müsse er auch einige Worte zugunsten der geheimen Wahlen vorbringen.

Mit Ausnahme des Herrn Reichsrats Febr. v. Thünen sei keiner der Herren gegen das geheime Wahlrecht aufgetreten. Seiner Anschauung nach sei die geheime Wahl ein Schutz der Schwachen gegen die Starken. Betsch würden gerade abhängige Leute veranlaßt, anders zu wählen, als sie beabsichtigten. Es gäbe gewissenlose Menschen genug, die ihre Untergebenen zwingen, ganz anders zu wählen, als diese wählen möchten. Diese Scheuten auch nicht davor zurück, ihre Untergebenen nur wegen einer nicht gemachten Stimmenabgabe aus dem Dienste zu entlassen. Um derartige Uebelstände zu verhüten, müsse mit allen Mitteln an der Sicherstellung des geheimen Wahlrechts gearbeitet werden. Der Gesetzentwurf sei in dieser Richtung im juristischlichen Sinne gefast.

Prinz Ludwig ließ dann noch die Ausführungen über die Vorzüge des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Reichstagswahlrechts folgen, die wir bereits widergegeben haben!

Die Auslassungen der bayerischen Standesherrn, besonders des bayerischen Kronprinzen sind aus einem doppelten Grunde für die preussische Wahlrechtsbewegung höchst aktuell. Einmal wegen ihrer prinzipiellen Betonung der Notwendigkeit eines möglichst demokratischen Wahlrechts, ferner aber auch wegen der unverhüllten Anerkennung der Pflicht der Regierungen und der privilegierten Klassen, sich der Willensäußerung der Masse des Volkes zu fügen! Wie ein toter Faden zieht sich durch alle Reden die Betonung der Pflicht, der Volksstimmung Rechnung zu tragen und die Massen nicht durch ein starres Festhalten an überlebten, reaktionären Klassenvorrechten immer mehr zu erbittern!

Für die bayerischen Standesherrn, den künftigen Träger der Krone an der Spitze, ist also des Volkes Wille das höchste Gesetz — in Preußen dagegen wird das Volk, das seinem Willen Ausdruck geben will, als innerer Feind, als vaterlandlose Rote, als ein Haufe von Aufrührern behandelt! In Bayern legt man die bessere Hand an ein veraltetes, die Massen benachteiligendes Wahlrecht, in Preußen mobilisiert man die Staatsanwälte, konfigniert man die Flugblätter, bedroht man friedlich Demonstrierende mit Polizeisäbel und Kleinfalbrigen! Was in Bayern vornehmstes Gebot der Staatsraison ist, ist in Preußen Hochverrat!

Die Arbeiterklasse in Preußen und in allen Bundesstaaten mit gleich reaktionärem Wahlrecht wird sich auch diesen schreienden Kontrast als Agitationsmittel nicht entgehen lassen, um gegen die reaktionären Regierungen und reaktionären Parteien Sturm zu laufen. Namentlich auch das Zentrum, das in Preußen zu den Beschütern des unerhörten Drei-

Kassenwahl-Unrechts gehört, wird Rede und Antwort stehen müssen, wie es die politische Doppelmoral für Nord und Süd mit Recht und Logik in Einklang zu bringen vermag! —

Deutsches Reich.

Der weiße Schreden in Sachsen.

Dresden, den 19. Januar. (Fig. Ber.)

Die Zweite Kammer des Landtags hat gestern nachmittag mit 59 gegen 4 Stimmen in namentlicher Abstimmung beschlossen, die Genehmigung zur Strafverfolgung der „Leipziger Volkszeitung“ wegen Beleidigung des Landtags zu erteilen. Gegen den Antrag stimmten nur der Sozialdemokrat und die drei Freisinnigen, dafür geschlossen die Konserverbäuer und Nationalliberalen. Dem Beschluß ging eine lange und zum Teil stürmische Debatte voraus. Man behandelte nämlich unseren Genossen Goldstein wie schon oft: man schütt ihm durch einen Schalksantag das Wort ab, so daß er nicht in der Lage war, die von allen Seiten gegen ihn und die sozialdemokratische Partei verübten schweren Angriffe zurückzuweisen. Goldstein wehrte sich erregt, und ohne Rücksicht auf das Eingreifen des Präsidenten gegen dieses Verfahren. Der Zwischenfall brachte ganz außerordentliches Leben in die Kasse. Goldstein wurde zweimal zur Ordnung gerufen.

Die Begründung der Justifikation hatte Landrichter Dr. Kühlmorgen, der Hauptmacher des Dreiklassenwahlrechts, übernommen. Er war der geeignete Mann. Kleine „Nadelstiche“, so meinte er, oder sachliche Kritiken würden auch in Zukunft die Kammer nicht zu gefährlichen Klagen veranlassen, hier aber handelte es sich um größte Beschimpfungen. Es sei „geradezu Pflicht, solche Nadelstiche zu bekämpfen.“ In dieser moralischen Entschlossenheit machen dieselben Herren, die oft genug von der Tribüne des Landtags unter dem Schutze der Immunität im sozialistischen Landtag die Sozialdemokratie und ihre Vertrauensleute in gemeinster Weise beschimpft und verleumdet haben! — In diese Kerbe hieben auch einige nationalliberale Abgeordnete. Von bürgerlicher Seite sprach nur der freisinnige Abgeordnete Günther, freilich nicht ohne dabei der sozialdemokratischen Partei aus dem Hinterhalt einige Fußtritte zu versetzen, gegen den Antrag. Er verurteilt die sozialdemokratische Presse. Da werden wohl die sozialdemokratischen Redakteure nicht mehr ruhig schlafen können. — Selbstverständlich belästigte Genosse Goldstein entschieden, jedoch nicht aber scharf, das Vorgehen gegen unser Leipziger Parteiblatt.

Auf die Wahlrechtfrage Preschenkelung und Schredenurteile — und nun auch noch Versammlungsverbot! Das hat gefehlt! Das greiflichste Verbot der Versammlungsfreiheit ist für die unrechtmäßig gewählten Dreiklassenwähler in Sachsen am nächsten Sonntag aufgehoben! Die Polizeidirektion Dresden hat die für die Stadt Dresden angemeldeten Volksversammlungen verboten.

Die Einberufer der neuen Versammlungen wurden heute vormittag auf das Polizeiamt beschieden, um dort den mündlichen Bescheid des Versammlungsverbot entgegenzunehmen. Man hat sich also abendlich noch sehr bequem gemacht. In der Begründung des Verbots wurde gesagt, daß bei der Behörde nicht die Absicht bestünde, jede Erörterung der Wahlrechtsfrage und alle Kritik des Dreiklassenwahlrechts in Versammlungen zu hindern. (Wie so grundgemäß bei allem die Polizei nach ist.) Diese Massenversammlungen würden aber dazu dienen, den Umsturz und die revolutionären Ideen zu fördern; sie seien geeignet, daß gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu erregen und für deren gewalttätige Beseitigung geneigt zu machen. Diese Ansicht schöpft die Behörde aus verschiedenen offiziellen Auftritten der sozialdemokratischen Partei, besonders aber aus den Äußerungen der sächsischen sozialdemokratischen Presse, soweit sie sich auf diese Versammlungen beziehen. Nach dieser „aufreizenden Sprache“ sei zu erwarten, daß es zu Demonstrationen auf der Straße komme, auch wenn die Parteileitungen sie nicht wollten.

Dieses mündliche Versammlungsverbot deutet sich durchaus mit dem in Leipzig schriftlich gegebenen, das in der „Leipziger Volkszeitung“ abgedruckt wird. Das schriftliche ist wichtig, weil diese Tatsache zu bestätigen scheint, daß diese Verbote nach Schema F auf höhere Anweisung hin erfolgen. Jetzt kann ja der Minister im Landtage bei einer etwaigen Interpellation wieder auf den instanzmäßigen Bescheid verweisen. Das müßte sich nun noch viel besser ausnehmen als im vorigen Falle.

Weitere Meldungen über Versammlungsverbote liegen noch vor aus Bittau, Birna, Bautzen, Radeberg, Großenhain. Es ist kein Zweifel, daß in ganz Sachsen die Versammlungen verboten werden. In Dresden und dem ostsächsischen Bezirk sind für Sonnabend und Sonntag 46 Volksversammlungen vorbereitet und bereits angekündigt. Auf der Amtshauptmannschaft Dresden-Mitstadt erklärte man einem Versammlungsmelder aus dem Landbezirk, es habe keinen Zweck, die Versammlung erst anzukündigen und die Anmeldung zu beschleunigen, denn die Versammlungen würden ja doch verboten.

Büchleriana.

Wir lesen in einem Berliner Blatte: Unter den nichtsozialdemokratischen Vereinigungen der Berliner ist gegenwärtig eine Bewegung im Gange zu dem Zwecke, die Wirkung der für Sonntag zu erwartenden sozialdemokratischen Straßendemonstrationen durch deutsch-nationale Segendemonstrationen zu vereiteln. Eine Versammlung deutsch-nationaler Handlungsgehilfen und Studenten in der „Andreasburg“ beschloß gestern abend, jeden Aufzug der Sozialdemokraten durch antisozialdemokratische Kundgebungen mit patriotischen Abzeichen auf den Straßen zu beantworten. Einstimmig gelangte folgende Erklärung zur Annahme:

„Die heute in der Andreasburg“ versammelten deutschen Männer erklären angesichts der von der Sozialdemokratie für den 21. Januar vorbereiteten Straßendemonstrationen, daß sie nicht unthätig mit ansehen werden, daß in der Hauptstadt des Deutschen Reiches von unheimlichen Elementen angeführte Massen sich als Herren der Straße aufspielen. Es steht fest, daß die zweifelslos beabsichtigten Straßendemonstrationen nicht die Einführung eines besseren Landtagswahlrechts bezwecken, sondern lediglich den Ausbruch der russischen Revolution vor einem Jahre verherrlichen sollen, um eine Übertragung der russischen Bewegung auf Deutschland herbeizuführen. Wir Deutsche haben aber aus dem empfindlichen Treiben der russischen Nordbuben gelernt, daß die von den internationalen Hezern geleitete „Bewegung“ mit wahrer Freiheit nicht viel zu tun hat. Wir verpflichten uns, der beabsichtigten Revolutionskomödie gegenüber zu beweisen, daß auch die deutsch-nationalen Kreise der Bevölkerung Berlins auf dem Wege sind.

Niemand wird diese kindische Phantasie der antisemitischen Hanswürste ernst nehmen. Wenn die Deutschen wirklich an sozialdemokratische Straßendemonstrationen glauben, würden sie sich sicherlich hüten, das Berliner Proletariat zu provozieren, wenngleich ihnen die Arbeiterschaft das kindische Vergehren eines Narrenanzuges von Herzen gönnen würde. Nachdem jedoch die sozialdemokratische Parteileitung wiederholt erklärt hat, daß keine Straßendemonstrationen stattfinden würden, und nachdem den Herrchen der Schut eines selbstmännlich in den Kasernen bereitgehaltenen Armeekorps zugesichert ist, beginnt sich ihre teutonische Kut übermäßig zu regen. Oder sollte die lächerliche Renommisterei der Büchlergarde etwa gar den Zweck haben, die Arbeiter doch auf die Straße zu locken, damit der Säbel hauen und die Plünder schreien kann? Wo es man sich über Schalksantagen ärgern könnte! Man läßt sie gewähren und läßt sie aus! —

Offizieller Geprits. Wir lesen in der „Nord. Allg. Ztg.“: Am Sonntag sollen die Sozialdemokraten zu Hause

nichts zu essen bekommen. Der „Vorwärts“ richtet nämlich einen Aufruf an die „Frauen und Mädchen! Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen“, den er mit folgenden Worten einleitet: „Besucht am Sonntag, den 21. Januar, die Volksversammlungen, die von der sozialdemokratischen Partei einberufen sind. In diesem Tage müßt ihr Euch von den gewohnten Pflichten und den Sorgen des Kochherdes (vom „Vorwärts“ durch Druck hervorgehoben) frei machen. In diesem Tage hat nicht nur die Frau mit dem Mann zusammen, es haben alle erwachsenen weiblichen Proletarierinnen die Versammlungen zu besuchen.“

Wenn die Berliner Arbeiter den Scharfmachern zu Gefallen wären, würden sie für das entgangene Mittagessen entschädigt werden durch — ein Gericht blauer Bohnen! —

„Unnachlässige Strenge“.

Auch in Braunschweig ist man so liebenswürdig, die Arbeiterschaft vor Dingen zu warnen, an die sie gar nicht gedacht hat. Die Polizeibehörde erließ daselbst folgende

Verlautbarung.

Der „Volksfreund“ hat die Ankündigung der zu Sonntag, den 21. d. Mts., vorm. 11 Uhr, nach dem Hofjäger, der Hohen Torstraße und dem Gewerkschaftshaus mit der Tagesordnung:

„Der Kampf um das allgemeine Wahlrecht und der Jahrestag der russischen Revolution“ berufenen Volksversammlungen mit einem maßlosen, „Der mit dem allgemeinen Wahlrecht“ überschriebenen Separatteil begleitet.

Angesichts dieser sozialdemokratischen, revolutionären Kundgebung warne ich auf das dringendste vor jedem Widerstand gegen die polizeilichen Anordnungen, insbesondere auch vor jeder Demonstration und jeder Anwesenheit auf den Straßen mit dem Hinweis darauf, daß Zuwiderhandlungen mit unnachlässiger Strenge begehrt werden wird.

Braunschweig, den 19. Januar 1906.

Der Polizeipräsident:

Prözel.

Auch das Braunschweigische Proletariat wird diese zwar überflüssige, aber väterlich gutgemeinte Warnung zu beherzigen wissen. —

Vom Polizeikampf gegen die Wahlrechtsdemonstration.

Von der Unterwelt wird uns geschrieben: Mit der Konfiskation des Wahlrechtsflugblattes, welche am Sonntag in Geseke münde und einigen ländlichen Bezirken des 19. hannoverschen Wahlkreises vorgenommen wurde, ist die Polizeiaktion für die Erhaltung des Dreiklassenparlamentarismus noch keineswegs beendet gewesen. Ganz besonders scheint die heilige Germanendebatte von Lehe sich darüber geirrt zu haben, daß hier die Sozialdemokratie früher aufgestanden war als sie und das ominöse Flugblatt bereits am Sonnabendabend verbreitet hatte. Tag für Tag hat sie nämlich bei einer ganzen Anzahl Genossen Hausdurchsuchungen abgehalten und Nachforschungen angestellt, immer in der stillen Hoffnung, doch noch hier oder dort einen Stoß Flugblätter aufzuspüren zu finden. Daß diese Hoffnung zu Wasser wurde, ist selbstverständlich. Ueberall mühte die Polizei unerdichteter Suche wieder abziehen.

Am Mittwochabend wurde in Geseke münde, Lehe, Wulsdorf, Schiffdorf ein zweites Flugblatt verteilt, in welchem neben der scharfen Kennzeichnung des elendesten aller Wahlsysteme die Antwort auf die geschehene Konfiskation gegeben wurde. Die Verteilung ging glatt von statten; außer ein paar Sistierungen zum Polizeibureau erfolgte kein Zwischenfall. Diese Aktion unserer Genossen war eben der Polizei völlig überraschend gekommen. Als letztere Kenntnis davon erhielt, war die Arbeit bereits vollendet.

Auch dieses zweite Flugblatt hat keine Gnade vor den Häutern der Klassenstaatsordnung gefunden, vielmehr sogar noch weniger als das erste. Bereits Donnerstag früh 7 Uhr fand im Lokal und in den Privaträumen des Genossen Mäder in Lehe eine Hausdurchsuchung statt. Offenbar glaubte man hier noch ein Lager der Kampfblätter aufheben zu können. Die Arbeit hätten sich die guten Leute natürlich sparen können, gefunden wurde kein einziges Exemplar. Das gleiche Resultat hatte eine Hausdurchsuchung, die ein paar Stunden später in den Räumen unserer Parteidruckerei in Bremerhaven stattfand. Die beiden Kriminalbeamten der Republik Bremen, welche diesen Liebesdienst für den preussischen Staat auszuführen heissen, fanden weder Manuskript, noch Satz, noch Druckplatten, geschweige denn fertige Flugblätter. Alles war entweder wieder vernichtet, oder, wie die Flugblätter, längst über alle Berge und ihrer Bestimmung gemäß verwendet worden.

Für den nächsten Sonntag sind im Bezirk des 19. hannoverschen Wahlkreises im ganzen 13 Demonstrationen angekündigt. Die jeweilige Polizeiaktion hat für dieselben eine Propaganda gemacht, wie wir sie uns besser nicht wünschen könnten. Es leben unsere Freunde, die Feinde! —

Zeugniszwang gegen Redakteure. (Privat-Telegramm.)

Ein ganz eigenartiger Fall von Zeugniszwang gegen einen verantwortlichen Redakteur ereignete sich gestern vor dem Schöffengericht in Halle. Der bekannte ehemalige Bürgermeister von Lindenwalde, jetzt Rechtsanwalt in Halle, sah sich durch einen Artikel des „Halle'schen Volksblatts“ beleidigt, der das Verhalten des jetzigen Rechtsanwalts Suchland kritisierte. Suchland hatte, wie unsere Leser sich entsinnen werden, in einem Prozeß, in dem er als Nebenkläger aufgetreten war, als Zeuge und als Rechtsanwalt rund 100 M. liquidiert. Von diesen hatte das Gericht 150 M. gefordert. Weil das „Halle'sche Volksblatt“ die hohe Rechnung unter die Lupe nahm, ließ Rechtsanwalt Suchland zum Rabi. Der Staatsanwalt lehnte die Erhebung einer Klage aus Mangel eines öffentlichen Interesses ab. Darauf verklagte der sich als Nebenkläger so hoch einschätzende Herr den Genossen Thiele als mutmaßlichen Verfasser der Kritik. Als Zeuge wurde der verantwortliche Redakteur des „Volksblatt“ Genosse Rosenbühler geladen. Ihm wurde die Frage vorgelegt, ob Thiele Verfasser des Artikels sei. Rosenbühler lehnte eine Verantwortung dieser Frage ab, da die Preisgabe der Anonymität der Probestatistik den journalistischen Gepflogenheiten, dem Anstande und dem Interesse der Pressefreiheit widerspreche, überdies er ja auch als verantwortlicher Redakteur nach dem Gesetz berechtigt sei, Zeugnis abzulegen, da er ja für den Artikel nach dem Preßgesetz strafrechtlich verantwortlich sei. Der Schöffengerichtsvorsitzende wollte diese Verweigerung nicht gelten lassen. Allerdings sei der Zeuge strafrechtlich für den Inhalt des Artikels verantwortlich. Aber § 54 der Strafprozeßordnung gebe dem Zeugen das Recht, die Auskunft „auf solche Fragen zu verweigern, deren Verantwortung ihm die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung zuzurechnen würde“, eine solche Frage sei aber die, ob Thiele der Verfasser sei, nicht. Da Rosenbühler selbstverständlich bei seiner Zeugnisverweigerung beharrte, beschloß das Gericht nach längerer Beratung eine Strafe von 75 M. Zweck Erzwingung des Zeugnisses!

§ 54 Str.-Pr.-O. hat keineswegs den engen ihm vom Hallenser Gericht zugewiesenen Inhalt. Inbald, selbst wenn der § 54 Str.-Pr.-O. gar nicht existierte, hat nun und nimmer der für den gesamten Inhalt verantwortliche Redakteur die Verpflichtung der Zeugnisablegung. Das folgt aus demselben Grundsatze, aus dem folgt, daß der Angeklagte in seiner Sache nicht als Zeuge vernommen werden kann. Es ist dieser Grundsatze wie eine Reihe anderer nicht in der Strafprozeßordnung ausgesprochen, weil er selbstverständlich ist. Die völlig haltlose Deutung des Hallenser Richters hat den Vorzug der Neuheit für sich, nicht den der Richtigkeit. Ein Verfahren, das es zuließe, einen Angeklagten eben für die zur Anklage bezogene Tat als Zeuge vernommen zu werden, ginge in der Kriminalität der Schandung der Gerechtigkeit weit über die mittelalterlichen Follern zur Erpressung eines Geständnisses hinaus. Die Beschwerdeinstanz wird ja wohl Remedur schaffen. Aber auch dieser Fall zeigt, wie dringend notwendig ein ausdrückliches Zeugnisverweigerungsrecht für alle bei der Herstellung eines Preßzeugnisses beteiligten Personen in jedem Rechts- und Disziplinarverfahren ist. —

Militärjustiz.

Im November 1905 beurteilte das Kriegsgericht Flensburg den Russen Reichert von der 4. Kompagnie des 88. Regiments wegen fälschlichen Antrags auf einen Vorgefechten, Ungehorsams und Beleidigung zu 3 1/2 Jahren Gefängnis. Dem Gerichtsherrn erschien die Strafe, weil ein schweres Vergehen gegen die Disziplin vorliege, zu gering, dem Angeklagten zu hoch, weshalb das Oberkriegsgericht in Altona sich mit der Angelegenheit zu befassen hatte. Es handelt sich um einen Vorgang bei der Geburtstagsfeier der Kaiserin, die von der 2. und 4. Kompagnie gemeinsam im „Hensburger Tirol“ abgehalten wurde, und bei der der Angeklagte — es war mitten in der Nacht — mit dem Sergeanten Christian Kollibier. Dieser rief A. im Befehlsston zu, er solle sich ruhig verhalten, worauf A. den Vorgefechten anempfohle. Dies das schwere Verbrechen, welches das Kriegsgericht so exorbitant andern zu müssen glaubte. Der Generaloberarzt Dr. Weiser stellt als Sachverständiger mehrere Anträge, die darauf hinauslaufen, den Angeklagten in bezug auf seinen Geisteszustand unter Observation zu nehmen. Nach Vernehmung von 30 Zeugen wurde dem Antrage des Sachverständigen entsprochen und A. soll einer Heilanstalt überwiesen werden. —

Die Majestätsbeleidigungsklagen entscheiden.

Am Freitagvormittag hatte sich vor der Strafkammer III des Landgerichts Hamburg ein Blumenhändler S. wegen Majestätsbeleidigung zu verantworten. Das Verbrechen gegen die Majestät soll er in einem Wirtschaftsgespräch über den ostasiatischen Krieg begangen haben. Wie der Denunziant, der Händler Johann Bauer, in einem Brief an die Staatsanwaltschaft behauptete, soll S. vom „hängen sämtlicher Fürsten“ gesprochen haben. Der Angeklagte erklärte, daß er nur die russische Großfürstenbande und den Jaren gemeint habe. Der Denunziant hat die Anzeige erst sechs Wochen nach der angeblichen Beleidigung erstattet; heute weiß er nicht mehr, ob der Angeklagte den deutschen Kaiser gemeint habe, und er gibt die Möglichkeit zu, daß die Redewendungen sich nur auf die russischen Fürsten bezogen haben. Antragsgemäß wird, weil es sich nur um einen Nachsatz handelt, wie vom Verteidiger Rechtsanwalt Böhm festgestellt wurde, der Angeklagte freigesprochen. —

Reichstagswahl in Rheinbach-Vonn.

Bei der gestrigen Reichstagswahl im vierten Wahlkreise des Regierungsbezirks Köln (Kreis Rheinbach, Vonn), die durch die Mandatsniederlegung des Abgeordneten Dr. Spahn (Z.) erforderlich geworden war, wurde dieser wiedergewählt; er erhielt, dem „Vonnener Generalanzeiger“ zufolge, 3615 Stimmen; der Gegenkandidat Erdmann (Soz.) erhielt 1008 Stimmen. Es handelt sich offenbar erst um ein Teilergebnis, da 1908 Spahn 15 908, Erdmann 1010 Stimmen erhielt. —

Ausland.

Frankreich.

Der Präsident der Republikaner.

Paris, 17. Januar. (Fig. Ber.)

Kallières ist also gewählt, glatt im ersten Wahlgange. Soeben brüllen auf den Boulevard die Camelots ihre Extrablätter aus. Das Publikum greift mit Hast, aber doch ohne sonderliche Erregung danach. Das Resultat war gemäß der gestrigen Probeabstimmung der Republikaner zu erwarten trotz der befrüchtigen Mienen, die die Doumerische Clique zur Schau trug. Aber nimm, da die geschehene Tatsache vorliegt, atmet man dennoch auf. Sicherlich, vom Standpunkte des proletarischen Klassenkampfes mag es nicht viel ausmachen, ob die Bourgeoisrepublik einen gesinnungslosen, gefügigen Streber oder einen biedermännlichen liberalen Doktrinär an ihre Spitze stellt. Aber in der jetzigen Situation bedeutet der Sieg Kallières die Sicherung vor allerlei Gefahren, die zuletzt doch auch die Arbeiterbewegung selbst hätten in Mitleidenschaft ziehen müssen. Gewiß, Herr Doumer ist nicht der gefährlichste, abenteuerlustige, von diktatorischen Gelüsten bewegte Mann, als den man ihn in der Hitze der Agitation darstellen möchte. Er ist ein nüchternen Ehrgeizling, dem die Natur recht mittelmäßige Talente, aber viel Stillsitz und zugleich eine bedeutende Geschicklichkeit zu schenken und sich schenken zu lassen, verliehen hat. Ein gewandter und gebildeter Bestreuer und — unter anderen Umständen — sicher auch kein schlechter Präsident. Nicht etwa, daß man zu befürchten gehabt hätte, Doumer würde als Präsident nationalpolitische Auslandspolitik getrieben haben. Ohne Zweifel hätte er, der so verwandlungsfähige, seine Helfer auf der Rechten ebenso verraten, wie er einst seine radikalen Parteigenossen verriet, und er hätte sich der größten Vorkritik und Mäßigung in der Behandlung der internationalen Fragen befleißigt. Trotzdem würde seine Wahl im Augenblick der Marokko-Konferenz die internationale Situation auf das Bedenklichste verwirren haben.

Die friedliche Wendung des Marokko-Handels ist zu sehr mit dem Namen Rouvier verknüpft, als daß ein Wechsel im auswärtigen Amte nicht Störungen, Verwirrungen oder zumindest Mißtrauen erregen müßte. Doumers Wahl hätte eine Ministerkrise zur Folge gehabt, und das Ministerium Millerand, das in Aussicht stand, hätte nicht nur die Schwierigkeiten der Lage, sondern vor allem die Nervosität, die im langwierigen Marokkohandel alle Beteiligten ergriffen hatte, zu überwinden gehabt.

Der Sieg Kallières bedeutet unter diesen Umständen also mehr als eine Verhütung der Vorse. Für die innere Politik dagegen besagt er nicht viel. Nicht die „republikanische Solidarität“, sondern die Furcht vor dem Krieg hat diesmal den alten Bloch und über ihn hinaus viele gemäßigten Republikaner zusammengeführt. Die antiskizmale Kirchenpolitik ist einmal über den entscheidenden Punkt hinaus und kann nicht mehr den Weg zurück finden, ohne eine vollständige Kapitulation vor dem Merkantilismus, die der republikanischen Bourgeoisie heute doch wider den Strich geht. Die soziale Reform aber bleibt auch weiter auf die Kraft der Arbeiterschaft selbst angewiesen. In diesem Sinne mag es immerhin besser sein, daß Frankreich vor einem pseudo-sozialistischen Regime Millerand verschont bleibt und daß der Kampf der Klassen nicht durch demagogische Kräfte verwirrt werde.

Die Sozialisten hatten die Entscheidung zwischen den beiden bürgerlichen Gruppen in den Händen. Sie haben, ohne sich an die Einkreuzelung zu binden, doch den Sieg ihres Kandidaten mit aller Energie gefördert. Die Sozialisten waren es sogar, die zu allererst den Warnungsruf vor der Doumerischen Intrige ertönen ließen. Nicht von Illusionen einer humanitären Kooperation der Klassen gewiegt, haben sie so gehandelt, sondern um das Land vor der Kriegsgefahr zu bewahren und dem Verrätertum den Weg zur Macht zu verlegen.

England.

Die Wahlen.

Wie gestern (Freitag) mittag waren gewählt: 200 Liberale, 86 Unionisten, 61 Nationalisten, 33 Mitglieder der Arbeiterpartei. — Die Liberalen haben zurzeit 111, die Arbeiter 23, die Unionisten 3 Sitze gewonnen. Könnten wir gestern mitteilen, daß die „Daily News“ den Sieg der englischen Arbeiter als „das Erwachen des Niesen“ bezeichnen, so können wir heute hinzufügen, daß die „Daily Mail“ im selben Zusammenhang gar von der „Restoration von 1906“ spricht! Von den gewählten Arbeitervertretern der verschiedenen Wahlen sind bezw. waren ihrem Verufe nach: Will Eisenbahnschaffner, Edwardmann Seher, Thomas Fabrikarbeiter, Duncan Mechaniker, Edwards Bergmann, Will Baumvollarbeiter, Hudson Eisenbahnschaffner, Jovett Fabrikarbeiter, Snowden Postbeamter, Kelly Lithograph, Macpherson Schaffner, O'Grady Ausführender, Roberts Schriftsetzer, Thorne Gasarbeiter, Ward Seemann, Ward Buchhalter, Wills Zimmermann. —

Soziales.

Festen zur Kaiser-Geburtstagsfeier nach Formular 4a.

Unser Justizminister Besefer scheint ein prächtiger Erzieher zur Königs-Liebe zu sein. Die Monatszettel der in der Justiz verwendeten Kanzleigehülfen mit Mindesteinkommen (Formular 4a) fragen folgenden Vermerk:

Die Zahl der Werkstage im Monat beträgt . . .

Hiervon sind abzuziehen:

wegen . . .
des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers und Königs, welcher auf einen Werktag fiel, . . .
der Urwahlen zum Hause der Abgeordneten . . .

§ 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches schreibt vor: Der Arbeiter wird des Anspruchs auf die Vergütung nicht dadurch verlustig, daß er für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden an der Dienstleistung verhindert ist. Diese Bestimmung trifft auch auf Akkordarbeit zu. § 616 läßt den Abzug vom Lohn für Behinderung durch Bahnen nicht zu. Die königlich preussischen mindestbesoldeten Kanzleigehülfen erhielten trotz des § 616 B.-G.-B. weder für die Zeit der Abhaltung durch Geburtstagsfeiertage noch für die Zeit des ihnen gesetzten Geburtsstages Lohn. Diese höchst unsoziale Handhabung des § 616 B.-G.-B. findet natürlich die Billigung des Dreiklassenparlamentes. Die armen Kanzleigehülfen haben das Recht, sich am 27. Januar satt zu hungern. Jüngere Staatsanwälte, die in Flugblättern, die gegen dies Dreiklassenparlament sich wenden, allerlei strafbare Handlungen erbliden zu müssen meinen, sollten sich überlegen, ob solche Monatszettel nicht Majestätsbeleidigung, Aufreizung zu Gewalttätigkeiten, Hochverrat gegen die Bedürfnisse des Magens enthalten. Ist der Herr Justizminister der Ansicht, daß seines Königs Geburtstag am besten durch Nichtempfang des Lohnes für diesen Tag gefeiert wird — weshalb beantragt er nicht im Etat, das Gehalt auch für Staatsanwälte, Richter und ihn selbst zu streichen? Macht der leere Magen nur Kanzleigehülfen staatsverhaltend, höhere Beamte rebellisch? —

Von der Sozialreform, um die uns die Welt beneidet, gab eine Verhandlung vor dem Landgericht Nürnberg eine treffende Illustration. Angeklagt waren die Arbeiterbelehnte Paul und Bobette Gebhardt wegen verschiedener Betrügereien, die darin bestanden haben sollen, daß sie Leistungen über Invalidenrente schon lange vor Verfall an verschiedene Personen verpfändeten. Es war ein unglücklich trauriges Bild von der Lage eines deutschen Reichrentners, das sich da entrollte. Der Mann ist Invalid und vollkommen arbeitsunfähig; er erhält die fällige Rente von 12,25 M. pro Monat. Die Frau ist kränzlich und ebenfalls nicht imstande, irgend einem Dienste nachzugehen. Die beiden Leute sollen also von 12,25 M. leben. Bezeichnend war die Feststellung, daß die Armenpflege der freisinnig regierten Stadt Nürnberg die früher gewährte Armenunterstützung sofort einstellte, als dem Mann die grobhartige Rente zugesprochen wurde. Sie scheint also der Meinung zu sein, daß man mit 12,25 M. monatlich ganz gut auskommen könne. Einmal gab sie den Leuten zwar ein Darlehen, aber sie nahm dafür die Rentenquittungen für mehrere Monate in Pfand. Die freisinnigen Armenräte kammerten sich nicht im geringsten darum, daß die Eheleute dann für längere Zeit überhaupt mittellos waren. Das Gericht mußte sich überzeugen, daß die verschiedenen Verpfändungen nur in höchster Not geschahen und der Vorsorgende meinte, es sei schon eine recht harte Strafe, mit 12,25 Mark monatlich auskommen zu müssen, dabei müsse man ja auf Lumpereien verfallen, aber dennoch wurde Gebhardt zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, während die Frau freigesprochen wurde, da der Mann erklärte, daß sie von den Verpfändungen nichts gewußt habe. Das ist die „gesicherte Existenz“ des deutschen Arbeiters. Ohne dem Gesetz zu großen Zwang anzutun, hätte der Angeklagte wegen Nichtansichens freigesprochen und derjenige Armenrat wegen Anstiftung zu Straftaten verurteilt werden können, der für die hilflose Lage der „Rentiers“ verantwortlich zu machen ist.

Landarmenverband gegen Krankenkasse. Der Arbeiter Braun, der der Ortskrankenkasse zu St. Goar angehört, verfiel infolge epileptischer Veranlagung idiotischen Zuständen. Auf Betreiben des Bürgermeisters in Rheinbach wurde er in die Idiotenanstalt in Montabaur aufgenommen und dort längere Zeit gepflegt. Der rheinische Landarmenverband trat für die Kosten ein und beantragte dann gemäß § 57 Absatz 2 und 3 von der Ortskrankenkasse St. Goar Uebertreibung von Krankengeld in der geschätzten Höhe. Die Kasse ließ es auf eine Klage ankommen. Nachdem der Bezirksausschuß die Klage abgewiesen hatte, weil die Aufnahme Brauns in das Krankenhaus nur im polizeilichen Interesse erfolgt sei, hob das Oberverwaltungsgericht am Donnerstag dies Urteil auf und verurteilte die Krankenkasse, an den Landarmenverband 218 Mark zu zahlen. In der Urteilsbegründung wurde gesagt: Der Bezirksausschuß habe nicht gewürdigt, daß nach dem maßgebenden ärztlichen Attest nicht nur der Schuß anderer die Aufnahme in die Idiotenanstalt erforderlich gemacht habe, sondern daß auch V. selbst der Anstaltspflege bedürfte, weil die Hauspflege nicht genüge. Somit habe einerseits die Armenpflege einzutreten gehabt und andererseits seien infolge der Erwerbsunfähigkeit als Ansprüche derselben an die Krankenkasse entstanden. Daraus folge, daß der Armenverband Ersatz der für die Anstaltspflege ihm entstandenen Kosten nach § 57 Absatz 2 und 3 des Krankenversicherungsgesetzes in der danach zulässigen Höhe von der Krankenkasse beanspruchen könne. — Das Gericht verwies noch auf ein Urteil des Bundesamts für das Heimatwesen, wonach die Armenpflege dann einzutreten hat, wenn bei Unterbringung in einer Anstalt auch das polizeiliche Interesse überwiege, aber ein armenrechtliches Interesse hinzukomme. — Diese Auslegung des Krankenversicherungsgesetzes dürfte dem Gesetz entsprechen. Sie zeigt aber, daß auch im kleinen die Krankenversicherung wie die Sozialgesetzgebung überhaupt dazu dient, die Lasten der Armenpflege von den Schultern der Wohlhabenden auf die durch Arbeiterbeiträge erhaltenen Krankenkassen abzuwälzen.

Gewerkschaftliches.

Abermals: Schwarze Listen und Arbeitsperre — ein Verstoß gegen die guten Sitten.

Den Rühnemännern dürfte es mit ihren Sperrmaßnahmen gegen einzelne Arbeiter nachgerade doch etwas schmil zu Wute werden. Schon zu lange betreiben sie den brutalen Unfug, „unliebigen“ Arbeitern ihre Arbeitsnachweise willkürlich auf unbegrenzte Zeit zu sperren. So mancher brave Familienvater hat durch jene überaus hartberzigte Maßregel schon viele Monate lang arbeitslos umherirren müssen, obwohl er gerne arbeiten wollte. Von Betrieb zu Betrieb konnte er wandern: stets wurde er abgewiesen, weil er als „Agitator“ oder als „unbotmäßig“ in der schwarzen Liste der Rühnemänner verzeichnet stand und infolgedessen keinen Arbeitschein bekam. Nochte auch die rigorose Sperre den Betroffenen an den Rand der Verzweiflung bringen, mochten seine unschuldigen Familienangehörigen am Hungertuche nagen oder in Not und Elend vollends verkommen — was kümmerte es die Rühnemänner. Für sie galt nur ihr „Prinzip“. Kalt wie Stein opferten sie diesem Prinzip die Existenz ganzer Arbeiter-

familien. Was galt ihnen Gesetz und Recht! Sie wollten „Herrn im Hause“ sein, und da duldeten sie nicht, daß ein Arbeiter von seinem gesetzlichen Koalitionsrecht Gebrauch machte und unter seinen Berufskollegen für die Organisation agiterte. Solch ein „Ferber“ wurde nicht nur entlassen, nein er wurde noch auf die Spitze des Brotes gemacht, indem man ihm auch die übrigen Betriebe des Fabrikantenringes sperrte. Die Betriebe sollten eben „rein“ bleiben; das war ja „Prinzip“. Deshalb Willfür über alles — mochte der gemahregelte Arbeiter auch untergehen!

Welch Geschrei erhob sich dann aber in der Unternehmerpresse, als das Reichsgericht diese Sperrmaßregel der Rühnemänner als einen Verstoß gegen die guten Sitten erklärte und in der Schadenersatzklage eines Arbeiters gegen die Firma Keyling u. Thomas Letztere wegen der von ihr bewirkten Sperre zur Zahlung einer Entschädigung an den Arbeiter verurteilte. Das Unternehmertum geriet ob „solcher Rechtsprechung“ förmlich aus dem Häuschen und bezeugte jenes Urteil des Reichsgerichts in der ungenüresten Kritik als ein „offenbares Fehlurteil“, durch welches die Autorität des Arbeitgeber dem Arbeitnehmer gegenüber direkt untergraben werden müsse. Es sei das gute Recht des Arbeitgebers, zu verhindern, daß „wüste Agitatoren und Ferber“ andere Arbeiter der Betriebe unzufrieden machten. Deshalb könne eine solche Sperre auch nur lediglich als eine im wirtschaftlichen Kampf durchaus legale Notwehrmaßregel gegen die ständig zunehmende Verhetzung der zufriedenen Arbeiter betrachtet werden usw.

Nachdem aber jenes Urteil gesprochen war, fanden sich bald weitere Arbeiter, die wegen Verdienstschädigung durch die über sie ebenfalls verhängte Sperre Schadenersatzsprüche gegen verschiedene Arbeitgeber geltend machten. So klagte u. a. der Gärtler L. unter Beistand der Rechtsanwältin Roth u. Dr. Heinemann gegen die Firma Otto Herberg u. Co. zu Berlin. Der Kläger war am 18. Februar 1904 bei der Firma in Arbeit getreten, aber bereits am 24. Februar ohne Angabe von Gründen wieder entlassen worden. Er begab sich darauf nach dem Arbeitsnachweis der Metallwarenfabrikanten in der Dresdenerstraße, der unter der Leitung des bekannten Sekretärs Rasse steht, um sich um die offene Stelle eines Bronzeurs zu bewerben. Auf dem Nachweise wurde ihm jedoch kurzerhand mitgeteilt, daß er gesperrt sei, weil er in der Werkstatt für den Metallarbeiter-Verein agitiert habe. Seine Sperre sei von dem Geschäftsführer der Firma telephonisch und brieflich empfohlen worden. Der Gemahregelte begab sich hierauf noch einmal zu Herrn Herberg, um dort etwa den näheren Grund der Sperre zu erfahren, wurde jedoch, ohne gehört zu sein, abgewiesen. Am 7. März fand L. dann Arbeit bei einer Firma, die der „Vereinigung Berliner Metallwaren-Fabrikanten“ nicht angehört, er wurde aber schon am 16. Mai wegen Arbeitsmangel wieder entlassen. Am 18. Mai erhielt er dann Arbeit bei der Aktiengesellschaft Gebrüder Krüger. Diese Firma verlangte vor seiner Einstellung jedoch den üblichen vom Arbeitsnachweis beglaubigten Arbeitschein von ihm, weil sie der „Vereinigung“ angehörte. Dieser wurde ihm auf dem Nachweise jedoch abermals und zwar endgültig verweigert, und seine Einstellung unterblieb. L. war dann längere Zeit arbeitslos, da er trotz aller Bemühungen keine Stellung wieder finden konnte.

Beim Landgericht erstritt er nun ein obliegendes Urteil gegen die Firma, da dieses sich die Urteilsgründe des Reichsgerichts in der Keyling'schen Sache zu eigen machte. Hiergegen legte die Firma Herberg Berufung beim Kammergericht ein. Herr Herberg als Berufungskläger bestritt, von den Bestrebungen und Satzungen der „Vereinigung“ Kenntnis gehabt und die Sperre über den Kläger veranlaßt zu haben. Sein Brief an den Sekretär Rasse sei lediglich auf das telephonische Erläutern des Herrn Rasse an diesen abgehandelt worden. Die Sperre habe sich auch nur „auf Zeit“ erstreckt. Uebrigens gehe die Entscheidung des Reichsgerichts auch zu weit; ein Verstoß gegen die guten Sitten könne nicht vorliegen.

Das Kammergericht wies nun färglich die Berufung des Beklagten Herberg ab und erkannte den Klageanspruch des Klägers Lesser dem Grunde nach für berechtigt an. Die zu zahlende Schadenersatzsumme unterliegt der Feststellung des Landgerichts. In der Urteilsbegründung heißt es wörtlich: „Das Verhalten des Beklagten enthält aber auch einen Verstoß gegen die guten Sitten, der Berufungskläger hat sich als Zeuge über den Grund der Entlassung dahin geäußert,

„der Kläger habe seinem Vorgesetzten zuwider gleich am Tage nach Antritt der Arbeit für den Metallarbeiterverband während der Arbeitszeit agitiert, und er sei insbesondere mit Anmeldeformularen herumgegangen.“

Diese Tatsache konnte dem Berufungskläger berechtigten Anlaß geben, den Kläger zu entlassen, aber sie berechtigt nicht zur Durchführung der Sperre. Das Berufungsgericht schließt sich der Ausführung des Reichsgerichts in dem Urteile (wider Keyling, Thomas) an und erachtet es für ein Gebot der Gerechtigkeit und Billigkeit, daß zur Ausperrung eines einzelnen Arbeiters jedenfalls nur dann geschritten werden darf, wenn es sich um eine sehr schwere Verletzung im Arbeitsverhältnis handelt und diese durch sorgfältige Ermittlung festgestellt ist.“

Keine dieser beiden Voraussetzungen liegt hier vor. Die bloße Agitation bei den wenigen Mitarbeitern enthält eine so schwere Verletzung nicht und der Berufungskläger hat nach seiner eigenen Angabe zu der Ausperrung mit die Hand geboten lediglich auf die ihm glaubhaft erscheinenden Mitteilungen einzelner Arbeiter hin und ohne den Kläger auch nur zu hören oder ihm auch nur die Möglichkeit einer Verteidigung zu geben und ohne ihm den Entlassungsgrund mitzuteilen. Darin lag im Sinne der Rechtsprechung des Reichsgerichts ein Verstoß gegen § 826 Bürgerlichen Gesetzbuches, der die Beklagte zum Schadenersatz verpflichtet. Daß der Kläger durch die Verweigerung des Arbeitscheines mindestens zeitweise verhindert worden ist, Arbeitsgelegenheit zu finden, ist nicht zu bezweifeln. Mögen auch viele Betriebe der Metallindustrie an die Vereinigung der Metallwarenfabrikanten sich nicht angeschlossen, so ist doch nicht anzunehmen, daß der Kläger sofort bei einer dieser Firmen anderweitig gleichwertige Arbeit hätte finden können. Thatsächlich hat der Kläger auch bei der Firma Gebr. Krüger im Mai 1904 die ihm gewährte Beschäftigung wieder aufgeben müssen, weil er den verlangten Arbeitschein nicht beibringen vermochte. Daß der Kläger einen Schaden überhaupt erlitten hat, steht hierdurch fest, und eines weiteren Nachweises bedarf es für das Urteil über den Grund des Klageanspruches nicht.“

Die Rühnemänner werden ihr „Prinzip“ nun bald wohl oder übel etwas revidieren müssen, sonst dürfte ihnen ihre Sperrwut auf die Dauer doch etwas zu kostspielig werden. Gegenwärtig schweben noch ein Duzend ähnlicher Klagen.

Berlin und Umgegend.

Zur Beschäftigung!

Die untergezeichnete Kommission teilt zu der am 13. d. M. veröffentlichten Bekanntmachung des Verbandes der Freizeutgehülfen mit,

daß die vor dem Einigungsamt getroffenen Vereinbarungen mit der freien Vereinigung selbständiger Barbiers, deren Mitglied Herr Kauske, Reichenbergerstr. 171 ist, von letzterem innegehalten werden. Der neue Gehalts ist durch den Arbeitsnachweis der freien Vereinigung selbständiger Barbiers besogen, jedoch gewerkschaftlich nicht organisiert, kann daher auch nicht im Besitz der weis-grünen Kontrollkarte sein. Die Schlichtungskommission der Freizeut.

Lohnbewegung der Stofarbeiter. Die Verhandlungen mit den Unternehmern sind noch im Gange. Die Schlichtungskommission kommt am Montag mit den Unternehmern zu einer Verhandlung nochmals zusammen. Die Schlichtungskommission erwartet deshalb, daß vorzeitige Arbeitsniederlegungen nicht erfolgen. Heute findet Vertrauensmännerverhandlung statt. (Siehe Inserat.)

Die Arbeitsverhältnisse in der Glimmerfabrik von Jaroslaw, Schöneberg, Fregestr. 60, fanden vor einigen Tagen in einer Zusammenkunft der dort beschäftigten Arbeiterinnen ein drastische Beleuchtung. Bisher verdienten die circa 30 Arbeiterinnen bei angestrengtester Akkordarbeit etwa 7 bis 9 Mark pro Woche. Mitzüglich wurde aber ein derartig schlechtes Material zur Verarbeitung geliefert, daß die Arbeiterinnen pro Tag trotz allen Fleißes nur einen Verdienst von 40 bis 70 Pfennig zu erzielen vermochten. Als daraufhin die Arbeiterinnen beim Chef vorstellig wurden und nur die bescheidene Frage an ihn richteten, ob denn diese Arbeit nicht im Lohn anstatt im Akkord verrichtet werden könne, da bei einem so minimalen Akkordverdienst doch nicht zu existieren sei, da sagte der Herr das gemeinsame Vorgehen „seiner“ Arbeiterinnen als eine „Empörung“ gegen seine Autorität auf und entließ sofort 16 von ihnen. Unter den Entlassenen befand sich auch eine jugendliche Arbeiterin, der gar kein Krankenlofenbuch ausgehändigt wurde, obwohl ihr die Krankenlofenbeiträge prompt vom Lohn abgezogen worden waren. Wortschneidlich ist das Mädchen noch überhaupt nicht bei der Krankenkasse angemeldet gewesen. Der Fabrikarbeiterverband, dem ein Teil jener Arbeiterinnen als Mitglieder angehören, dürfte von jetzt ab dem Jaroslaw'schen Betriebe ein gebührend scharfes Augenmerk widmen.

Deutsches Reich.

2000 Textilarbeiter der Fabrik von Vahr Aktiengesellschaft zu Landsberg a. W. haben die Arbeit niedergelegt.

Das Erscheinen vorläufig eingestellt.

Den Abonnenten der Zeitschrift „Glückauf“, die in der Druckerei der „M.-B. Jtg.“ hergestellt wird, gehen seitens Redaktion und Verlag folgende „Trauernachricht“ zu:

Nachricht für die Bezüher der Zeitschrift „Glückauf“.

Infolge eines plötzlich eingetretenen Buchdruckerzustandes in der Druckerei der Zeitschrift ist das Erscheinen der nächsten Nummer (3) unmöglich, das der darauf folgenden fraglich. Den leider unermesslichen Ausfall werden wir baldmöglichst durch Vermehrung des Inhaltes späterer Nummern zu ersetzen suchen.

Hochachtungsvoll
Redaktion und Verlag der Zeitschrift und Hüttenmännischen Zeitschrift „Glückauf“.

Essen-Ruhr, den 10. Januar 1906.

Hierzu wollen wir nur bemerken, daß es sich gar nicht um einen plötzlichen Anstand handelt, sondern um die Folge einer planmäßigen Provokation der Buchdrucker durch den Verlag. Im übrigen: unser Beileid — und Glückauf! den kämpfenden Buchdruckern.

Sämtliche Form- und Gießereiarbeiter der Maschinenfabrik Jakob Pfeiffer in Kaiserslautern beschließen, falls ihre Forderungen auf Zurüdnahme der Lohnreduzierungen und Entlassung des Meisters nicht bewilligt werden. Zugug ist fernzuhalten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verfammlungen.

Erklärung. Um die unter meinen engeren Berufskollegen, den Berliner Rohrlegern und Helfern, kursierenden Verdächtigungen gegen meine Person zu zerstreuen, habe ich auf Beschluß der Vertrauensleute folgendes öffentlich zu erklären:

Ich habe keinen Verrat an meinen Branchenkollegen geübt, indem ich die Versammlung am Sonntag, den 14. Januar 1906 im Namen der Ortsverwaltung abstellte. Ich bin noch heute der Meinung, daß die Versammlung notwendig war und ruhig hätte stattfinden können. Die Mehrheit der Ortsverwaltung war dagegen der Ansicht, daß bei der gegenwärtigen Erregung in der Branche eine Diskussion über den Bericht, die Differenzen der Ortsverwaltung mit den Berliner Rohrlegern und Helfern nicht zu vermeiden wäre. Dadurch würde aber, da die Verhandlungen über die Differenz noch nicht abgeschlossen sind, ein schiefes Bild entstehen, wodurch die Interessen des Verbandes geschädigt würden. Da nun jedes Mitglied, welches die Interessen des Verbandes schädigt, ausgeschlossen werden kann, ich dies aber für mich nicht wünschte, so fügte ich mich dem Beschluß der Ortsverwaltung, welcher besagte, die Versammlung mit dieser Tagesordnung darf nicht stattfinden.

W. Dannenberg.

Eingegangene Druckschriften.

Dr. med. G. Liebe. Werde gesund! Zeitschrift für Volksgesundheitspflege, Krankheitsvorhaltung und gesunde Erziehung. Monatlich ein Heft. Preis: vierteljährlich 75 Pf. Verlag, Dr. Krichke, Erlangen.

Die Hamburg-Amerika Linie von Professor Dr. Karl Theob. Danzig (Heft 14 der Sammlung „Moderne Zeitschriften“). Berlin W. 61, Pan-Verlag, 1 M., geb. 2 M.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Aus der Heimat deutscher Klassik.

Weimar, 10. Januar. (D. S.) Die Regierung verbot sämtliche für Sonntag und Montag geplanten Demonstrationen, öffentliche Aufzüge und Versammlungen zur Verherrlichung der russischen Revolution. Gegen die heute beabsichtigte Flugblattverbreitung wurde polizeilich eingeschritten.

Ein Geniestreich.

Hamburg, 10. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Altonaer Polizei untersagte dem Inhaber der Anschlagssäulen die Plakatierung der Aufrufe zum Besuch der Demonstrationsversammlungen am 21. Januar.

Gegen den Tabakzoll.

Strasburg, 10. Januar. (D. S.) Eine gegen die Tabaksteuer gerichtete Petition an den Reichstag hat in Elsch-Lothringen 22 000 Unterschriften gefunden.

Entbedte Bomben.

Moskau, 15. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) In dem Duschowogahin wurden in der Wohnung einer jungen Frau, die sich Fürstin Koslowa nennt, ein eiserner Kasten gefunden, in dem sich drei geladene Bomben befanden. Auch Waffen wurden entdeckt. Wie aus der vorgefundenen Korrespondenz hervorgeht, sollten die Bomben dazu dienen, heute während einer kirchlichen Feierlichkeit eine Panik hervorzurufen und einen Anschlag auf den Generalsouverneur auszuführen. Außer der genannten Koslowa wurden noch zwei Frauen und ein junger Mann verhaftet.

Reichstag.

24. Sitzung vom Freitag, den 19. Januar, nachmittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Prinz Hohenlohe, v. Einem.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Mitteilung des Reichsanwalts wegen Verurteilung einer Kommission zur Prüfung der Rechte und Pflichten und der bisherigen Tätigkeit der Land- und Bergwerksgesellschaften in Südwestafrika.

Auf Vorschlag des Abg. Graf Hompesch (Z.) beschließt das Haus, 14 Mitglieder in die Kommission zu entsenden, die in der üblichen Weise von den Abteilungen gewählt werden sollen.

Darauf wird die erste Beratung des Gesetzentwurfs betr. Uebernahme einer Garantie des Reiches für die Eisenbahn von Duala nach den Manengubabergen fortgesetzt.

Abg. Erzberger (Z.)

polemisiert gegen den Geheimen Legationsrat Helfferich: Es hätte uns, wie schon Abg. Lattmann entgegen den Ausführungen des Herrn Bundesratskommissars ausgesprochen hat, ein ausführlicher Kostenaufschlag gemacht werden müssen, wie es früher bei der Dar es Salam-Ägyptenbahn geschehen ist. — Der Abg. Dr. Semler irrt, wenn er meint, daß die Veröffentlichung von Briefen aus den Kolonien dem Demuziantentum Tür und Tor öffnet. Macht Dr. Semler diesen Vorwurf der gesamten Presse? Wir halten diese Veröffentlichungen durch Presse und Parlament so lange für nötig, als die Kolonialverwaltung nicht energisch vorgeht. Ich würde mich mit der Rede des Abg. Goller von gestern beschäftigen, wenn er im Namen der freisinnigen Volkspartei gesprochen hätte. Nun hat aber das offizielle Organ seiner Partei, die „Freie Deutsche Presse“, heute morgen geschrieben: „Der Abg. Dr. Goller scheint über die Rechte und Pflichten parlamentarischer Gastfreundschaft wenig orientiert zu sein. Woher war es im Reichstag nicht üblich, daß ein Hospitant die Fraktion, die ihm Aufnahme gewährte, in solcher Weise angriff, wie dies am Donnerstag seitens des Abg. Dr. Goller gegenüber der freisinnigen Volkspartei geschehen ist, zu der er im Verhältnis eines Hospitanten steht.“ — Dr. Goller scheint etwas von einem Tropenkoller befallen zu sein, den er auch in dem rauhen Klima Berlins nicht ganz überwunden hat. (Lach des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abg. Erzberger, der Tropenkoller war nicht angemessen. (Heiterkeit.) Ich muß das rägen. Abgeordnete, die vom Tropenkoller befallen sind, gibt es nicht. (Heiterkeit.)

Stellvertretender Kolonialdirektor Prinz Hohenlohe: Der mehrfach erwähnte Bezirkshauptmann von Oeda ist nicht etwa strafverurteilt, sondern nur aus allgemein dienstlichen Gründen in einer anderen Gegend verordnet worden, in der wir eine fruchtbringendere Tätigkeit von ihm erwarten konnten.

Abg. Dr. Semler (natl.) erklärt seine gestrigen Ausführungen über die Nichtveröffentlichung kolonialer Beschwerden dahin, daß er natürlich das Recht der Presse, ihr zugehende Mitteilungen über Mißgriffe von Beamten in unseren Kolonien zu veröffentlichen, nicht habe beschränken wollen, sondern nur gebeten habe, den Reichstag wenigstens im Wemum mit der Mitteilung unbedenklicher Gerüchte zu verschonen, die durch die Benutzung der Reichstagstribüne sofort als Wahrheit in alle Welt hinausposaunt würden.

Abg. Ledebour (Soz.)

Der Abg. Storz hat sich darüber beklagt, daß ich ihn als „Africanus Minor“ angezapft hätte. (Heiterkeit.) Auch heute muß ich das leider wieder tun. Die Teilnehmer an der interessantesten Spirituose nach Afrika haben sich gestern mir gegenüber als besondere Sachkennner ausgespielt. Ich habe aber meinerseits gar kein Urteil abgegeben und nur darauf hingewiesen, daß auch diese Herren auf Grund der kurzen Fahrt nicht in der Lage seien, ein verständiges Urteil abzugeben. Die Güte des Hafens von Duala müßte denn doch erst technisch ganz genau untersucht werden. Aber selbst wenn die Wasserverhältnisse sich dann als überaus günstig herausstellen, so wäre der Hafen doch nicht gleich dem von Lissabon, weil ihm das Hinterland fehlt. Das Hinterland des Dualahafens ist nur eine Uvaldegegend, die hinter diesem Uvalde gelegene Gegend gehört wieder zum Hinterland der englischen Kolonie Nigeria. Wegen dieser geographischen Lage ist es eine ganz ungeheure Ueberschätzung Dualas, wenn man diesen Hafen auch nur für die Zukunft mit Lissabon vergleicht. Der Abg. Storz hat gestern dem Abg. Webel eine von diesem vor 30 Jahren getane Äußerung über Kolonialpolitik vorgehalten und gemeint, daß sie im Gegensatz zu der heutigen Haltung unserer Partei gegenüber den Kolonialfragen stehe. Dazu hatte er gar keine Veranlassung. Wenn Herr Storz den von ihm angeführten Satz im Zusammenhang mit den übrigen damaligen Äußerungen Webels angeführt hätte, so hätte sich daraus ergeben, daß Webel diese Äußerungen in einer Polemik gegen Männer gemacht hat, die die Ansicht vertraten, daß die Erde zu klein sei, um eine große Menschenmenge zu beherbergen. Wir haben niemals gesagt, daß Kolonien an sich zu verwerfen sind, wir haben niemals behauptet, daß wir für Kolonien wären, wenn wir die Möglichkeit hätten, die Kultivierung der Kolonien nach unserem Wunsche zu beeinflussen und den Bevölkerungsstrom nach unserem Wunsche dahin zu leiten. Wogegen wir uns aber erklären, das ist das Kolonialsystem, das in allen Kolonialstaaten der Gegenwart besteht und in der gegenwärtigen kapitalistischen Ära nicht anders sein kann; denn die kapitalistische Ära beruht auf Ausbeutung der Arbeitermassen, und das Kolonialsystem stellt nur noch eine schlimmere Verästelung des an sich verwerflichen Ausbeutungssystems dar. Das vom Deutschen Reich und von allen Kolonialstaaten betriebene Kolonialsystem beruht auf der Ausbeutung von fremden Völkern, und weil dieses System zu den ungeheuerlichsten Barbareien führen muß, deshalb sind wir dagegen.

Dieses Kolonialsystem erscheint auch deshalb nicht in einem schöneren Lichte, weil Sie in einem fürchterlichen Farbenrausch verkniffen sind, da Sie auf dem Wärmepfand der Kamerun-Gewässer umhergeschwommen. Das ist ja gerade die charakteristische Erscheinung, daß alle die Herren, die diese Vergnügungsfahrt mitgemacht haben, von dem zweifellos sehr angenehmen ästhetischen Eindruck in ihrem Urteile bestimmt sind. Wir fällt dabei immer eine Gedächtnis ein: Vor etwa 30 Jahren entstand in der Umgebung von Oxford eine Agitation, die dahin ging, daß ehemalige Akademiker ansiedeln sollten in die Kolonien, um einmal zu zeigen, was sie leisten könnten im Gegensatz zu den übrigen Auswanderern. Das Unternehmen wurde ins Werk gesetzt, die Herren wanderten nach der amerikanischen Union, und zwar nach dem Staate Tennessee aus und fanden dort in den Alleghanybergen eine wunderbare Landschaft. Ich habe mit Interesse ihre Berichte gelesen: Sie schwelgten in der wundervollen Aussicht. Nach Jahresfrist war die ganze Kolonie lauter! Man hatte vergessen, daß auf dem schon gelegenen Ausflugsberge ein Mangel an gutem Klima, gutem Boden und guten Arbeitsverhältnissen bestand, so daß man keine Landwirtschaft betreiben konnte. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Dieses Experiment ist mir gestern, als die Herren hier ihre Reden hielten, durch den Kopf gegangen. — Ich möchte in diesem Zusammenhang dem Abg. Erzberger gegenüber, um allen Mißverständnissen vorzubeugen, bemerken, daß ich zugebe, daß einzelne Kolonien in unseren Schutzbereichen auch heute schon als Kulturträger, als zivilisatorische Kräfte wirken können. Und trotzdem wir nicht für Vorkolonialisierung sind — wir sind ja über diesen Verdacht wohl erhaben —, so erkenne ich doch an, daß sich unter den wirklichen Kulturträgern die Missionare wohl mit einem höheren Prozentsatz befinden als die Beamten.

Dem Abg. Semler möchte ich bemerken, daß man nicht ohne

weiteres einen Mann für einen Kulturträger halten kann, wenn er einen schönen Spruch in seinem Bureau angebracht hat. Ich möchte dabei nur an die Direktoren der Treibereidungs-gesellschaft erinnern; sie hatten ihr ganzes Bureau mit schönen Sprüchen austapeziert und glaubten sich vielleicht gerade deshalb berechtigt, die Bevölkerung nach Notizen auszulündern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Noch einige Worte zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Goller. Bei der freisinnigen Volkspartei erleben wir die merkwürdigsten Dinge: Wo sich ihrer zwei zusammenfinden, da ist die Spaltung unter ihnen. (Heiterkeit.) Herr Eichhoff hat sich innerhalb der freisinnigen Partei als Oberlehrerfraktion etabliert (Heiterkeit) und tritt voll und ganz und unentwegt für die Flottenverfälschung, die Erhöhung der Ministergehälter usw. ein. Noch weiter geht ... (Lach des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, das steht doch nur in sehr losem Zusammenhang mit der Vorlage. (Heiterkeit.)

Abg. Ledebour (fortfahrend):

Ich komme jetzt zu dem engeren Zusammenhang, nämlich der Rede des Herrn Goller. Er sprach dagegen, daß hier sogenannte Wahlfreden gehalten werden. Das zeigt, daß Herr Goller über den Sinn der parlamentarischen Verhandlungen nicht unterrichtet ist. Die Reden im Reichstage werden nicht für die paar Mitglieder des Bundesrats, die häufig nicht einmal da sind, oder für die wenigen anwesenden Abgeordneten gehalten, sondern weil die Abgeordneten die Sprecher des Volkes sind, das das Parlament zum Kohebel als Mundstück braucht, um seine Wünsche über die Gestaltung der Dinge auszudrücken. Aber Herr Goller ist noch weiter gegangen; er hat die gesamte Linke des Reichstages mitverantwortlich gemacht für das Unheil, das jetzt in den Kolonien passiert. Den Aufstand in Südwestafrika etwa dem mangelnden Interesse der Linken für die Kolonien zuzuschreiben, das hat selbst der entschiedenste, konservativste, kolonialbegeisterteste Abgeordnete hier im Hause noch nicht fertig gebracht. Nichts ist der Angriff mir gegen uns, so hätte er wenig zu bedeuten; auf uns Sozialdemokraten wird ja alles Mögliche abgeladen; wir legen's zu dem übrigen. Aber Herr Goller richtete seinen Angriff gegen die gesamte Linke, auch gegen die bisherige Haltung seiner eigenen freisinnigen Partei! Nur einmal bestellte sich die verblüffteste Stirn des Herrn Goller auf, als er von der Möglichkeit sprach, auszuwandern, statt sich alle die Reden der Linken hier anzuhören, und das, kurz nachdem einer seiner Parteigenossen, der Abg. Langmann, gegen die Kolonien gewettert hatte. Diese Selbstzerstörung des Restes einer freisinnigen Partei in der Kera Eichhoff-Goller haben schließlich ja auch für uns einiges Interesse.

Von den Herren der Kolonialverwaltung habe ich wieder auf meine speziell gestellte Frage keine Antwort erhalten wie schon früher bei mehreren Gelegenheiten. Ich wiederhole jetzt meine Anfrage: Wie steht es mit den 50 000 M., die dem Direktor René zugewiesen worden sind?

In den gestrigen weitläufigen Verhandlungen hätten die Herren von der Kolonialverwaltung ihrer Verpflichtung, Auskunft zu geben, nachkommen müssen. Direktor René, der gestern den Verhandlungen hier beizuwohnen, hat mir mitgeteilt, die Summe sei ihm zugewiesen worden als Entschädigung für das Direktorengehalt von 10 000 M. für 5 Jahre, das ihm nicht ausgezahlt worden sei, und er hat mich ermächtigt, das hier zu erklären. Aber woher sind denn jetzt diese 50 000 M. entnommen worden? Ich stelle an die Kolonialverwaltung die neue und positive Frage: Sind diese 50 000 M. etwa auch mit in die reinen Verlusten eingegangen und da verzeichnet? Wer in das Getriebe der Kolonialverwaltung noch nicht so eingedrungen ist, wird die Frage erstaunlich finden. Aber schließlich wäre ja das nicht schlimm, als es bei den 120 000 M. Provision, die Herr Erzberger entdeckt hat, tatsächlich festgestellt ist. Hoffentlich werden mir die Herren von der Kolonialverwaltung heute endlich antworten. Ich werde jedenfalls nicht milde werden, zu fragen; denn es ist doch geradezu ungeheuerlich, daß Leute mit Kapital und andere Leute mit glänzendem Namen sich zusammen-tum und in dem Syndikat zum Bau der Kamerunbahn nicht einmal so viel Geld zusammenbringen, um die angestellten Beamten zu bezahlen. Und Herr René hat fünf Jahre lang als Direktor nicht das mindeste zu tun bekommen, ist aber mit einem Gehalt von 10 000 M. angestellt geblieben. Da wird mir klar, wie recht das Sprichwort hat, daß das Geld auf der Straße liegt. Man muß nur einen gefälligen Reichsbeamten finden, der es einem aufhebt. (Große Heiterkeit und Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich habe noch nicht gesehen, daß so leicht 10 000 M. im Jahre zu verdienen sind. Aber eine solche Affäre ist ganz geeignet, den gefüllten Beutel des Reichs über die ganze Kolonialwirtschaft über-laufen zu lassen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Noch einige Worte zu zwei Fragen, die mit dem ungeheuerlichen Urteil gegen die Uvaldehüpflinge zusammenhängen. Mein Vorwurf gegen den früheren Direktor des Kolonialamtes stütze sich darauf, daß er sich damit begnügt hat, über die Beschwerden der Häuptlinge Bericht vom Gouverneur v. Puttkamer einzuziehen, gegen den sich die Beschwerden richtete, statt einen zuverlässigen Beamten aus Deutschland oder aus Togo zur Untersuchung dorthin zu beordern. Das wäre um so notwendiger gewesen, als dies nicht der erste Fall einer Beschwerde gegen den Gouverneur v. Puttkamer war. So ist die Anwendung des einzig wirksamen Mittels, das dieses ungeheure Urteil von vornherein unmöglich gemacht hätte, unterblieben. Dem gegenwärtigen Leiter des Kolonialamtes mache ich nicht etwa daraus einen Vorwurf, daß er Herrn Jesso von Puttkamer zur Rechenschaft dorthin berufen hat, das finde ich vollkommen recht und billig, sondern daß er die Häuptlinge noch immer im Gefängnis läßt, obwohl das Urteil gegen sie noch gar nicht rechtskräftig ist, und obwohl es von einem zu diesem Zweck als Richter delegierten Verwaltungsbeamten, also ohne jedes geordnete Gerichtsverfahren, gefällt worden ist, und trotzdem aus dem Urteil selbst hervorgeht, daß es einen schweren Mißbrauch der Amtsgewalt und einen Rechtsbruch darstellt; denn anders läßt sich das Urteil gar nicht erklären. Man mag es drehen und wenden, wie man will, es bleibt ein Rechtsbruch schändlicher Art. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich will auf den Fall selbst nicht eingehen, aber die Strafen wären selbst dann doch rechtswidrig hoch, wenn die Regierungshäuptlinge sich der vollen Tragweite ihrer Handlung bewußt gewesen wären. Jedenfalls hat das Urteil eine symptomatische Bedeutung für den Wider-sinn des Verleumdungsprozesses und des Verleumdungsverfahrens überhaupt. Es hat scharf dargelegt, daß das Verleumdungs-verfahren mit unserer Kultur und unserer ganzen Entwicklung unvereinbar ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die einfache Verleumdung ist ein Widerspruch, weil sie von einer falschen Auffassung des Ehrbegriffs ausgeht. Sie ist nur eingeführt und wird nur aufrechterhalten, um die herrschenden Klassen, insbesondere die Bureaucratie, gegen die Kritik der Öffentlichkeit in der Presse und den Versammlungen zu schützen. Unter unseren einständigen Einrichtungen leiden auch die Kolonien. Der Effortismus, der schon in Deutschland die wunder-lässigen Kapriolen macht, entwickelt sich drüben in vollkommener Freiheit. Auch das Urteil gegen die Uvaldehüpflinge ist ein sprechender Beweis dafür. Wir protestieren dagegen, daß man sie noch länger in Haft hält und verlangen von der Kolonialverwaltung, wenn sie noch einen Rest von Rechtsgefühl und Menschlichkeit in sich hat, die Leute sofort frei zu lassen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Geht. Legationsrat Dr. Helfferich: Ich habe mich gestern über das dem Herrn René gegebene Gehalt nicht geäußert, weil ein-gehende Angaben in der Kommission gegeben werden sollten. Ich will aber jetzt feststellen, daß es sich dabei um Abmachungen handelt, die zwischen dem Bankensortium und dem ersten Syndikat ge-troffen sind, die ohne unsere Mitwirkung und Kenntnis zustande ge-kommen sind. Wir hatten lediglich die Pflicht, die Kostenaufschläge

zu prüfen. Und diese Prüfung ergab ihre Nichtigkeit. Die Gewinn-beteiligung des früheren Syndikats mit 300 000 M. und des Direktors, der jahrelang an dem Unternehmen gearbeitet hat, mit 50 000 M. ging uns durchaus nichts an! Ich erkläre ausdrücklich, daß beide Summen nicht mit in dem Kostenaufschlag enthalten sind. Sie werden sich davon überzeugen, wenn wir Ihnen in der Kom-mission diese Kostenaufschläge vorlegen werden. (Beifall.)

Abg. Dr. Wendt (Sp.): Wenn die Engländer nach dem Prinzip unserer Sozialdemokratie kolonisiert hätten, so wären sie auch heute noch nicht so weit. Eine Vergnügungsfahrt darf unsere Studien-fahrt objektivweise nicht genannt werden. Sie war mit großen Anstrengungen verknüpft. Der Boermannlinie aber gebührt der Dank der Nation, weil sie die deutsche Flagge an der ganzen Westküste Afrikas in Ehren gebracht hat.

Abg. Lattmann (Wirtsch. Ver.): Was die Trave anlangt, so be-merke ich, daß wir gegenüber den technischen Vorschlägen der Re-gierung in Bezug auf die Kolonien nicht unbedingt Vertrauen haben dürfen. Ich erinnere an die Rede von Ewalopmund! (Sehr richtig! bei der Wirtschaftlichen Vereinigung.)

Abg. Kaden (Z.): Die Provisionsfrage verwerfen alle meine Freunde; so leicht verdienen sonst deutsche Kaufleute nicht „Provi-sionen“. — Im übrigen begreife ich es, daß Herr Erzberger, der zuerst den Rat hatte, dieser Provisionsangelegenheit ins Gesicht zu leuchten, so glänzend gerechtfertigt worden ist. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. Goller (fr. Sp.): Es ist noch kein Gelehrter vom Himmel gefallen und auch noch kein Volksovertreter. (Große Heiter-keit links.) Ich danke Herrn Ledebour für sein Privatstimium und werde gern von ihm lernen. (Heiterkeit.) Nur seine Physiognomie-verrentungen werde ich ihm niemals nachmachen können. — Die Auseinandersetzung mit meinen Freunden muß Herr Erzberger schon mir überlassen. Im übrigen bin ich mir nicht bewußt, irgend etwas gegen meine Parteigenossen gesagt zu haben. Ich habe mit einem gemächlichen Eifer begonnen, der nicht weiter sein wollte. Ueber den Begriff „Gemächlichkeit“ kann man sehr verschiedener Meinung sein. (Große Heiterkeit.) In Berlin kommt diese gute deutsche Eigenschaft immer mehr und mehr abhanden. Ich weiß überhaupt nicht, wie Herr Erzberger dazu kommt, sich immer mehr als Jenseitiger des gesamten Hauses aufzuspielen. Ich kann ihm in seiner schwäbischen Weitschweifigkeit nicht folgen. Jedenfalls steht der Tenor seiner Reden im umgekehrten Verhältnis zur Zahl seiner Jahre und der Summe seiner wirtschaftlichen Erfahrung. (Große Heiterkeit und sehr gut! links.) — Meine Äußerung über die Missionen mag nicht in sehr glücklicher Form gefallen sein; ich habe vom Poffentum nur im politischen Sinne gesprochen, die Bedeutung der Missionen für die Kulturentwicklung in den Kolonien erkenne ich durchaus an.

Abg. Storz (Südd. Sp.): Der Abgeordnete Ledebour hat gegen die Kolonialschwärmer gesprochen. Aber sein Fraktionsgenosse Webel hat namentlich in der neuesten Auflage seines Buches „Die Frau und der Sozialismus“ sich selbst als Kolonialschwärmer aus-gesprochen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Er schwärmt davon, die deutschen Arbeiter könnten ein Stück Land in Nordafrika besiedeln, um dort den Sozialismus einzuführen. Wenn das keine Kolonialschwärmerei ist, weiß ich nicht, was das sonst bedeutet. Der Abgeordnete Ledebour sollte also einmal etwas mehr in die Fußstapfen seines — Vorgelegten darf ich nicht sagen. (Große Heiter-keit) — Kollegen treten. Ich für meine Person bin durchaus nicht in allen Punkten mit der Kolonialpolitik, wie sie die Herren von der Regierung betreiben, einverstanden. Beispielsweise wäre ich für ein Verbot des Dampfwassersports auf der neuen Bahn, was unseren Spiritusbrünnern doch wohl wenig sympathisch sein dürfte.

Abg. Eichhoff (fr. Sp.): Der Abg. Ledebour hat mich als Be-sonders „Oberlehrerfraktion“ innerhalb der freisinnigen Volkspartei bezeichnet. Dagegen protestiere ich, da ich meinem Stande gegen-über völlig unabhängig bin und mich ebenfalls meiner Fraktion gegenüber in allen Fragen, die nicht grundsätzlich im Programm festgelegt sind, meinen individuellen Standpunkt unabhängig wahr-nehmen. Auf Grund der wissenschaftlichen Forschungen erachte ich es hoch-wahrscheinlich, daß eine Kolonie wie Togo und Kamerun, mit denen wir einen Warenaustausch in Höhe von 12 Millionen Mark haben, während der mit Marokko nur 6 Millionen Mark beträgt, nach Jahrzehnten wirtschaftlichen Nutzen bringt. (Beifall rechts.)

Damit schließt die Debatte. Es folgen persönliche Bemerkungen:

Abg. Ledebour (Soz.): Die Unabhängigkeit des Herrn Eichhoff habe ich mit meiner Äußerung über die „Oberlehrerfraktion“ nicht in Frage stellen wollen. Ich habe den Ausdruck gebraucht um Hin-druck auf die allgemein bekannte Tatsache, daß gerade diejenigen Bestrebungen, für die Herr Eichhoff in Gegensatz zur Majorität seiner Parteigenossen eingetreten ist, mit besonderer Wärme in Ober-lehrerkreisen kultiviert werden. Im übrigen hat Herr Eichhoff nicht in geringsten meinen Vor, sondern nur meine Heiterkeit erregt.

Abg. Langmann (fr. Sp.): Herr Dr. Goller sagte: er hätte für sich und ich für mich gesprochen. Das ist nicht ganz richtig. Ich habe als Fraktionsredner namens der Fraktion die Meinung der Fraktion vertreten. Ich habe also nicht für mich gesprochen, sondern hoffentlich auch für die Majorität der Fraktion. (Lebhafte Zurufe: Also nur „hoffentlich“? Große Heiterkeit.)

Abg. Eichhoff (fr. Sp.): Von einer Schwärmerei in Oberlehrer-kreisen für die Kolonialpolitik war mir bisher nichts bekannt. Im übrigen habe ich von der Heiterkeit, die ich bei Herrn Ledebour erregt haben soll, nichts gemerkt. (Heiterkeit.)

Die Vorlage geht hierauf an die Budgetkommission.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Pensionierung der Offiziere in Verbindung mit dem Geley betreffend die Versorgung der Personen der Unterlassen im Heere und in der Marine.

Preussischer Kriegsminister v. Einem:

Die verbündeten Regierungen haben Ihnen den Entwurf zur Versorgung der Offiziere des Heeres, der Marine und der Schut-ztruppen in derselben Form wie im Vorjahre vorgelegt, versehen mit den Verbesserungen, die die Budgetkommission in vergangenen Jahre hinzugefügt hat. Die Bedeutung der Vorlage und ihren Wert für die bewaffnete Macht brauche ich Ihnen heute nicht mehr zu begründen. Darüber herrscht wohl in diesem Hause Einigkeit. Ich kann das hohe Haus nur herzlich bitten, die Vorlage mit Wohl-wollen zu prüfen und sobald wie möglich Gesetz werden zu lassen. (Bravo! rechts.)

Abg. Graf Hompesch (Z.):

Ich habe namens meiner Fraktion folgende Erklärung abzu-geben: Das Zentrum hält es nicht für angezeigt, sich bei der ersten Lesung an der Debatte über den materiellen Inhalt dieser Vorlage zu beteiligen. Die Gründe für dieses ungewöhnliche Verhalten an-zugeben, überlassen wir dem Reichstag und — der Reichsregierung. Ich beschränke mich also darauf, den Antrag zu stellen, die Vorlage wie im Vorjahre der Budgetkommission zu überweisen. (Große Be-wegung.)

Abg. Graf Oriola (natl.): Auch wir empfinden eine tiefe Miß-stimmung über den plötzlichen Schluß des Reichstages im Sommer, der gerade die Verabschiedung dieser Vorlage gebindert hat. Und dabei hatte sie der Kriegsminister wichtiger bezeichnet, als die Heeres- und Flottenvermehrung! Die Vorteile der Vorlage, die prinzipiellen Fortschritte erkenne ich gern an; aber ich muß — wie im Vorjahre — eine gerechtere Berücksichtigung der jetzt schon Pensionierten und möglichst bald eine Reform der Militärversorgung fordern. Ich hoffe, daß bei der Verabschiedung dieses Gesetzes das Zentrum trotz seiner dunklen Erklärung und seine Schwertigkeiten machen wird und daß wir ein wahrhaft wohlwollendes Diszi-plinargesetz zustande bringen zur Ehre und zum Segen des deutschen Vaterlandes. (Lebhafte Beifall bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär des Reichshofamtes Hr. v. Stengel.

Auch die verbündeten Regierungen hoffen auf ein baldiges Aufkommen der Pensionen...

Abg. Leske (Soz.):

Im Widerspruch zu der Erklärung des Kriegsministers, daß er das Militärpensionsgesetz dringend wünsche...

Ich muß noch auf einen anderen Fall hinweisen, aus dem klar hervorgeht, wie die zu frühzeitige Verabschiedung der Offiziere den Pensionsfonds unnützlich belastet...

Abg. v. Massow (L.): Für mich ist es ein beschämender Gedanke, daß unsere Krieger, wenn sie jetzt zurückkehren...

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antik.): Wir müssen so rasch wie möglich eine Kommission einsetzen...

Reichshofsekretär Hr. v. Stengel: Der Bundesrat hat im April des abgelaufenen Jahres Ausführungsbestimmungen erlassen...

Abg. Mommsen (fr. Vg.): Eine Neuverteilung der Pensionsleistungen wird dieser Vorlage folgen müssen...

Abg. Werner (Ant.) spricht gegen Ueberweisung der Vorlagen an die Budgetkommission...

Abg. v. Deryn (Rp.): Eine Verabschiedung der Gesetze vor dem 31. März halte ich nicht für nötig...

Freihäfen in die Statistik einbezogen werden sollen und der Bundesrat die Ermächtigung erhalten soll...

Abg. Seumer (nat.): Das Einziehen der Freihäfen in die Statistik wird nicht zu einem tieferen Werte des deutschen Handels machen...

Abg. Graf Kanitz ist ebenfalls für die Vorlage und für ihre Erledigung im Plenum.

Abg. Kämpf (fr. Vp.) hält die Vorlage für eine wesentliche Verbesserung der Statistik...

Geheimrat Wermuth bittet, den Gesetzentwurf in der Form zu belassen, wie er vorliegt.

Der Gesetzentwurf betr. Erwerbsteuer der Einfuhrschiffe und Zollabfuhr wird debattelos in erster Lesung angenommen.

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstags führte gestern die Beratung der Vorlage über den Servistarif und die Klasseninteilung der Orte zu Ende...

Darauf trat die Kommission in die Beratung des Abänderungsgesetzes über die Naturalleistung für die bewaffnete Macht im Frieden ein.

Table with 3 columns: Item, mit Brot, ohne Brot. Rows: a) für volle Tageskost, b) Mittagkost, c) Abendkost, d) Morgenkost.

Diese Entscheidungssätze sollen nun erhöht werden bei a auf 1 bezw. 0,85 M., bei b auf 0,52 bezw. 0,47 M., bei c auf 0,29 bezw. 0,24 M. und bei d auf 0,19 bezw. 0,14 M.

Die Finanzreformkommission begann gestern die Beratung der Brausevorlage. Von einer Generaldiskussion der ganzen Vorlage wurde Abstand genommen...

Die Finanzreformkommission begann gestern die Beratung der Brausevorlage. Von einer Generaldiskussion der ganzen Vorlage wurde Abstand genommen...

Die Fassung eine Einzelziehung des § 6 des Flottengesetzes in die Diskussion für unzulässig hielt, entsprach sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte...

Aus der Partei.

Das internationale sozialistische Bureau

wird im Laufe des Monats März zu einer Sitzung zusammentreten. Auf der Tagesordnung stehen die folgenden vier Punkte...

Der erste Sozialdemokrat

ist in den Landtag von Schaumburg-Lippe eingezogen. Ein Privatdepesche meldet uns aus Stadthagen...

Briefkasten der Redaktion.

E. R. Hermann Sachse, Bochum, Bismarckstr. 42.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Westf. 7 Uhr.

Sonntag, den 21. Januar 1906, mittags 12 Uhr:

Protest-Versammlungen

in folgenden Lokalen in Berlin:

- I. Wahlkreis:** Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20.
Englischer Garten, Alexanderstr. 27c.
- II. Wahlkreis:** Berliner Bodbrauerei, Tempelhofer Berg.
Kliems Salon, Hasenheide 13.
Viktoria-Brauerei, Lützowstr. 111/112.
- III. Wahlkreis:** Guggenhagen, Moritzplatz.
Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
Möhrling, Admiralstr. 18c.
Franke, Sebastianstr. 39.
- IV. Wahlkreis:** Hanssouci, Rottbuserstr. 4a.
Graumann, Raunynstr. 27.
Süd-Ost, Waldemarstr. 75.
Drachenburg, Am Schlesiſchen Tor.
Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 16/23.
Boedter, Weberstr. 17.
Keller, Koppenstr. 29.
- IV. Wahlkreis:** Titſin, Memelerstr. 67.
Elyſium, Landsberger Allee 40.
- V. Wahlkreis:** Altes Schützenhaus, Linienstr. 5.
Musiker-Säle, Kaiser Wilhelmstr. 18m.
- VI. Wahlkreis:** Brauerei Königſtadt, Schönhauser Allee 8/10.
Fröbels Allerlei-Theater, Schönhauser Allee 148.
Hensel, Invalidenstr. 1.
Schmidts Geſellſchaftshaus, Gartenstr. 6.
Bernhard Rabe, Kolbergerstr. 23.
Feldſchlöſſchen, Müllerſtr. 142.
Norddeuſche Brauerei, Chausſeeſtr. 58.
Geſellſchaftshaus, Swinemünderſtr. 42.
Moabiter Geſellſchaftshaus (großer Saal), Wickeſſtr. 24.
Moabiter Geſellſchaftshaus (unterer Saal), Wickeſſtr. 24.
Ballſchmieders Salon, Badſtr. 16.

Referenten ſind die Genossen: Dr. Arons, Auguſtin, Antrick, Debel, Cohen, Dietz-Samburg, Ebert, Richard Fiſcher, Gehl, Heimann, Heine, Dr. Herzfeld, Kater, Kohlenzer, Ledebour, Litſin, Manasse, Maſſini, Michels-Marburg, Poetzſch, Ad. Ritter, Robert Schmidt, Schütte, Dr. Silberstein, Singer, Umrath, Wels, Werner, Dr. Weyl, Wiesenthal, Dr. Zadek.

Für den Wahlkreis Teltow-Beeskow-Charlottenburg:

- Adlershof:** Meißner, Biſmarckſtr. 10.
- Baumſchulenweg:** Speers Feſtſäle, Baumſchulenſtr. 78.
- Britz:** Bethge, Chausſeeſtr. 39.
- Charlottenburg:** Volkshaus, Roſinenſtr. 3.
" Schulz, Kaiſer Friedrichſtraße.
" Wodrich, Spreeſtraße.
- Köpenick:** Stadt-Theater, Ringeltaube.
- Eichwalde:** W. Heinrich, Hanſels Ablage.
- Friedenau:** Geſellſchaftshaus, Rheinſtr. 14.
- Groß-Lichterfelde:** Reizen, Chausſeeſtr. 104.
- Grünau:** Duchauſſour, Köpenickerſtraße.
- Johannisthal:** Haſſelwerder, Haſſelwerderſtr. 3.
- Ketschendorf:** Fliederhain.
- Königs-Wuſterhauſen:** Wedhorn, Altes Schützenhaus.
- Lankwitz:** Link, Calandrelliſtr. 27.
- Mariendorf:** Hugo Borgfeldt, Feldſtr. 44.
- Mittenwalde:** F. Schmidt.
- Nowawes:** Volksgarten, Prieſterſtraße.
- Rixdorf:** Hoppes Feſtſäle, Hermannſtr. 49.
" Thiels " Bergſtr. 151.
" Bruses " Kneſebecſtr. 131.
" Heihauſ " Karls Garten.
- Schmargendorf:** Wirtshaus Schmargendorf, Warnemünderſtraße 6.
- Schöneberg:** Obſts Feſtſäle, Weiningerſtr. 8.
" Klubhaus, Hauptſtr. 5/6.
- Steglitz:** Birkenwäldchen, Schützenſtraße.
- Tempelhof:** Hoak, Berlinerſtraße.
- Teltow:** Pickenhagen.
- Trebbin:** Geſellſchaftshaus, Bahnhofſtraße.
- Treptow:** Ludwig, Köpenicker Landſtr. 25.
- Wilmerſdorf:** Volksgarten, Berlinerſtr. 40.
- Zehlendorf:** Widlei, Potsdamerſtr. 25.
- Zossen:** Schinke, Barutherſtr. 51.

Referenten ſind die Genossen: Davidſohn, Diesner, Exner, Fendel, Frau Jeetze, Friedländer, Glebel, Gebert, Groger, Heidemann, Hildebrandt, E. Hofmann, Kirſch, Kaß, Keller, O. Koffmann, Jäck, Krbe, Metzger, Mohs, Mayer, Obſt, Pagels, Strasser, Ströbel, Steinicke, Toſt, Ueko, Uthes, Vogt, Wollermann, Wollheim, Zubeil.

Für den Wahlkreis Nieder-Barnim:

- Bernau:** Elyſium.
- Biesdorf (3 Uhr):**
- Birkenwerder:** Paradiesgarten (2 Uhr).
- Buch:** Reſtaurant Golle, Bahnhofſtraße (2 Uhr).
- Erkner:** Degebrodts Geſellſchaftshaus (3 Uhr).
- Franz.-Buchholz:** Kähne, Berlinerſtraße.
- Friedrichsfelde:** Gube, Prinzen-Allee 30.
- Friedrichshagen:** Karl Conrad, Friedrichſtr. 137 (3 Uhr).
- Herzfelde:** Henze, Hauptſtr. 57.
- Karlshorſt:** Kupsch (Waldſchänke), Treſkow-Allee.
- Lichtenberg:** Schwarzer Adler, Frankfurter Chausſee 5.
" Prachtſäle des Oſtens, Frankf. Allee 151/152.
- Mahlsdorf:** Werniches Saal.
- Nieder-Schönhauſen:** Lindengarten, Lindenſtr. 43.
- Ober-Schöneweide:** Schloſſpark Wilhelminenhof.
- Oranienburg:** Schumann, Schützenſtr. 34.
- Pankow:** Zum Kurfürſten, Berlinerſtr. 102.
- Reinickendorf (Oſt):** Großmann, Provinzſtr. 76.
" (Weſt): Frankes Familienheim, Eichbornſtraße 18 (1 Uhr).
- Rummelsburg:** Café Bellevue.
" Gorges, Neue Prinz Albertſtraße.
- Rüdersdorf (Kalkberge):** Hermann Grebe (3 Uhr).
- Schöneiche und Umgebung:** Reſtaurant Waldſchloß.
- Stralau:** Alte Taverne.
- Waidmannsluſt:** Schweizerhäuschen.
- Weißensee:** Schloß Weißenſee.
- Wilhelmsberg (Hoh.-Schönhauſen):** Paradiesgarten, Berlinerſtr. 68/69.
- Wilhelmsruh:** Bader, Kronprinzenſtr. 15.
- Tegel:** Crapp, Bahnhofſtraße.

Referenten ſind die Genossen: Boeske, Bächner, Brückner, Dupont, Fülle, Grunwald, Kaak, Kelbig, Kirſchſen, Jacobsen, Katzenſtein, Kotzke, Kubig, Kupsch, Link, Mielhke, Dr. Maurenbrecher, Metzke, Nollſtadt, Pinſeler, Rühl, Sabath, Sassenbaech, Schulzki, Schumann, Sillier, Sonnenburg, Stadthagen, Taubmann, Umbreit.

Tages-Ordnung:

„Gegen Volkſentrechtung und Volkſknechtung“.

Parteiengenossen und Genossinnen, erſcheint inſgeſamt in dieſen Verſammlungen und agitiert für Maſſenbeſuch.

J. A. der Einberufer: Eugen Ernst, Adreſſtr. 62.

Metropol Ball

Vergnügte Stunden sind das Ergebnis einer harmonischen Verbindung von allem was gefällt — geeigneter Zeitpunkt, rechter Ort, nette Gesellschaft und das beste was des Lebens Annehmlichkeiten bieten. In

JOSETTI CIGARETTEN

findet jeder Verehrer vergnügter Stunden die Qualitäts-Eigenschaften, welche unverfälschte und vollkommene Befriedigung gewähren. Josetti-Cigaretten sind an sich genussbringend und passen sich harmonisch jedem Lebensgenusse an — das Resultat köstlicher Mischungen, sorgfältigst zusammengestellt aus den besten, reifsten türkischen Tabaken.

Josetti

Josetti Juno 10 St. 20 Pfg.

Josetti Griseldis 10 St. 30 Pfg.

Roß-Str. 29. Nähe Kölln. Fischmarkt.

Genaue Augengläser

Nähe Kölln. Fischmarkt. Roß-Str. 29.

Nickel-Brille mit in. Rathenower Glas M. 2.00
Nickel-Pince-nez ebenso M. 2.00

Kostenlose Augenuntersuchung.

Lieferant aller Krankenkassen.



Lieferant aller Krankenkassen.

Optiker. **A. Stendel, Inh. Emil Klein.** Mechaniker.
Barometer, Thermometer, Lupen, Lese-gläser, Opern-gläser, Reise-gläser, Photogr. Apparate.
— 10 % Ermäßigung bei Neueinkäufen erhalten Kassenmitglieder 10 % Ermäßigung. —

II. Stahl-Brille M. 1.50
II. Stahl-Pince-nez M. 1.00

Kostenlose Augenuntersuchung.

Turmstraße No. 76.

Lachmann & Scholz

Warenhaus.

Ottostraße No. 1.

Doppelte Rabatt-Marken

geben wir am Sonnabend, den 20. und Sonntag, den 21. dieses Monats.

Rabatt in Höhe von 20 Pfennig an wird auf Wunsch sofort ausbezahlt. Verlust also ausgeschlossen.

Die letzten Tage unseres Inventur-Ausverkaufs bieten noch große Vorteile.

*) Wenige Artikel ausgenommen.

Rabatt in Höhe von 20 Pfennig an wird auf Wunsch sofort ausbezahlt. Verlust also ausgeschlossen.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose **Herkules** tragen. Klein-Verkauf. Sehr starkes Leder in profihchen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Im Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Knappnähte. Haltbarste Flot-Laschen. Große Hüften umfassen. Die Hose

bei Entnahme von 4 M. 50
6 Stück 26 M.

Manchester-Hose Marke Gumbines, Junitette . . . 5 M. 50
Gefärbt. Manchester-Jacke 14.50, 8.75
Schlauer Monteur-Jacke 1 M. 90
Schlauer Monteur-Hose . . . 1 M. 50
Schlauer Monteur-Jacke, prima Körper-Gewebe . . . 2 M. 50
Schlauer Monteur-Hose, prima Körper-Gewebe . . . 2 M. 10
Weiße Arbeiter-Jacke 3.50, 2 M. 75
Rondell-Jacke, dreifig . . . 4 M. 50
Rader-Mittel . . . 3, 2.50, 2 M. 25
Mechaniker-Mittel (braun) 3, 2 M. 40
Weiße Leder-Jacke, dreifig 7.50, 3 M. 75
Weiße Lederhose . . . 4.50, 2 M. 90
Kleidermacher-Anzüge, blau, nach Vorchrift . . . 5 M. 50
Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.
Chausseur. 21a 25. Brückstr. 11.
Gr. Frankfurtstr. 20.
Das 28. Haupt-Preussisch 1906 wird kostenlos und portofrei zugelandt.
Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittweite, bei Jacken und Mitteln die Brustweite anzugeben.
56882*
— Versand von 20 M. an franco. —

Radruft verboten!

Rittellungen über die Rentabilität, Brauchbarkeit etc. von **Motordroschken**

werden auf Grund gesammelter Erfahrungen kostenlos unter Z. 4. durch die Haupt-Expedition d. H. gemacht. 74/1*

Josef Fischer

Kohlen-Großhandlung
Berlin O. 34, Brombergerstr. 19/20.
Preise ab Platz von 10 Jir. an.
Industr.-Brikets, Halbsteine p. Jir. 80 Pf.
la. Sontenborger Salon-Brikette „Anna“ oder „Marie“ p. Jir. 80 Pf.
Hancels Werke . . . 90
Illa u. Anh. Mariengrube . . . 95
la engl. Anthrazit, Bruch, Koks, Steinkohlen, Holz ufm.
zu billigsten Tagespreisen.
Handwagen verleihe zu Kohlen.

Theor. u. praktische Ausbildung zum Chauffeur.

Programm kostenfrei. Unentgeltlicher Nachweis von Wichtigen Chauffeuren. Technikum Altenburg Sachsen-Altenburg.

Aus der Heimarbeit-Ausstellung.

Textilindustrie.

Glänzendes Glend. Mit diesen zwei Worten läßt sich kurz und bündig das soziale Empfinden bei der Besichtigung der Heimarbeit-Ausstellung, die gegenwärtig in der alten Kunstakademie stattfindet, bezeichnen. Noch mehr tritt das „glänzende Glend“ in die Erscheinung, wenn der Fachmann die einzelnen Branchen und Berufsarten eingehend bezüglich der ausgestellten Erzeugnisse und der dafür gezahlten Arbeitslöhne prüft. Die stummen Zahlen auf den Schildchen, die an den Waren angebracht sind, reden zwar eine recht lebendige Sprache, aber ein zutreffendes Urteil über Kunstfertigkeit, Gewandtheit und Fleiß, die zur Vollendung der Waren nötig sind, kann sich nur der bilden, der in den Stätten der Heimarbeit das Entstehen der Waren kennen gelernt hat. Einen breiten Raum der Ausstellung nimmt die Textilindustrie mit ihren verschiedensten Branchen ein. Bis auf die Färberei sind alle Einzelbranchen der Textilindustrie in der Heimarbeit vertreten. Die Ausstellung weist mit Ausnahme der Seilerei, die in einzelnen Orten als Heimarbeit betrieben wird, alle übrigen Branchen auf. Da sind ausgestellt die verschiedensten Produkte der Weberei. Die einfachsten Gewebe von der gewöhnlichen Seilwandbindung bis zu den feinsten Blüsch- und Samtmustern. Das Rheinland hat in solchen Waren eine reichhaltige Kollektion ausgestellt. Schlesien dagegen ist mit groben Krümmern und wollebenen Waffelstoffen vertreten. Borna und Kowawez, die alten Weborte in der Nähe von Berlin, sind durch Produkte der Teppich- und Chenilleweberei vertreten. Oberfranken hat Stoff zu „Schuerlappen“ ausgestellt und — der Stundenlohn von 14 Pf. sieht für Schuerlappen noch vorteilhaft ab gegenüber den Hungerlöhnen, die für die feine Applikationsarbeit an den durchbrochenen Ziertragen, pro Stunde 3—7 Pf., gezahlt werden.

Das sächsische Erzgebirge hat aus den bekannten Industriestätten die verschiedensten Posamentenartikel ausgestellt. Vorzen, Lipen, Korbeln, jedes Stück Ware ein Kunstprodukt für sich. Die Löhne schwanken zwischen 3 bis 18 Pf. pro Stunde. Einige photographische Aufnahmen geben Kunde von dem „trauen Heim“ der Textilarbeiter. Da wird in demselben Räume gelacht, geschlafen, gegessen und gearbeitet. Es ist alles immer hübsch beisammen. Schläft das Kindchen, dann liegt es im Spannbett oder dem Kinderwagen, ist es unruhig, dann hat's die Mutter auf dem Schoße und — arbeitet dabei emsig weiter. Daß in einem solchen Räume gar oft auf eine Person nur 4—6 Kubikmeter Luftraum entfallen, ist keine Seltenheit. Auch die sogenannte „Mahnarbeit“ ist vertreten. Aus Schlesien sind aus dieser Branche geknöpftes Bierdeckchen ausgestellt. 8 Stunden Arbeitszeit beansprucht so ein Stück, dann hat die Frau aber auch 25 ganze Reichspfennige verdient. Interessant ist der Vergleich der Arbeitslöhne für gehäkelte und gestrichele Waren. Gehäkelte Schultertragen, Erstlingsstulpen und Kinderkleider sind in schönen Mustern aus Apolda, Ebersberg und Spremberg ausgestellt. Auf dem Gangtriebsstuhl und auf der Musterstrickmaschine sind dieselben Waren, deren Unterschied in der Herstellungsweise nur der Fachmann leicht herausfindet, aus Apolda stark vertreten. Trotzdem für die letztere Art dieser Waren der Arbeitslohn für das einzelne Stück nur den vierten bis fünften Teil der handgehakelten Waren beträgt, stellt sich der Verdienst pro Stunde auf vier- bis fünfmal höher. Ueberhaupt erscheinen die Löhne für Strickmaschinenware als Besten, Kellermützen, Häufelinge, Gamaschen usw. als ganz annehmbare. Die „Fäbration von Strümpfen“ mit einem Stundenlohn von 15 bis 25 Pf. führt eine photographische Aufnahme aus Berlin vor Augen. Die Arbeiterin ist emsig an ihrer Strickmaschine tätig, die in dem Räume, der als Koch-, Wohn- und Schlafraum dienen muß, aufgestellt ist. Dabei muß aber auf eine Eigentümlichkeit in der Strick- und Webwarenbranche hingewiesen werden. Früher war es üblich, daß der Unternehmer, der Fabrikant die zur Herstellung der Waren benötigten Maschinen kaufte und sie den Arbeitern zur Verfügung stellte. Das ist im Laufe der paar letzten Jahrzehnte aber ganz anders geworden. Der Heimarbeiter, der in der Strick-Phantasiemarenbranche auf „Besitzungen“ rechnet, der muß sich die Maschinen, von denen das Stück je nach der Art, 500, 1500 bis 2000 M. und noch mehr kostet, selbst schaffen. Auf wöchentliche oder monatliche Abzahlung erhält er solche vom Maschinenfabrikanten. Zeit keine Krise ein, dann kann dieser Heimarbeiter mit ziemlicher Sicherheit damit rechnen, daß er im Jahre 8—9 Monate voll beschäftigt ist. Er kann dann auch regelmäßig abzahlen und hat dann in einigen Jahren die Maschine „verdient“. Gewöhnlich ist aber dann die Maschine verbraucht oder das System so veraltet, daß der Wert derselben nur noch nach dem Preise für altes Eisen berechnet werden kann. Wenn aber durch Krisen längere Arbeitslosigkeiten eintreten, dann ist es keine Seltenheit, daß vom Maschinenfabrikanten gar manche schon halb bezahlte Maschine wieder zurückgenommen wird. Die Entwidlung der Heimarbeit in dieser Branche ist daher für die Arbeiter noch mit einem gewissen Risiko auf materiellem Gebiete verbunden, denn schwere Krisen in der Industrie bedeuten nicht nur den Verlust der Maschinen, sondern oft auch der übrigen pfändbaren Gegenstände. In den Gegenden, wo die Weberei als Heimarbeit in Betracht kommt, bürgert es sich mehr und mehr ein, daß der Unternehmer die fertig gefertigten Waren nach den Marken, die zur Jacquardmaschine zu dem betreffenden Muster nötig sind, liefert. Selbst die „Geschirre“ sind oft Eigentum des Fabrikanten. Daß unter solchen Umständen ein gewaltiger Druck auf die Arbeitslöhne dieser Heimarbeiter seitens der Unternehmer verhältnismäßig leicht ausgeübt werden kann, ist ohne weiteres begreiflich. Mandem Besucher dieser Ausstellung dürfte es nun wohl verständlich sein, daß so verschiedene Textilwaren als Erzeugnisse der Heimarbeit ausgestellt sind, deren Herstellung sonst zu dem Schluß berechtigte, daß es sich nur um „Fabrikate“ handeln könne. Die Angabe der Arbeitslöhne bei den einzelnen Waren liefert wieder einmal den Beweis, daß die unter Aufsicht der kunstvollsten Handfertigkeit hergestellten Waren, und vor allem die kostbaren Schmuckgegenstände der sogenannten feineren Damen, am miserabelsten bezahlet werden. Da kann man in des Wortes wahrster Bedeutung von Hungerlöhnen reden.

Vietet im allgemeinen diese Ausstellung ein Bild von der großen Not und dem unendlichen Elend, die zu bekämpfen die Pflicht jedes denkenden Menschen sein müßte, so liefern die in der Gruppe der Textilindustrie gemachten Angaben einen überzeugenden Beweis dafür, daß eine Wandlung zum Besseren nur zu erwarten ist, wenn auf dem Wege der Gesetzgebung die Vorschriften erlassen werden, die zur Beseitigung der grenzenlosen Ausbeutung durch die Heimarbeit in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung unerlässlich sind.

Aus Industrie und Handel.

Vermögenskonfiskation.

Von den durch die neuen Steuerüberprüfungen begünstigten Unternehmern, z. B. aus der Brennindustrie, hört man jetzt öfter den Vorwurf, der Staat habe durch seine Steuerpolitik Vermögenskonfiskation. So sagt zum Beispiel das Böhmische Brauhaus in Berlin in seinem Geschäftsbericht, die Ausschüß für die Zukunft seien fertig, wenn die von der Regierung in Vorschlag gebrachten Steuererhöhungen angenommen werden würden. Ferner ergaben eine Erhöhung der Verbrauchssteuer um circa 11 Proz. des Alkoholkapitals. Das komme einer Vermögenskonfiskation gleich. Aber, es ist noch ein „Wenn“ dabei. Der Bericht macht den Vorbehalt, wenn eine Abwälzung unmöglich wäre. Das heißt, man wünscht die

Steuer eventuell auf die Konsumenten abzuwälzen. Durch die indirekte Steuer werden den Kernsten der Armen nicht nur 10 Prozent von ihrem Vermögen, sondern von ihrem Existenzminimum genommen. Solche Konfiskation macht das Bürgertum mit, und es wehrt sich gegen neue indirekte Steuern, wenn nicht die Aussicht besteht, die Konfiskation den Konsumenten aufzupacken. Wir sind gegen jede indirekte Steuer, die Unternehmer zeigen aber mit solchen Hintergedanken, daß sie sich verteuert wenig um das Allgemeininteresse kümmern. Sie reflektieren auf unsere Hilfe, sind aber damit einverstanden, daß die Kernsten noch mehr belastet werden.

Ein glänzendes Bild entwirft vom Eisen- und Kohlenmarkt die „N.-B. Ztg.“. Sehr helle Farben hat man aufgetragen. Bis Ende Juni sind die Eisenwerke ausverkauft, bis zum genannten Termin können Aufträge kaum noch untergebracht werden. Geradezu sämlich soll die Kauflust Befriedigung erheischen. — Der Stahlwerksverband muß angeblich Auslandsverkäufe filtern, um dem Inlandsbegehrt genügen zu können. Träger sind stärker denn je im Ausland begehrt. Als Schatten, die das glänzende Bild aber eigentlich nur noch plastischer hervorheben, wird allseitig über Rohmaterialknappheit geklagt. Englische Kohlen müssen herangeholt werden, die Stahlwerke können die drängende Nachfrage nicht decken usw. Weiter lokalisiert wird das Bild — für das Unternehmertum — durch die eingetretenen Preisveränderungen: Und doch, der Rahmen zum Bilde fehlt noch, das soll ein Prachsbild werden. Schließlich wird bemerkt, daß bisher eine sehr mäßige Preisentwicklung zu konstatieren sei, aber die Werke könnten selbst aus der mäßigen Preissteigerung noch nicht den entsprechenden Nutzen ziehen, weil sie noch mit Erledigung älterer Aufträge zu niedrigeren Preisen beschäftigt seien. Soll das Gemälde vielleicht Stimmung machen für weitere Preissteigerungen? Wir vermischen noch etwas. Wie sieht's mit den Lohnverhältnissen aus? Von verschiedenen Berken dringt zu uns die Kunde von Akkordherabsetzungen, von nirgends her aber hört man etwas von tatsächlichen Lohnsteigerungen. Da man mit den Lohnabrecheren bei Anbruch abflauerer Konjunktur immer sehr schnell bei der Hand ist, dürfte es nun aber auch bald Zeit sein zu einer entsprechenden Lohnaufbesserung. Ohne solchen Regulator zwischen Produktion und Konsum wird man sehr bald den Schredenruf „Ueberproduktion!“ vernehmen.

Ein Leg-Satorius. In der am 17. Januar 1906 in Deidesheim stattgehabten Versammlung, die besucht war von Abgeordneten aller in der Rheinpfalz vertretenen politischen Parteien, den Vertretern der Weinbau- und Produzentenvereinigungen und der Bingervereinigungen gelangte folgender Antrag zu einstimmiger Annahme:

Durch die Vertreter der einzelnen Parteien soll beim Reichstag folgende Interpellation eingebracht werden:

„Was gedenken die verbündeten Regierungen zu tun, um die bestehenden Mißstände in der Weinbranche zu beseitigen?“

Inbesondere ist die Regierung zur Abänderung des Weingesetzes mit scharfer Lagerbuchkontrolle und wirksamer Einschränkung des Zuckerschlages bereit, und welche Garantien bieten und die verbündeten Regierungen zur Durchführung des Weingesetzes, und ferner sind die Regierungen bereit, die Kellerkontrolle in allen Bundesstaaten durch Kontrolleure im Hauptamt nach einheitlichen Gesichtspunkten durchzuführen zu lassen?“

Schutzlöhner-Vermittlung. Mit der entscheidenden Niederlage der Schutzlöhner in England sind gewisse Kreise in Deutschland nicht zufrieden — obwohl die Fortführung der Freihandelspolitik in England im Interesse der deutschen Volkswirtschaft nur freudig zu begrüßen ist. Da zeigt sich wieder, wie die „Edelsten“ der Nation ihr Tascheninteresse dem Gesamtwohl voranzustellen. Die Junker hofften wohl, bei einem Siege der Schutzlöhner in England noch besondere Fischzüge im Trüben ausführen zu können. Darin hat man sich verpekuliert, daher der Kerger. Die „Kreuz-Ztg.“ tröstet sich mit dem Gedanken, daß die Schutzlöhner nur vorläufig unterlegen sind. Die Strauchritternatur steht gewissen Leuten so sehr im Blut, daß sie bei jeder Gelegenheit zum Durchbruch kommt — und die sonst so gern lärmend auf dem Markt zur Schau gestellten nationalen Interessen schände verleugnet.

Schutzlöhner in Frankreich. Wie aus Frankreich berichtet wird, will man dort zunächst die Wirkungen des neuen deutschen Zolltarifs abwarten, ehe man dort entsprechende Maßnahmen ergreife. Wie die „Fr. Ztg.“ berichtet, hat der Handelsminister Trouillot es abgelehnt, mit Deutschland in Verhandlungen einzutreten.

Städtischer Aktienbesitz. Wie verlautete, ist der Wunsch der Herren Stimm- und Dylsen, den Staat als Aktionär des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes zu gewinnen, bisher noch nicht von Erfolg begleitet gewesen. Bei den Kommunen scheinen die Herren aber mit ihrem Plan, für den man übrigens durch Berufung von Bürgermeistern in den Aufsichtsrat Sympathien zu wecken versuchte, mehr Glück zu haben. Zu den neuen Aufsichtsräten gehört auch der Bürgermeister von Welsenkirchen. Die Stadt hat mit dem Elektrizitätswerk einen bis 1929 gültigen Vertrag auf Lieferung elektrischer Energie abgeschlossen; ferner wurde in der letzten Sitzung der Stadtverordneten einem Antrage zugestimmt, 500 Aktien der Gesellschaft zum Preise von 750 000 M. — Aktienkurs 150 — zu übernehmen.

Aus der Frauenbewegung.

Eine Leg-Heimgang-Aktion. Wegen Verbreitung unsittlicher Schriften unter den Diensthöten ist gegen die geschäftliche Leiterin des Vereins für die Interessen der Hausangestellten zu Berlin Strafverfolgung eingeleitet worden. Die Agitation unter den Diensthöten, die der Verein durch Flugblätter und Versammlungen betreibt, hat unter einer Anzahl Hausfrauen lebhaften Entzückung erregt. Insbesondere ist neuerdings das Verteilen von Flugblättern, in denen die Prostitution geschildert wird, scharf vermerkt worden. Eine der Hausfrauen, die sich getränkt fühlte, richtete darauf folgenden Brief an die Geschäftsführerin, Frau Westphal: „Geehrte Frau! Heute früh wurde in meinem Beisein auf dem Wittenbergplatz meinem 15-jährigen Mädchen eine Schrift zugesteckt. „Verein für die Interessen der Hausangestellten“, deren erster Artikel über die „Prostitution“ lautet. Wollen Sie mir gütigst sagen, von wem die Verteilung derartiger Schriften ausgeht? Sollen vielleicht derartige Schriften die Sittlichkeit heben? Soll ein junges Mädchen, das vielleicht, Gott sei Dank, von all' diesem Schmutz noch unberührt ist, durch derartige Schriften aufgefärbt werden? Mit Stammen las ich, daß Hrl. Krudt bemerkt: „Der Hauptgrund der Diensthötennot liegt darin, daß den Mädchen zu wenig freie Zeit gewährt wird!“ Sollte man den Mädchen nicht lieber sagen: „Seid pflichtgetreu und brav, so habt Ihr's gut, seid froh, wenn sich die Hausfrau um Euch kümmert und nicht z. B. unumschränkten Gebrauch des Hauschlüssels an Sonntagen gestattet?“ Sollen die Mädchen immer mehr Freiheit haben? Ist nicht der Schutz eines guten Hauses, ist nicht treue Pflichterfüllung das, was am höchsten anzuschlagen ist. Der Grund, daß sich die Mädchen gewerblichen Betrieben zuwenden, liegt freilich darin, daß sie mehr Zeit haben wollen, das heißt freie Abende und Nächte! Legt denn in der Arbeit im Hause Sklaverei und müssen wir nicht jeder arbeiten, jeder auf seine Weise? Noch einmal bitte ich Sie, mir zu sagen, ob die Verteilung dieser erwähnten Schrift mit Ihrer Erlaubnis geschieht?“ Als darauf keine ihr zugehende Antwort erfolgte, ersandete sie Anzeige bei der Polizei. Die Leiterin des Vereins, Frau Westphal, wurde darauf auf das Polizeibureau zitiert, wo man ihr mitteilte, daß sie angezeigt sei wegen Verbreitung unsittlicher Schriften. Auch die Herausgeberin des

Organs für die Interessen der Hausangestellten, Frau Regine Deutsch, wurde auf das Polizeibureau geladen, um über die Art der Propaganda Auskunft zu geben. Die beiden Damen erklärten dort, daß ihnen nur daran liege, die jungen Dienstmädchen, die ohne Kenntnis der Großstadtverhältnisse nach Berlin kommen, vor den Gefahren der Unsittlichkeit zu bewahren. Man darf gespannt sein, welchen Erfolg das Verfahren wegen Verbreitung unsittlicher Schriften haben wird.

Pankow. Der hiesige Frauen- und Mädchen-Bildungsverein hielt am Dienstag, den 16. Januar, im „Feldschlößchen“, Berlinerstraße, eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Frau Zeeke sprach über: „Was müssen die Frauen von alter und neuer Weltanschauung wissen?“ Das Referat wurde von den Anwesenden mit großem Interesse entgegengenommen, was auch in der anschließenden Diskussion zum Ausdruck gelangte.

Groß-Lichterfelde-Pankow. Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein hält Montag, den 22. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Reiffen, Chausseest. 104, seine Monatsversammlung ab. Vortrag des Herrn Eichler über: „Bildende Kunst“. Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder. Pünktliches Erscheinen erbeten.

Die Heimarbeit und die bürgerlichen Frauen, so hieß das Thema, über welches Fräulein Alice Salomon am Donnerstagabend im Verein Berliner Frauen sprach. Geht die Frau dem Hause, der Familie, ihrem natürlichen Beruf zurück, befreit sie von der Berufsarbeit, so verlangt die Rednerin. Es ist der schwerste Konflikt im Leben der Frau, wenn hier die Familie, dort der Beruf sie in Anspruch nimmt. Die wohlhabenden Frauen können das Problem leicht genug lösen, aber die arbeitenden Frauen haben schwerer darunter zu leiden. Das zeigt das Los der Heimarbeitlerin. Eine ganze Tragödie liegt in diesem einen Wort! Es bedeutet nicht das Bild der frohen, tätigen Hausfrau, die gern und freudig für das Heim allerlei Bedarfsartikel herstellt. Ach nein, für den Weltmarkt muß sie arbeiten, hart und schwer vom frühen Morgen bis in die späte Nacht, um die drückende Sorge zu erleichtern. Die Heimarbeitlerin hat kein Heim mehr; es ist zur Werkstatt geworden. — Die Rednerin wies auf die Heimarbeit-Ausstellung und zeigte an vielen Beispielen die jämmerliche Lage der Heimarbeitlerinnen. Manche Betriebe erhalten sich ausschließlich durch Erzeugnisse der Heimarbeit. Die Unternehmer ziehen die größten Vorteile daraus; sie sparen an Miete, Licht, Heizung, Versicherungsbeiträgen, sie zahlen die niedrigen Löhne und sind nicht an Mündigkeit gebunden. Alles aber, was für die Unternehmer Gewinn darstellt, bedeutet für den Heimarbeiter Verlust. — Wir haben über eine Million Heimarbeiter in Deutschland, und die meisten davon sind Frauen! Wer kann das Elend begreifen, die große Tragödie erfassen, die sich dahinter verbirgt. Und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für das Volksgeschehen, das durch solche Zustände zerrüttet werden muß! — So wußte die Rednerin mit bewegten Worten das Elend der Heimarbeit zu schildern. — Nun fragt es sich, was soll dagegen geschehen, denn das Mitleid und die Rührung schaffen keine Besserung. Es fällt den bürgerlichen Frauen natürlich nicht ein, das Grundübel, den Kapitalismus, anzugreifen. Die Rednerin machte allerlei Vorschläge, von denen sie sich aber selbst nicht viel versprach und deren Ausführung sie nur als eine sehr entfernte Möglichkeit betrachtete. Mit Verbot der Heimarbeit würde man mehr Schaden als Nutzen, denn die armen Leute müßten doch Geld verdienen. Nicht einmal für ein striktes Verbot aller Aushilfsarbeit trat die Rednerin ein, trotzdem sie die Leiden der armen Kleinen sehr rührend zu schildern wußte. Die Heimarbeit muß gefunden, so meinte sie, ihr Wirkungsbereich sollte eingeschränkt und höhere Löhne gezahlt werden. Eine gute Organisation sei dazu das nächstliegende, aber nicht ausreichende Mittel. Die Selbsthilfe wäre nur in beschränktem Maße möglich und als wichtiges Mittel fordere sie die Staatshilfe. Mindestlöhne müßten festgesetzt werden durch eine staatliche Lohnpolitik; weitere Einführung der Lohnbänder, Wohnungsinspektion, größerer Kinderzuschuß, Ausdehnung der Alters- und Krankenversicherung auf die Heimarbeiter seien zu empfehlen. Was die bürgerlichen Frauen dazu tun könnten, sei sehr wenig; sie müßten sich begnügen, die öffentliche Meinung nach Möglichkeit zu beeinflussen und im kleinen zu wirken, daß es besser werde. Mit solcher Bescheidenheit ist also bitter wenig zu erreichen. Die sozialdemokratischen Frauen kämpfen gegen den Kapitalismus selbst, der immer neue schlimme Auswüchse zeitigen muß.

Vermischtes.

Sturmnachrichten aus dem Reiche.

Aus dem Reiche liegen über die Verheerungen, die der gestrige Sturm angerichtet, folgende Nachrichten vor:

Hamburg, 19. Januar. Ein orkanartiger Sturm, verbunden mit Hochwasser, herrschte hier seit heute nacht. Der Kleinschiffverkehr ist eingestellt. Warnungsschiffe meldeten den Hafenbewohnern, daß eine Sturmflut heraufziehe.

Hamburg, 19. Januar. Hier herrscht schwerer Sturm. Die Windstärke beträgt 10—11, der Barometerstand ist 743. Warnungsschiffe vom Eintreffen künftigen Hochwassergerade an. — Die Sturmflut erreichte heute mittag eine beträchtliche Höhe; das Wasser stand bei den Vorkahren auf der Straße. Jetzt beginnt es wieder zu fallen. Mehrere im Hafen liegende bezog. auf der Unterseite befindliche Schiffe erlitten Beschädigungen.

Harburg, 19. Januar. Infolge Sturmes stürzte heute vormittag in der Schuttstraße ein Haus ein. Hierbei wurde ein Kind getötet und eine Frau lebensgefährlich verletzt.

Kassel, 19. Januar. Heute früh hob der Sturm das Dach eines Maschinenschuppens ab und schleuderte es auf die Straße. Hierdurch wurden drei vorübergehende Arbeiter schwer verletzt, einer davon tödlich.

Cuxhaven, 19. Januar. Schwere Nordweststurm herrscht in der Nordsee und der Elbmündung. Der hier eingetroffene Amerikadampfer „Graf Waldersee“ konnte wegen hohen Seeganges nicht landen und fuhr weiter elbaufwärts, wo er die Landung in Tender versuchte und. Der Pfustand ist ein sehr hoher. Auf Großvogelstrand vor der Elbmündung ist in gefährlicher Lage ein Dreimaßschoner gestrandet.

Lüdtzow (Medienburg-Schwerin), 19. Januar. Heute vormittag wurde der hiesige neue eiserne Förderturm vom Winde umgestürzt. Ein Arbeiter wurde schwer verletzt und starb auf dem Transport.

Zrier, 19. Januar. In der vergangenen Nacht herrschte hier ein orkanartiger Sturm. Gewaltige Regenmengen gingen nieder. Die Kofel steigt ununterbrochen.

Im Altenbeker Tunnel hat sich ein neues Unglück ereignet. Es wird gemeldet: Durch nachstürzende Gebirge sind heute drei beim Hinterpacken des Gewölbes beschäftigte Arbeiter im Altenbeker Tunnel verschüttet worden. Es besteht keine Aussicht, sie zu retten.

Eine weitere Nachricht besagt: Altenbeken, 19. Januar. Bei dem Erdsturz, der gestern im Altenbeker Tunnel erfolgte, sind, wie gemeldet, 3 Arbeiter verschüttet worden. Rettungsversuche waren erfolglos. Einem bieten an derselben Stelle beschäftigten Arbeiter war es möglich, sich mit Hilfe anderer Arbeiter zu retten. Trotz des plötzlichen heftigen Sturzes der Erdmassen hat das an der Einbruchsstelle bereits fertiggestellte Gewölbe vollständig standgehalten.

Hungernot in Japan. „Daily Telegraph“ meldet aus Tokio vom 19. Januar: Amliche Erhebungen bestätigen in vollem Um-

Fange die Nachrichten von der bedenklichen Natur der Hungernot in Japan und einer wirklich völligen Misere im Norden des Landes. Dadurch befinden sich 688 875 Personen im Zustande äußerster Bedürftigkeit.

Sozialpolitisch zu betätigen suchen sich jetzt aus Anlaß der silbernen Hochzeit des Kaiserpaars eine Anzahl Gemeinden. Während sonst Anträge, die der Säuglingspflege, den Heimstätten gatten, mit Entrüstung zurückgewiesen wurden im Hinblick auf die großen Kosten, das Familienfest im Kaiserhause bringt es zuwege, daß Gelder hergegeben werden für derartige Zwecke, um den Patriotismus recht hell erstrahlen zu lassen. Sind wir auch nicht einverstanden mit den Motiven, aus denen solche Bewilligungen erfolgen, gegen die Sache können wir nichts einwenden. Heute wird aus Breslau gemeldet: Die Stadterordnetenversammlung trat in ihrer heutigen Sitzung ohne Debatte dem Antrage des Magistrats bei, zur Erinnerung an die silberne Hochzeit des Kaiserpaars einen Betrag von 300 000 M. zur Errichtung eines Säuglingsheims zu bewilligen.

Wie die „Schlesische Zeitung“ meldet, errichtete die Bergwerks-gesellschaft Georg von Giesches Erben aus Anlaß der silbernen Hochzeit des Kaisers und der Kaiserin eine Stiftung von 300 000 M., aus deren Zinsen den älteren Unterbeamten und Arbeitern ein Erholungsurlaub ermöglicht werden soll. Die Stiftung trägt den Namen Kaiser Wilhelm-Auguste-Victoria-Stiftung.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 21. Januar, vormittags 8 1/2 Uhr, im Rathaus, Saal 109, Eingang Sünderstraße; Versammlung.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 20. Januar. Anfang 7 1/2 Uhr:

Opernhaus. Figaros Hochzeit. Schauspielhaus. Der Schwur der Treue.

Neues Opern-Theater. Geschlossen.

Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.

Berliner. Der Widerspenstigen Zähmung.

Neues. Ein Sommernachts Traum. Deutsches. Schöner Tag.

Nachmittags 3 Uhr: Wallensteins Tod.

Leffing. Und Pippa tanzt. Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater.) Zwei glückliche Tage.

Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Cyprienne.

Alte. Silpe-Komödien.

Romische Oper. Hoffmanns Erzählungen.

Rehdenz. Der Feinsgemahl.

Trianon. Die Wetterfahne.

Lustspielhaus. Der Weg zur Höhe.

Zirkus. Bis früh um fünf.

Nachmittags 4 Uhr: Hänsel und Gretel.

Carl Weiß. Die lebende Brücke auf Ruba.

Nachmittags 4 Uhr: Aschenbrödel.

Zentral. Bruder Sträubinger.

Nachmittags 4 Uhr: Schneeweißchen und Rosenrot.

Süßen. Die lustigen Weiber von Windsor.

Deutsch-Amerikanisches. Er und Ich.

Metropol. Auf ins Metropol.

Kasino. Die goldene Brücke.

Apollo. Prinzess Rosine.

Nachmittags 4 Uhr: Im Lande der Winternachts-Oper.

Nachmittags 4 Uhr: Dr. Donath; Das Ohmische Gesetz.

Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Am Golf von Neapel. Horsaal 8 Uhr; Dr. Donath; Das Ohm'sche Gesetz.

Urania. Taubenstr. 48/49.

Nachmittags 4 Uhr: Im Lande der Winternachts-Oper.

Abends 8 Uhr: Am Golf von Neapel.

Am Golf von Neapel. Horsaal 8 Uhr; Dr. Donath; Das Ohm'sche Gesetz.

Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Am Golf von Neapel. Horsaal 8 Uhr; Dr. Donath; Das Ohm'sche Gesetz.

Freireligiöse Versammlung. — Um 10 1/2 Uhr vormittags in der Schulaula. Kleine Kantinstraße. 6: Vortrag des Herrn Professor Dr. Albert Schreie: „Das christliche Volk.“ — Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter. (E. D. 29. Hamburg.) Filiale 1. Die Versammlung am 21. findet nicht statt. — Filiale 2. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Kaiser, Reichenbergerstraße 157. — Filiale 3. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Bielefeld, Adersstraße 123. — Filiale 4. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Hoffmann, Bielefelderstraße 24. — Filiale 5. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Hoffmann, Bielefelderstraße 24. — Filiale 6. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Hoffmann, Bielefelderstraße 24. — Filiale 7. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Hoffmann, Bielefelderstraße 24. — Filiale 8. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Hoffmann, Bielefelderstraße 24. — Filiale 9. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Hoffmann, Bielefelderstraße 24. — Filiale 10. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Hoffmann, Bielefelderstraße 24.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 62-65 pr. 100 Pfund, Ha 54-60, IIIa 48-52, IVa 38-46, Stalbfleisch Ia 82-90, IIa 70-80, IIIa 58-68, Hammelfleisch Ia 65-75, IIa 56-64, Schweinefleisch 66-76, Rotwild Pfund 0,30-0,50 Pf. Hühner Stück 3,00-3,50, mittel 2,00-2,80, Kaninchen Stück 0,55-1,00, Hühner pro Stück, alte 1,50-2,10, junge Ia 1,30-1,75, do. IIa 0,90-0,90, Tauben, junge 0,60, alte 0,45-0,48, Enten junge 3,50, Gänse pr. Pfd. Ia 0,60-0,66, IIa 0,55-0,58, weiße 0,40-0,55 M. Schmalz 21-25 M., Butter 21-24 M. pro 100 Pf. Dichte 107-114 M. Schmalz unsortiert 107-108 M. Nale, groß 00-00, mittel 00-00, klein 0,00 M., Rindfleisch 23-35 M., Karotten 60 M., Nale 0,00 M. Schottische Wollheringe (gelbes) 40-44 M. Ger. Schaf 5,00. Wollher pro 100 Pfund Ia 114-117, IIa 110-114, IIIa 105-110, abfallende 00-00. Kartoffeln pr. 100 Pf. rote 2,00-2,20, Nale 0,00-0,00, blaue 0,00-0,00, runde weiße 1,80-2,00. Wirsingprobi pr. Schof 7,12-12,00. Weizblat pr. 100 Pf. 2,75-3,25. Kartoffel pr. Schof 6,00-10,00, do. 14-17 M. Saure Gurken, Schof 2,00 M., Pfeffergrün 2,00 M.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.) Sonnabend, abends 8 Uhr: Zwei glückliche Tage. Schwan in 4 Akten von Franz v. Schänthan und Gustav Kadelburg.

Sonntag, nachm. 3 Uhr: Nora.

Sonntag, abends 8 Uhr: Ueber unsere Kraft. 1. Teil.

Montag, abends 8 Uhr: Zapfenstreich.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.) Sonnabend, abends 8 Uhr: Cyprienne. Lustspiel in 3 Aufzügen v. Victorien Carbon und E. de Lafont.

Sonntag, nachm. 3 Uhr: Crauqueville. Die Blaurin. Abschied vom Regiment.

Sonntag, abends 8 Uhr: Cyprienne.

Montag, abends 8 Uhr: Cyprienne.

Zirkus

Albert Schumann. Heute, Sonnabend, den 20. Januar, abends präzis 7 1/2 Uhr: XVIII. Grande Soirée High-Life. Gala-Programm. II. a.: Die Sensation des Tages! Novität! Direkt aus Nordamerika! Mit Able Mitchell und ihre 20 schwarzen 20 Tennesse-Studenten 20

Real! Die persische Karawane. Neu! Die ausgezeichnete Mirza-Golem-Truppe. Die spanische Truppe Los Queiroles. Neu! Die sibirischen Turmspringer. Die beliebte jugendliche Schulführerin Fel. Dora Schumann etc. etc. Zum Schluss: Singig dastehend. Erfolg! Die diesj. gr. Ausstattungs-panomime

Femina,

das neue Frauenreich. Sonntag 2 Galavorstellungen, nachmittags 3 1/2 Uhr (ein Kind frei) u. abends 7 1/2 Uhr. In beiden Vorstell.: 20 Tennesse-Studenten, Mirza Golem-Truppe. Abends: Femina.

Folies Caprice

Budapester Posen-Theater 132 Linienstr. 132. Ecke Friedrichstraße. Zum 121. Male: Nach d. Zapfenstreich. Vorher: Der Beheme u. d. ausgezeichnet. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr. Vorher: Hänsel u. Gretel u. an der Theaterkasse von 10 Uhr vormittags an.

Trianon-Theater.

Anfang 8 Uhr. Die Wetterfahne. Sonntag nachm.: Die herbe Frucht.

Kasino-Theater

Köthingerstr. 7. Täglich 8 Uhr. Die goldene Brücke. Schauspiel in 3 Akten v. H. Stowronnel. Im Reinen Theater 3. J. m. sensation. Erfolg gegeben! Vorher: Das brillante Programm. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Das Opferlamm.

Passage-Theater.

Anfang 8. Abendvorstellung 8 Uhr. Walter Steiner. Dumorist. Acosta. Kraft-Kongleur.

Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 112. Nachm. 4 Uhr: Kinderdarstellung: Aschenbrödel oder: Der silberne Pantoffel. Kindermärchen in 6 Akten u. Ballett in 6 Akten von Albin v. Hahn. Abends 8 Uhr und folgende Tage: Die lebende Brücke auf Ruba. Sensationelles amerl. Ausstattungsstück mit 60 u. Ballett in 7 Bildern von James Fox.

Variété Elysium

Kommandantenstraße 3/4. Um 9 1/2 Uhr: Aufstreifen des berühmten Stegreisdichters Paul Steinitz.

Eingegangene Druckschriften.

Plutus. Realistische Wochenchrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen (Herausgeber: Georg Bernhart). 3. Heft. Abonnements einschließlich der Plutus-Werkschiff vierteljährlich der Post und Quaband 3,50 M., direkt vom Verlag 4 M. Verlag Berlin-Charlottenburg, Goethestr. 69.

Witterungsbericht vom 19. Januar 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. p. G. u. G. p. G.	Stationen	Barometere-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. p. G. u. G. p. G.
Emmende	739	SW	7	Regen	4	Naparanda	746	SW	2	bedeckt	-7
Damburg	740	SW	9	Regen	3	Wilna	751	SW	1	bedeckt	1
Berlin	744	SW	7	bedeckt	6	St. Petersburg	769	SW	6	wolfig	7
Königsberg	757	SW	6	wolfig	6	Warschau	762	SW	5	wolfig	8
Rastenburg	761	SW	7	bedeckt	3	Saris	762	SW	3	bedeckt	8
Wien	760	SW	1	bedeckt	-1						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 20. Januar 1906.

Etwas kälter, viel Wind, jedoch unbeständig mit geringen Niederschlägen und starken, später abnehmenden nordwestlichen Winden.

Wasserspiegel am 18. Januar. Elbe bei Magdeburg + 0,78 Meter, bei Dresden - 0,50 Meter, bei Wittenberg + 2,83 Meter. — Havel bei Strausfurt + 2,30 Meter. — Oder bei Rathow + 1,40 Meter, bei Breslau Oberpegel + 5,15 Meter, bei Breslau Unterpegel - 0,68 Meter, bei Frankfurt + 1,91 Meter. — Weichsel bei Strehle + 3,48 Meter. — Warthe bei Posen — Meter. — Rega bei Mäh — Meter.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58. Morgen Sonntag, den 21. Januar: Nachmittags 3 Uhr: Berliner Droschenkutscher. Abends 7 Uhr: Uriel Acosta.

Berliner Droschenkutscher.

Abends 7 Uhr: Uriel Acosta. Billett-Vorverkauf Sonntag vorm. von 10-1 Uhr an der Theaterkasse.

Uriel Acosta.

Billett-Vorverkauf Sonntag vorm. von 10-1 Uhr an der Theaterkasse. Montag: Benefiz f. d. Oberrealschule Heiner. Richter: Der Roland v. Berlin.

Schöneberger Wintergarten

Geißstraße 9. Täglich Theater und Spezialitätenvorstellung. Sonntag 2 Vorstellungen. Nachmittags 4 Uhr zu halben Preisen. Jede erwachsene Person hat ein Kind frei. — Abends 7 1/2 Uhr Große Gala-Vorstellung. Die Direction.

Gustav Behrens

Spezialitäten-Theater. Frankfurter Allee 85. Der größte Schläger der Saison! Rentier Rudis Abenteuer auf dem Metropollball

Die kleinen Mädchen von Berlin. Gr. Ausstattungsstücke in Gef. u. Tanz. Im zweiten Akte: Die 6 schönen Wanzelzigaretten. Außerdem: 16 Spezialitäten.

Verband deutsch. Gastwirtsgehülfen

(Ortsverwaltung Berlin.) Dirschstr. 39 I. Amt III. 1919. Das Lokal „Pracht-Säle des Ostens“ (Inhaber: Gastwirt Cranz) Frankfurter Allee 151/152

ist für organisierte Gastwirts-Gehülfen wegen Nicht-
anerkennung des kostenlosen Arbeitsnachweises
des Verbandes gesperrt.

Die seitens des Ausschusses der Berliner Gewerkschaftskommission angebotene Einigung ist, wie bereits im „Vorwärts“ berichtet wurde, gescheitert.

NB. Mit diesem erfunden wir alle Vorstände und Komitees, soweit sie bei Herrn Cranz Versammlungen und Verhandlungen abgemacht haben, um gefl. ihre Adressen anzugeben, damit wir in der Lage sind, über die Ursachen der Sperrung die notwendige Aufklärung zu geben.

J. H. F. Braun. 286/8

TUMA-ZARI

Beste 2 Pfg.-Zigarette.

Welthekannt sind Rathenower Augengläser.

Echt Rathenower Brillen 1,00 Pincenez (echt Nickel) M. 1,50 Double . . . 5,00 Gold . . . 12,00 Schildpatt . . . 4,50 Opera- u. Reisebrillen v. 6,00 an Barometer, garnat gute 6,00 an

A. Grün, Optiker, Brunnen-Straße 4 am Rosenthaler Tor.

51682*

Lustspielhaus.

Täglich abends 8 Uhr:
Der Weg zur Hölle.

Walhalla-Theater

Nach Afrika, nach Kamerun.
Kunst-Vorstellung mit Ges. u. Tanz in 6 Bild.
Abf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV 9679.
Arbeitsnachweis Zimmer 34, Amt IV 3353.

Achtung! Schlosser! Achtung!

Dienstag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr:
Allgemeine Versammlung
der Schlosser Berlins u. Umgegend
im großen Saale von Louis Keller, Köpenickerstr. 29.
Tages-Ordnung:
1. Bericht über die eingelaufenen Angelegenheiten. Referent: Kollege Cohen.
2. Stellungnahme zum neuen Tarif und Beschlußfassung darüber.

Dienstag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Tempel,
Mit-Vorhagen Nr. 56:

Bezirks-Versammlung

für Hummelburg, Borschagen u. Stralau.
Tages-Ordnung:
1. Die gefüllte Komposition der Arbeiter. Referent: Kollege
Jacobson. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Zur Beachtung!
In nachstehenden Lokalen wurden neue Zahlstellen errichtet, auf die
wir hiermit besonders aufmerksam machen:
Im Restaurant: Galle, Tilsiterstr. 12.
Kersten, Elbingerstr. 15.
Sachse, Greifswalderstr. 37.
Lorenz, Scharnweberstr. 1.
Bähr, Stralauer Allee 1.
Tieck, Lichtenberg, Herzbergstr. 23.
Schulz, Bringen-Allee 6.
Blum, Frankf. Chaussee 118.
Die Ortsverwaltung.

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau und Arbeitsnachweis Rosenthalerstraße 57
(2. Eingang: Gormannstraße 28).
Geöffnet von 9 1/2-2 und 4-8 Uhr. Telefon: III, Nr. 1296

Unsere Mitglieder ersuchen wir, sich pünktlich und vollzählig an den
am Sonntag, den 21. Januar, stattfindenden
Öffentlichen Protest-Versammlungen

zu beteiligen.
Ferner weisen wir darauf hin, daß bei männlichen Mitgliedern für das
Jahr 1906 nur gelbe Beitragsmarken verwendet werden dürfen.
Weiter geben wir bekannt, daß am Sonntag, den 18. Februar, nach-
mittags 5 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c, eine

Monats-Versammlung

am 8. April, vormittags 10 Uhr, eine
Urania-Vorstellung
Laudenstr. 48/49, stattfindet.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Stock- u. Zelluloidarbeiter!
Sonntag, den 20. Januar d. J., abends 8 Uhr, bei Vereins,
Brückenstraße 7:

Vertrauensmänner-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission. 2. Bericht der Vertrauensleute. 3. Dis-
kussion. Der Obmann.

Verband des technischen Bühnen-Personals

Sitz Berlin.
Sonntag, den 20. Januar, abends 11 Uhr, im Gewerkschaftshause,
Engel-Ufer 15:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vorstandsbericht. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen er-
wünscht. 190/1 Der Vorstand.

Verband der Maschinisten und Heizer sowie

Berufsgenossen Deutschlands. (Verwaltungsstelle
Berlin u. Umgegend.)
Sonntag, den 21. Januar, nachm. 4 Uhr, bei Voigt, Ritterstr. 75:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Rechenschaftsbericht des Vorstandes. 2. Vierteljährlicher und Jahres-
Rassenbericht. 3. Bericht des Arbeitsvermittlers. 4. Bericht der Revisionen.
5. Bericht der Delegierten von der Gewerkschaftskommission. 6. Kundgeb.
Die Zahlstelle 4 ist nicht auszuheben, wie irrlich in der letzten
Nummer der Zeitschrift steht, sondern befindet sich nach wie vor im Lokale
von Hübl (früher Wundberg), Comeniusplatz 5, Ecke Wilmersdorferstr.
Nahmittag jeden 1. und 15., abends von 8-10 Uhr.
Die Ortsverwaltung.

General-Versammlung

der
Sterbekasse ehemaliger Pflugscher Arbeiter
(Hetzelsche Kasse)
am Sonntag, den 28. Januar 1906, vormittags 10 Uhr, im Wilt-
Saal (früher Rüdman, Brunnenstr. 188).

Tages-Ordnung:
1. Vorlesung des Protokolls der Generalversammlung vom 23. Juli 1905.
2. Kassensbericht des Kassendirektors pro 1905 und Bericht der Revisionen.
3. Verschiedenes Kassensangelegenheiten. 4. Wahl des zweiten Vorsitzenden
und ersten Schriftführers. 5. Wahl von drei Revisoren. 73/17
Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand. J. H. Otto Wintler.

Etablissement Buggenhagen

Moritzplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.

Achtung! Gewerbegerichtswahl in Schöneberg!

Arbeiter, Parteigenossen!

Die Vertreter der Schöneberger Verbandsskizalen haben es abgesehen, einen Kandidaten der sozial-
organisierten Gewerkschaften auf die Liste der zu wählenden Beisitzer zum Gewerbegericht zu setzen.
Während in anderen Orten, wo die Skizalen derselben Verbände die Minorität bilden, prozentuale Ver-
teilung der Kandidaturen gefordert wird, handelt man hier nach dem Grundsatz der besitzenden Klasse: Wer die
Macht hat, hat das Recht.

Der so vergewaltigte Teil der Schöneberger Arbeiterschaft hat daher eigene Kandidaten aufstellen müssen
und ersuchen wir alle rechtlich denkenden Wähler, am
Sonnabend, den 20. Januar,
ihre Stimme den Kandidaten der vergewaltigten Gewerkschaften zu geben.
Stimmzettel werden am Eingang der Wahllokale ausgegeben.
Die Kommission der Schöneberger Gewerkschaften. 286/6

Allen werten Freunden, Bekannten
und Parteigenossen empfehle mein
Weiß- und Baprischier-Lokal.
In jeder Zeit warme und kalte
Speisen. Gut gepflegte Biere.
2 Vereinszimmer mit Pianino, 40
und 60 Personen fassend, sind noch
einige Tage frei. 50892*
Hermann Stämer, Gastwirt,
Siemensstraße 3.

Für Vereine!
Sonnabend, den 17. März, ist
frei geworden und erster Osterfeier-
tag ist zu vergeben. 57892*
Buß' Salon, Gr. Frank-
furterstr. 85.

Achtung! Stockarbeiter!
Alle Streikkollegen von J. & H.
Gembicki vom 24. Januar 1906
werden zu einem gemüthlichen
Zusammensein am 24. Januar
1906, abends 8 Uhr, bei Ziggel
eingeladen. Der Einberufer.

Unserem lieben Freunde, dem be-
rühmten Regisseur
Wilhelm Lenz
und seiner jungen Frau die herzlich-
sten Glückwünsche zum Hochzeits-
tag. Die Genossen der 2. Abteilung
285/2 im 5. Kreise.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den
6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am 18. d. M. verstarb unser
Mitglied, der Schloffer
Otto Häbner
Schwedterstr. 51.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 21. d. M., nach-
mittags 1/2 3 Uhr, von der Trauerhalle
aus nach dem Friedhof Kirchhof in
Kordens-Nieder-Schönhausen statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
286/11 Der Vorstand.

Beerdigungsverein

Berliner Zimmerleute.
Am 16. d. M. starb nach kurzem
Krankenlager im Alter von
56 Jahren unser Mitglied, der
Zimmerer

Max Peiser.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonnabend, den 20. d. M., nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Gammels-Strichhofes in
der Hermannstraße aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
20165 Der Vorstand.

Arbeiter-Athleten-Bund

Deutschlands.
Todes-Anzeige.
Am Donnerstag verstarb plötz-
lich das langjährige Mitglied des
Kraft- und Athletenbundes „Brite“
Wilhelm Schindler.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 21. Januar, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle der St. Golphin-Gemeinde
(Barfußstraße) aus statt. 286/7
Die Hinterbliebenen.

Nach kurzem Krankenlager ent-
schied unser sorgloser, guter
Vater und Schwiegervater, der
Schankwirt

Hermann Zinneke,
Lützowstraße 8, im 70. Lebens-
jahre.
Die Beerdigung findet am Sonn-
tag, d. 21. d. M., nachm. 3 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle der St. Petri-
Gemeinde, Treibenstraße, aus statt.
Die Hinterbliebenen.

Dankjagung.

Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und die Kranzspenden
bei der Beerdigung meines lieben
Vaters, unseres guten Vaters, Groß-
und Schwiegervaters sprechen wir
allen Verwandten und Bekannten
sowie dem Vorstande des Holz-
arbeiter-Verbandes, den Parteikollegen
Berlins, den Kollegen der Firma
Fogel u. Co. und dem Gesangsverein
„Streuberger Harmonie“ unseren
innigsten Dank aus. 1905
Auguste Günther nebst Kindern.

Kranken- und Sterbekasse
aller gewerblichen Arbeiter
für Schöneberg u. Berlin
(E. P. A. Nr. 115).

General-Versammlung

am Sonntag, den 28. Januar 1906,
vormittags 10 Uhr,
im Lokale des Herrn Obft (Tunnel),
Weiningerstr. 8.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Kassen-
bericht. 3. Antrag Diehl. 4. Neu-
wahl des gesamten Vorstandes. 5. Ver-
schiedene Kassenangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Um pünktliches Erscheinen der Mit-
glieder ersucht. 286/4*
Der Vorstand.

Greift zu! dem

Besten
Joppen 5.-
Monat-Anzüge 8.50
Abonnements-Anzüge 9.50
Monat-Paletots 9.-
Partie-Anzüge, teils mit
unverbleibbaren Replern 10.50
Kammy-Hof od. Jodelts 8.-
Alles auch für torpente Figuren!
Günstigere Kleidungsstücke von Re-
palierten, Reifenden, aus den feinsten
Werkstätten Berlins, teils von Col-
lektanten, teils billig. 73/17*
Schlagenbahn-Bergründung!
Bitte **Zentral-Keller**, Berlin,
an der **35 Neanderstr. 35**, Köpenickerstr.
3 Minut v. Stadtbahn Jannowitzbrücke.

Streng reell!
Jedes Stück ist ausgezeichnet!
Die Ermäßigung wird an der Kasse abgezogen!!

25%

Ermäßigung

auf Restbestände sämtlicher Abteilungen
Nur noch bis Sonntag, den 21. Januar.

Esders & Dyckhoff

Leipzigerstr. 50a * Oranienstr. 48

Spezial-Haus für Herren- und Knaben-Bekleidung

fertig und nach Maß!

Folgende Gegenstände werden
mit 25% Ermäßigung
verkauft:

- 1 Posten Herren-Jackett-, Rock- und Gehrock-
Anzüge, Paletots für Sommer und Winter,
Pelzjoppen, Lodenjoppen,
Hosen, Westen, Hüte, Mützen,
Wäsche, Kravatten, Unterzeuge
- Ein großer Posten
Kinder- und Jünglings-Anzüge,
Paletots, Blusen und
Hosen.

Jedes Stück ist ausgezeichnet!
Die Ermäßigung wird an der Kasse
abgezogen!!
Streng reell!
wirklich außerordentlich
günstige
Gelagehalt!

Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41,
Spezialarzt für 29/14*
Haut- und Hautleiden.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Zigarren!
Billigste
Bezugsquelle
für Händler:
ab Mk. 16.-
Bell & Co.
Rosenstraße 18, I.
Spezialitäten:
21-25-26-28-29-30
32-33-35-40-55-75

Vereinsfähnen und Vereins-
abzeichen etc. Sw. Marg. Grillen-
berger, Rüdberg, Unschlitplatz 2.



Achtung! Vereine, Gewerkschaften!

Dem verehrten Publikum, Vereinen und Gewerkschaften sowie allen Freunden und Bekannten
zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich das herrlich an der Oberspreewalden, mit Veranden
und Hallen versehenen zirka 15 000 Personen fassende Etablissement **Hasselwerder** käuflich
erworben habe. — Bequem vom Bahnhof Nieder-Schöneweide-Johannisthal in 5 Minuten zu erreichen.
Dampferanlegestelle der Stern-Gesellschaft. 5885L*

Ausspannung für 200 Pferde. Im großen Saale jeden Sonntag: Ball. 6 Kegelbahnen.

△△△ Volksbelustigungen aller Art. △△△△
In meinen Festsaal Rüdgersdorferstr. 45 setze ich mein Geschäft bis zum 1. Oktober 1906
unverändert fort.
Hochachtungsvoll
Albert Scheruch, Rüdgersdorferstr. 45.



Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1983.

Nr. 16. Sonnabend, den 20. Januar 1906.

Inserate Sechsgipaltene Kolonelle 20 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Boghen-Kummelsburg. Die Wählerlisten zu den Gemeindevahlen, welche im März d. J. in allen Bezirken stattfinden, liegen zur Einsicht bis zum 30. Januar im Rathaus, Zimmer 26 und bei folgenden Genossen aus: Für den I. Bezirk, welcher sämtliche Straßen innerhalb der Ringbahn umfaßt, also der ganze Ortsteil Boghen bei Gustav Tempel, Alt-Boghen 59. Für den II. Bezirk, welcher sämtliche Straßen nördlich der Ostbahn umfaßt, also Türschmidt- und Kautstraße nebst den Querstraßen bei Otto John, Karlsdorferstr. 1. Für den III. Bezirk, welcher sämtliche Straßen südlich der Ostbahn umfaßt, also der ganze Kiech, Prinz Albert-, Haupt-, Rathaus- und Liebigstraße bei Albert Gorgas, Prinz Albertstr. 71.

Brin-Budow. Am Sonntag, den 21. Januar, früh 7 1/2 Uhr, Handzettelverteilung. Die Genossen werden ersucht, pünktlich in den Bezirkslokale zu erscheinen.
Der Vorstand.

Neuenhagen (Ostbahn). Am Sonnabendabend 8 Uhr findet bei Aug. Wänke, Bahnhofstr. 27, eine Versammlung des Wahlvereins statt. Es soll über die Gemeindevahlen verhandelt werden eventuell Aufstellung von Kandidaten. Nachher Bezirksführerwahlen. Die regelmäßige Versammlung am 21. d. M. fällt wegen der Protestversammlungen aus.

Der Vorstand des Wahlvereins Neuenhagen (14. Bezirk Str. R-V).

Über-Schöneweide. Die Genossen werden aufgefordert, die Wählerlisten für die Gemeinderatswahl einzusehen. Dieselben liegen aus im Gemeindebureau, Zimmer Nr. 10, in der Zeit von 8 bis 3 Uhr. Wenn es nicht möglich ist dieselbe selbst einzusehen, der wolle sich an die Genossen Jacobien, Rothenastr. 21a, Karl Schulte, Wilhelmshofstr. 43, August Fenger, Frischstr. 6, Ernst Kaufhold, Wilhelmshofstr. 18, J. Grunow, Edisonstraße 10, I. Mag. Walter, Edisonstr. 12 (Baden) und Schulz, Tabbertstr. 5 wenden, die die Einsichtnahme übernehmen.

Spandau. Am Sonntag, den 21., mittags 11 1/2 Uhr, finden drei öffentliche Protestversammlungen gegen das Dreiklassenwahlrecht für den preussischen Landtag in folgenden Lokalen statt: Tschnowas Volksgarten, Hakenfelde; Restaurant Vorwärts, Schönwalderstr. 80 und „Zur Flora“, Wälschdorferstr. 89. Es ist Pflicht jedes „Vorwärts“-Lesers an diesen Versammlungen teilzunehmen.

Pantow. Die Funktionäre des Wahlvereins ersuche ich, am Sonntag, den 21. a., sich um 11 Uhr im „Aurfürken“ einzufinden.
Der Vorsitzende.

Wilhelmshof. Für Wilhelmshof, Rosenthal und Nordend liegt die Wählerliste im Gemeindebureau Rosenthal aus. Die Parteigenossen werden dringend aufgefordert, ungesäumt die Listen einzusehen, da wir beabsichtigen, in diesem Jahre mit allem Nachdruck in die Wahlbewegung einzutreten.

In Budow und Müncheberg sind von den Lokalhabern die Sätze zu den am 21. Januar stattfindenden Versammlungen zurückgezogen worden.

Vorort-Nachrichten.

Die Geldsackherrschaft in den Gemeindevertretungen wird illustriert durch die Gemeindevählerlisten, die gegenwärtig in den Vororten öffentlich ausliegen, damit sie von den Wählern geprüft werden. Man findet da die stattlichsten Blüten des Dreiklassensystems, nach dem die Wahlen der Gemeindevertreter zu vollziehen sind. In der ersten Abteilung eine Hand voll schwerreicher Prozen, in der zweiten Abteilung ein mäßig großes Häuflein gutsituerter Leute, in der dritten Abteilung ein Heer von Unbemittelten, von kleinen Gewerbetreibenden und Arbeitern, die mit ihrem Fleiß den Wählern der zweiten und der ersten Abteilung den Wohlstand schaffen und den Reichtum mehren!

Diese Gegenstände sind aber nicht überall gleich schroff. In den Vororten des Westens treten sie minder deutlich hervor als drüben im fast durchweg proletarischen Osten, wo die Geldsäcke der vereinzeltten Schwerreichen, die sich dorthin verirren, selbstverständlich viel mehr ins Gewicht fallen. Wilmerdorf z. B. hat jetzt 9914 Wähler in den Listen stehen, davon gehören zur ersten Abteilung 307 Wähler, zur zweiten 1710, zur dritten 7897. Auf je 1 Wähler erster Abteilung kommen dort etwa 26 Wähler dritter Abteilung. Nicht wahr, schon das ist eine ganz hübsche Probe des gefeilt festgelegten „Massengegenstandes“? Aber Wilmerdorf kann mit dieser Blüte des Dreiklassensystems noch gar nicht mal viel Staat machen. Den Vororten des Ostens dürfte es damit kaum imponieren; denn dort ist man „härteren Tobak“ gewöhnt. In Lichtenberg z. B. gehören von jezt 10 159 Wählern 68 zur ersten Abteilung, 1050 zur zweiten und 9041 zur dritten. In dieser Gemeinde hat mithin je 1 Wähler erster Abteilung ebensoviel Einfluß auf die Gemeindeverwaltung wie 133 Wähler dritter Abteilung. Wenn aber selbst das noch nicht genug ist, dem kann man nur raten, nach Treptow-Baumshulenberg zu gehen und sich dort niederzulassen. Als Wähler erster Abteilung findet er in Treptow-Baumshulenberg nur acht seinesgleichen, die ebensoviel bedeuten wie 83 Wähler zweiter Abteilung oder wie 1731 Wähler dritter Abteilung. Auf je einen Wähler erster Abteilung kommen in dieser Gemeinde nicht weniger als 216 Wähler dritter Abteilung.

Das sind ein paar Beispiele, die zu denken geben. Sie stehen sich noch um viele vermehren. Aus solchen Zuständen erwächst den Gemeindevählern dritter Abteilung die Pflicht, mit doppelter Gewissenhaftigkeit darüber zu wachen, daß ihnen ihr geringes Wahlrecht nicht noch verloren geht. Mitwählen darf nur, wer in der Wählerliste steht. Die Listen werden aber keineswegs immer so sorgfältig aufgestellt, daß man sich ohne weiteres auf sie verlassen könnte. Möge daher jeder sich vergewissern, ob sein Name in der Liste mitaufgeführt ist. Wer zu Unrecht ausgelassen ist, hat dann die nachträgliche Aufnahme zu beantragen, damit er am Tage der Wahl sein Wahlrecht ausüben und seine Stimme in die Waagschale werfen kann zugunsten der Vertreter des arbeitenden Volkes.

Charlottenburg.

Unter mäßiger Beteiligung fand am Dienstag, den 16. d. M., im „Volkshaus“ eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt, die aus Anlaß der bevorstehenden Gewerkschaftswahlen vom Ausschuss der Gewerkschaftskommission einberufen war. Ueber die Bedeutung dieser Wahlen hielt der Genosse Fritz Zietich ein recht beifällig aufgenommenes Referat, zum Schluß zu einer größtmöglichen Beteiligung an der Wahl auffordern, um den Kandidaten der freien Gewerkschaften zum Siege zu verhelfen. — An der Diskussion beteiligten sich die: Genossen Flemming, Lüdke, Sadentin und Jense, die ebenfalls für eine intensive Agitation für die Wahlen, die am Montag, den 20. Januar, stattfinden, kräftig eintraten. Darauf gab die Versammlung ihre Zustimmung, folgende Kandidaten, die vom Ausschuss der Kommission empfohlen wurden, aufzustellen. Es kandidieren im 1. Bezirk: Paul Jorges, Porzellanarbeiter, und Paul Jense, Kunst- und Landschaftsgärtner; im 2. Bezirk: Wilhelm Rendorf, Maurer, Wilhelm Griz, Zimmerer, und Bruno Jaeger, Maler; im 3. Bezirk: Otto Schardt, Metallarbeiter, Eduard Pohl, Anschläger, und Adolf Schöbel, Transportarbeiter; im 4. Bezirk: Albert Wilde, Puffer, Adolf Thiel, Zimmerer, und Karl Gräber, Bauhilfsarbeiter; im 5. Bezirk: Heinrich Pfefferkorn, Holzarbeiter, und Wilhelm Schrap, Bauhilfsarbeiter; im 6. Bezirk: Fritz Thunack, Holzarbeiter, und Hans Hannemann, Kellner; im 7. Bezirk: Karl Neumann, Transportarbeiter, und Albert Lange, Maler; im 8. Bezirk: Karl Buchholz, Maurer.

Der Vorsitzende Genosse Flemming wies noch auf die am Mittwoch, den 21. d. M., stattfindende Flugblattverteilung zu den Wahlen hin und ferner auf die am Freitag, den 26. d. M., tagende öffentliche Versammlung, in welcher Reichstagsabgeordneter Genosse Edwin Körten nochmals über die Bedeutung dieser Wahlen sprechen wird.

Schöneberg.

Heute finden die Gewerkschaftswahlen statt. Die Arbeitnehmer wählen von 4 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends in den in unserer Donnerstagnummer angegebenen Wahllokale, die Arbeitgeber nachmittags von 2 1/2 bis 3 1/2 Uhr im „Schwarzen Adler“, Hauptstr. 134.

Veräume niemand, sein Wahlrecht auszuüben!

Die Ortskrankenkasse der Stadt Schöneberg veranstaltet am 26. Januar 1906, abends 8 Uhr, im Obhischen Lokal in Schöneberg, Weiningerstr. 8, eine öffentliche Versammlung, in der Herr Dr. Braun über „Beinschäden und ihre Heilung“ einen Vortrag halten wird.

Die Jahreshste Schöneberg des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes hielt am 11. Januar seine Generalversammlung ab. Zunächst gab der Kassierer den Kassenbericht. Die Einnahme betrug 1065,09 M., die Ausgabe 1072,84 M., bleibt ein Bestand von 22,75 M. Die Gesamteinnahme der Lokalkasse betrug 8467,02 M., die Gesamtausgabe 6207,98 M., bleibt Bestand 229,06 M. Dann erstattete der Vorsitzende Kollege Fischer den Vorstandsbericht. Es fanden im Laufe des Jahres 12 Versammlungen statt, davon vier Generalversammlungen und 1 öffentliche. Vorträge wurden im ganzen 9 gehalten. Differenzen wurden von der Verwaltung in allen Fällen zugunsten der Kollegen erledigt. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: 1. Bevollmächtigter Fischer, Schriftführer Benning, 2. Kassierer Budach, Revisoren Wiedemann und Bauer, Kontrollkommission Mohr und Drenth. 1. Kassierer und 2. Bevollmächtigter standen nicht zur Wahl. Dann erledigte die Versammlung die Anträge zum Goutag und Verbandstag. Als Delegierte zum Goutag wurden die Kollegen Sarah und Thierse, als Erlaymann Kollege Zimmer gewählt. Unter Verbandangelegenheiten wurden noch einige Angelegenheiten lokaler Natur erledigt. Unter Verschiedenes wies Kollege Folger als Gewerkschaftskommissionsmitglied auf die am 20. Januar stattfindenden Gewerkschaftswahlen hin, und ersuchte die Kollegen um rege Beteiligung.

Kummelsburg.

Zum Krüppel gefahren. Ein schwerer Unglücksfall hat sich schon wieder auf dem Kummelsburger Rangierbahnhof ereignet. Der in der Kummelsburgerstr. 49 wohnhafte Rangierer Albert Scholz wurde während der Arbeit von einem Rangierzug erfasst und ihm das rechte Bein am Knie vollständig abgefahren. Der Bedauernswerte wurde im städtischen Krankenhaus untergebracht.

Zegel.

In unbefriedigtem Zustande irrte gestern am Spandauer Weg in Reinickendorf resp. im Zegeler Forst ein Mann umher, welcher sich ihm nähernde Personen bedrohte. Schließlich gelang es einem Gendarmen, den irre Reden führenden Mann zu beruhigen und ihn zu veranlassen, die im Walde liegende Kleidung wieder anzuziehen. Auf dem Amtsbureau, wohin der Geistesranke gebracht wurde, stellte man ihn als den 38-jährigen Arbeiter Böhl fest, welcher neun Monate in der Landesirrenanstalt in Neuruppin interniert war und von dort vor etwa zwei Monaten als gebessert entlassen worden ist. Er wurde wieder der Irrenanstalt zugeführt.

Am 16. Januar tagte bei Robert Schmidt eine Mitglieder-versammlung des Wahlvereins. Der Kassenbericht, den Genosse Böhl erstattete, ergab eine Einnahme von 771,01 M., eine Ausgabe von 524,71 M., bleibt mithin ein Bestand von 246,30 M. — Auf Antrag des Vorstandes wurde beschlossen, drei neue Agitationsbezirke zu bilden, und zwar je einen für die Ortshäfen: Freie Scholle, Heiligensee-Schulzendorf und Zegel-ort-Förstfelde. Als Bezirksleiter hierzu wurden gewählt die Genossen Martini, Leibig und Gress. — Dierauf vollzog die Versammlung die Wahl eines 16-gliedrigen Wahlkomitees und beauftragte dasselbe mit den Vorarbeiten zu den Gemeindevahlen. — Für diejenigen, welche keine Zeit haben, die Wählerlisten selbst einzusehen, erklärten sich zur Einsichtnahme folgende Genossen bereit: Kadeike, Schlieperstraße 30, Rob. Schmidt, Schlieperstraße 64, Kargius, Schlieperstraße 64, S. Drescher, Spandauerstraße 15, P. Gutsch, Schlieperstraße 81, Barbier Ochs, Brunnenstraße 15. — Genosse Drescher gab den Bericht der Zeitungskommission. Im Monat November betrug der Ueberschuss 21 M. und im Dezember 10,07 M. Gleichzeitig gab Genosse Drescher bekannt, daß am Sonntag, den 28. Januar, vormittags 11 Uhr, im Lokale von Brante, Reinickendorf-West, Eichdornstraße, eine kombinierte Versammlung der Wahlvereine Zegel, Förstfelde und Reinickendorf stattfindet. — Zum Schluß bestätigte die Versammlung noch die Aufnahme von 13 sich neu gemeldeten Mitgliedern.

Die Zegeler Gemeindevertretung hat sich in ihrer letzten Sitzung, als erste in Betracht kommende Vorortsgemeinde, mit dem

Wau der Nordostbahn (Zegel-Förstfelde) beschäftigt. — Nach dem vorgelegten Kostenanschlag wird die Bahn 1 1/2 bis 2 Millionen Mark erfordern. Zunächst soll die Kreisbahn als eingleisige Nebenbahn hergestellt, später aber zweigleisig ausgebaut werden. Der Kreis Niederbarnim fordert nun von Zegel die kostenlose Abtretung des notwendigen Areals in einer Breite von 22 Metern und ferner soll sich die Gemeinde mit zwei Prozent des aufzuwendenden Kapitals an der Verzinsung beteiligen. Die Gemeindevertretung erklärte sich mit den Bedingungen einverstanden. — Ferner kam zur Sprache, daß zwischen Berlin und Zegel ein Vertrag besteht, nach welchem Berlin verpflichtet ist, einen Referendariat des Zegeler Gaswerkes an das Berliner Gaswerk zu schaffen. Es wurde beschlossen, den Anschluß an das Berliner Gaswerk sofort herzustellen. — Vom Gemeindevorsteher wurde die Mitteilung gemacht, daß das Reichspostamt ein wiederholtes Besuch um Einschließung Zegels in die Ortsbriefstafe mit Berlin abgelehnt hat. Man will sich nun direkt an den Minister wenden.

Lichtenberg.

Die Gemeindevertretung genehmigte in ihrer ersten Sitzung im neuen Jahre zunächst den Austausch einiger Parzellen Bauland in der Rathausstraße mit dem anliegenden Besitz und die Ueberlassung eines Streifens Landes an die elektrische Straßenbahn. Zwei Anträge des Grundbesitzervereins Lichtenberg-Ost, die der Gemeindevertreter Köfer gestellt und auch begründete, bezogen die Pflanzung des Triftweges bezw. die Durchlegung der wegen ihrer „zweckmäßigen“ Linienführung schon zu einer „Verühmtheit“ gewordenen Friedrichstraße. Die Anträge wurden aber abgelehnt, nachdem auch unsere Genossen durch Grauer ihre Ablehnungsgründe dargelegt hatten. Dem Gemeindevorsteher wurde die Ermächtigung erteilt, in bürgerlichen sowie Verwaltungsstreitsachen sich vertreten lassen zu dürfen. Anlaß zu diesem Beschlusse gab das neuerliche Verlangen eines Richters, der Gemeindevorsteher solle den Nachweis liefern, daß ihm durch Gemeindecyklus das Recht zuerkannt ist, sich vertreten zu lassen. Der Ankauf des der Gesellschaft an der Obersee gelegenen, im ehemaligen Rittergutbezirk belegenen Verteilungs-Kabelnetzes der elektrischen Leitung zum Preise von 36 000 Mark wurde genehmigt. Damit werden nunmehr alle Anschlüsse von Abnehmern in Zukunft an das Gemeinde-Netz ermöglicht. Weitere 94 000 Mark für Aufstellung einer 500 Pferdekraft-Maschine für das Gemeinde-Elektrizitätswerk sowie 420 000 Mark für eine Erweiterung der ganzen Betriebsanlage des eben erst fertig gewordenen Werkes wurden bewilligt. — In der längeren Debatte, in der Genosse Grauer namens unserer Genossen die Zurückweisung der Vorlage an das Kuratorium beantragte, wurde festgestellt, daß für die Bewilligung der 420 000 Mark wohl eine mündliche Begründung vorliege, aber jede rednerische Unterlage fehle. Die vorgeschlagene Vergrößerung des Werkes soll angeblich eine Leistungsfähigkeit von jezt 268 Kilowatt — circa 400 Pferdekraft — auf in Zukunft 820 Kilowatt — 1200 Pferdekraft — ermöglichen. Auch für das Gemeinde-Gaswerk, das aus seinem „Werden“ überhaupt noch nicht herausgelommen ist, wurden 275 000 Mark zur Erbauung eines 26 000 Kubikmeter Ruhinhalt haltenden Gasbehälters bewilligt. Unsere Genossen, die für den Antrag stimmten, forderten durch Grauer die Vorlegung einer Vorlage, die einen Nachweis enthalten soll, welche Mittel für diesen Teil der Gemeindevorte bewilligt und welche davon verbraucht sind.

Nordend.

Der Wahlverein hielt dieser Tage im Restaurant Krieg seine Mitgliederversammlung ab. Genosse Döschel schilberte mit Rücksicht auf die im März stattfindenden Gemeindevahlen eingehend die schlechten Verhältnisse hier am Orte, und forderte die anwesenden Genossen auf, eine rege Agitation zu betreiben. Unter Vereinsangelegenheiten wurde vom Genossen Amm ein Antrag gestellt, die Zugungen nicht wie bisher Sonntags, sondern jeden Mittwoch nach dem 1. und 15., abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Krieg abzuhalten. Dem wurde zugestimmt. Zum Schluß wurde nochmals auf die Protestversammlung am 21. d. Mts. hingewiesen und die Genossen angespornt, für einen guten Besuch zu agieren. Die Nordender Genossen haben sich bei Waader in Wilhelmshof eingefunden.

Teltow.

Das Fuhrwerk des Gutsbesitzers Töpfer aus Teltow karambolierte am Mittwoch mit der Dampfstraßenbahn Dr. Lichterfelde-Stahnsdorf. In der Nähe des sogenannten Galgenberges wurde das dort haltende Fuhrwerk von dem in schneller Fahrt daherkommenden Zug von hinten erfasst, wobei ein Pferd unter die Lokomotive geriet. Das Tier wurde mit großer Anstrengung beiseite geschafft und verendete nach 20 Minuten.

Friedrichsfelde.

In Kleinigkeiten groß! Kam man von unserer Gemeindeverwaltung mit vollem Recht sagen. Hat jemand in Friedrichsfelde einen „Freund“, den er Kerger bereiten will, so braucht er nur ein anonymes Schreiben an die Gemeindeverwaltung zu richten und flugs wird der behördliche Apparat in Bewegung gesetzt. Doch nicht etwa um den Lumpen zu ermitteln, der sich nicht getraut, mit seinem Namen für seine Handlungsweise einzutreten, sondern der Denunzierte wird vorgeladen, um wegen seines Einkommens vernommen zu werden. Denn in den meisten Fällen handelt es sich um Steuerangelegenheiten. Kürzlich wurde ein hiesiges Ehepaar — der Mann ist 73, die Frau 68 Jahre alt — in der oben gekennzeichneten anonymen Art denunziert, weil es keine Steuern zahlte. Die Betroffenen waren im vorigen Jahr von der Steuer befreit worden wegen langjähriger Krankheit und gänzlicher Erwerbsunfähigkeit. Nun war in der Anzeige behauptet, das Ehepaar mache oft Geschenke, die (68-jährige) Frau gehe Sonntags in ein Tanzlokal, die Leute verankten Kartoffeln, auch könnten die Leute eine billigere Wohnung als die jetzige, für die 19 M. bezahlte werden, bemessen, und sie hätten auch Geld auf der Sparkasse. Bei dem behördlichen Examen stellte sich auch heraus, daß der Mann ein monatliches Einkommen von 28,90 M. sicher hat, nämlich 16,40 M. Invalidentrente und 12,50 M. Pension als Bahnarbeiter. Die Frau verkauft auch Kartoffeln, welche sie — gestopelt hat, um sich dafür Kohlen zu kaufen; auch stellte es sich heraus, daß die Frau tatsächlich manchmal mit ihren erwachsenen Kindern ein Lokal Sonntags besucht, nur kostet ihr dies nichts. Als wahr stellte sich auch heraus, daß die Leute Geld auf der Sparkasse haben. Da die Leute noch nie in ihrem Leben eine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln, auch nicht aus privaten, erhalten haben, sparten sie so viel, um auch bei ihrem eventuellen Tode nicht die Gemeinde der Verordnungsstellen wegen in Anspruch nehmen zu müssen.

Das Resultat der ganzen Aktion ist: Aufregung für das beteiligte Ehepaar und die Inanspruchnahme mehrerer Beamten,

welche ihre Arbeitszeit einer besseren Sache hätten widmen können. Ja, warum wirkt man nicht, wie sich das gehört, anonyme Schreiben einfach in den Papierkorb. Vorbeeren hat die Steuerbehörde bei derartigen Fällen, die leider nicht vereinzelt dastehen, noch nicht gelernt; und wird auch keine ernten!

Dreiwik.

Sozialdemokratischer Wahlverein Dreiwik. In der letzten Sitzung machte der Vorsitzende zunächst Mitteilungen geschäftlicher Art und von dem Stattfinden der Protestversammlungen am 21. Januar 1906 mit dem Hinweise, für regen Massenbesuch zu agitieren. Den Kassenbericht gab Genosse Hünze. Abgeliefert an den Zentralwahlverein ist der Betrag von 14 M. 14 Pf., der Bestand am Orte beträgt 6 M. 50 Pf. Den Bericht von der Generalversammlung gab Genosse Wendt. Als Kandidat zu den bevorstehenden Gemeindevahlen wurde Genosse Wendt aufgestellt. — In Bezirksführern wurden die Genossen Müller und Engel gewählt. — Als Mitglied der Lokalkommission wurde der Genosse Paul Siede bestimmt. — Unter Verschiedenem wurde beschlossen, zwei Genossen zu streichen. Der Genosse Gohing gab als Lokalkommissionsmitglied einen Bericht von den Lokalkontrollen, die er vorgenommen hat. Der Bericht legte Zeugnis dafür ab, daß ein Teil der hiesigen Arbeiterbevölkerung leider noch nicht begreifen kann, daß gesperrte Lokale zu meiden sind; es ist dies um so bedauerlicher, weil hier ein Versteckort vorhanden ist.

Ober-Schöneweide.

Die Veranhaltung der Frau Walfotte, die in Wilhelminenhof sitzhaft, hatte sich zahlreichen Besuches der hiesigen Arbeiterschaft zu erfreuen und wurde beifällig aufgenommen.

Berliner Nachrichten.

Eine neue Omnibuslinie. Die Eröffnung der neuen Omnibuslinie 32, Rosenhaleer Tor—Schlesisches Tor, ist jetzt endgültig auf Montag, den 29. Januar, festgesetzt worden. Der Weg der neuen Linie ist ferner inzwischen folgendermaßen bestimmt worden: Rosenhaleer Tor, Lothringersstraße, Prenzlauerstraße, Linienstraße, Gollnowstraße, Webersstraße, Große Frankfurterstraße, Andraasstraße, Schillingstraße, Mariannenufer, Köpenickerstraße bis zum Schlesischen Tor. Die Haltestelle am Rosenhaleer Tor befindet sich an der Ecke der Lothringersstraße, die am Schlesischen Tor an der Ecke der Oppelnerstraße. Die Zeitstrecken zu fünf Pfennig sind jetzt folgendermaßen abgegrenzt: Rosenhaleer Tor (Ecke Lothringersstraße) bis Webersstraße (Ecke Landsbergerstraße), Lothringersstraße (Ecke Schönhauser Allee) bis Große Frankfurterstraße (Ecke Webersstraße), Gollnowstraße (Ecke Neue Königstraße) bis Andraasstraße (Ecke Webersstraße), Webersstraße (Ecke Landsbergerstraße) bis Köpenickerstraße (Ecke Mariannenufer), Große Frankfurterstraße (Ecke Webersstraße) bis Köpenickerstraße (Ecke Eisenbahnstraße), Andraasstraße (Ecke Webersstraße) bis Schlesisches Tor (Ecke Oppelnerstraße). Der Betrieb beginnt werktags morgens am Rosenhaleer Tor 7,01, am Schlesischen Tor 6,15. Der letzte Wagen geht 10,15 vom Norden, 9,20 vom Süden. Sonntags beginnt der Betrieb am Schlesischen Tor um 7,00, im Norden 7,14. Der letzte Wagen geht von dort 11,00, vom Schlesischen Tor 10,14.

Ein dreifacher Einbruchdiebstahl ist in der letzten Nacht in dem Herrengarderobenschloß von Matthes in der Wauzenstraße 13 verübt worden. Nachdem sich die Täter Eingang in das Schloß verschafft hatten, stahlen sie dort einen Posten Kleidungsstücke, hauptsächlich Herrenhosen, und da es ihnen nicht möglich war, ihre Beute davonzutragen, luden sie dieselbe einfach auf einen in dem Hof stehenden Handwagen und entfernten sich unbemerkt. Weder von dem Wagen noch von den Einbrechern selbst konnte man bisher eine Spur finden.

In der Leipzigerstraße schwer verunglückt ist gestern Abend der 26-jährige Buchhalter Fritz Schul, Schiffbauerdamm 37 wohnhaft. Der junge Mann wollte einem Straßenbahnwagen ausweichen, stieß dabei gegen eine Droschke und wurde auf das Straßenpflaster geschleudert. Er schlug so unglücklich mit dem Kopf gegen die Bordwand, daß ihm der Schädel gebrochen wurde. Er kam nach der Rettungswache in der Wauerstraße, und nachdem ihm dort die erste Hilfe zuteil geworden, nach der Charité, wo er fast hoffnungslos danielerliegt.

Von einem Geldschrank zermalmt. Ein entsetzliches Unglück hat sich in der Anheimschen Geldschrankfabrik in der Wadestraße zugetragen. Mehrere Arbeiter, welche mit dem Transport eines Geldschrankes beschäftigt waren, hatten einen in dem Arbeitsraum liegenden kleinen Schmelz nicht beachtet. Ueber diesen stürzte nun der rückwärts schreitende Arbeiter Meyer aus Schönholz, ein 48-jähriger, sehr starker Mann. Sein Nebenmann verlor dadurch ebenfalls die Gewalt über den viele Zentner wiegenden eisernen Schrank, so daß dieser dem M. auf den Leib stürzte. M. wurde sofort nach dem Krankenhaus Bethanien gebracht, wo er bald nach der Ankunft verstarb.

Der orkanartige Sturm.

Der gestern wütete, hat in Berlin und seiner Umgebung arg gehaust. Große Schaufenster wurden eingedrückt, Schornsteine umgeworfen, Dächer abgedeckt und Bäume entwurzelt. Das Passieren der Straßen war zeitweilig gefährlich, weil man nicht sicher war vor losgerissenen Ziegeln, Schiefen und dergleichen. Die Feuerwehre wurde in zahlreichen Fällen alarmiert, wo es sich um Beseitigung von Sturmschäden handelte. So waren am Stralauer Platz 23 beide Schornsteine des rechten Seitenflügels glatt weggeblasen worden, und da der Sturm den Rauch in die Wohnungen hinabdrückte, fanden sich die Mieter derart belästigt, daß sie die Feuerwehre herbeiriefen. Vor der Zwölfapostelstraße zerfiel der Sturm die Telephonbrücke, die auf die Starkstromleitung der Straßenbahn herabfiel. Bei der gegenseitigen Verfrachtung entwickelten sich starke Stichflammen und auf kurze Zeit trat Kurzschluß ein. Der in unmittelbarer Nähe stationierte zwölfte Löschzug brachte die Drähte bald wieder ausendern. Ein großer Lastkahn an der Ecke Invaliden- und Schanhorststraße war durch den Luftdruck ins Wanken geraten und drohte unzugänglich zu werden. Auch hier mußte die Feuerwehre helfend eingreifen. Große Spiegelgehäusen des Herrengarderobenschloßes von Henoch in der Frankfurter Allee und der Konfektionsfirma von W. Reinweber am Kölnischen Fischmarkt wurden vom Luftdruck auf die Straße geschleudert, ohne glücklicherweise jemand zu verletzen. Recht übel wurde auch dem Erzengel Michael von der Michaelische mitgespielt. Auch er mußte sich der Gewalt des Orkans beugen. Unter Gepolter stürzte er von seinem hohen Standplatz über dem Haupteingang herab. Hierbei verfiel sich der Wind in den Engelsflügeln, wobei die 32 Zentner schwere vergoldete Zinfigur seitwärts auf das Dach geschleudert wurde. Auf dieser Flugbahn rief sie noch eine Steinfigur um, die den äußeren Rand des Daches krönte. Das Kirchengewölbe wurde dabei an mehreren Stellen beschädigt, doch sind Personen bei dem Unfall nicht verletzt worden. — In der Friedrichstr. 118a mußte die Feuerwehre eingreifen, um eine große Kiste, die vom Dache herabstürzen wollte, dabei aber an der Dachrinne hängen blieb, herabzuholen. Ein drei Stockwerke hohes Gerüst wurde in der Friedenstr. 17a infolge des Sturmes wankend und brach dann in sich zusammen. Die in der Nähe schaffenden Arbeiter konnten sich noch rechtzeitig in Sicherheit bringen. Erhebliche Schäden hatte auch der Baumbestand des Tiergartens. Wenn auch nur vereinzelt Bäume völlig entwurzelt und umgeworfen wurden, so erlitten andere doch durch Abreißen der Zweige arg Beschädigungen. Weiße Flächen waren nach dem Sturm mit Zweigen wie besät. Durch das Fehlen des Blätter-

schmuckes boten die Bäume aber dem Orkan weniger Angriffsflächen und konnten deshalb nicht so leicht gelüht werden. — Wenig beneidenswert war die Lage zweier Wäuerlein, die bei Tagesanbruch mit beladenen Strohwagen sich auf dem Wege zwischen Tempelhofer und Berlin befanden. Eine Zeit lang hielten die Gefährten die Windböhe aus, obgleich sie ganz bedenklich schwankten. Plötzlich wurden sie zu gleicher Zeit von einer Windwelle förmlich emporgehoben und umgeklippt. Es war keine leichte Aufgabe, bei dem herrschenden Sturm die Wagen wieder neu zu beladen. Erst in den Nachmittagsstunden langten sie nach vielen Fahrnissen in Berlin an. — Ein ähnlicher Vorgang spielte sich in der Mohrenstraße ab, wo ein mit Brettern und Lüren beladener Wagen vom Sturm umgeworfen wurde. — In der Wellebuestraße 18 wurde ein harter Baum entwurzelt und quer über die Straße geworfen.

Auch aus den Vororten werden Sturmschäden gemeldet. So wurde in Schöneberg das Dach einer Scheune vollständig abgehoben und eine Strecke in's Feld getragen. In Schöneberg deckte der Sturm das Kuppeldach eines Neubaus ab. Dort wurde auch ein Bahnhüterhäuschen an der elektrischen Vorortbahnstrecke total zerstört.

In Wilmersdorf stürzte vormittag bei einem Neubau in der Weimarschen Straße der Fahrstuhl, der zum Befördern des Baumaterials benützt wird, um. Die Arbeiter hatten infolge des Sturmes die Arbeit schon eingestellt und saum war der letzte Mann weg, kippte der Fahrstuhl. Einige Minuten früher und gegen zehn Arbeiter hätten schwer verunglückt können. Auch auf einigen anderen Bauten in Wilmersdorf sollen solche Fahrstühle durch den Sturm umgeblasen worden sein.

In Schöneberg wurde durch die Gewalt des Unwetters eine Baukatastrophe hervorgerufen, bei welcher drei Personen verunglückten. Auf dem Grundstück Thorswaldenstr. 8 wird zurzeit ein Neubau errichtet, welcher bis zur ersten Etage gediehen ist. Gestern in der Mittagsstunde stürzte plötzlich unter lautem Poltern die Giebelwand ein, und zwei Arbeiter sowie der Bauunternehmer wurden unter den Trümmern begraben. Der letztere, mit Namen Wilhelm Tempelhof, Wilhelmstraße 14 zu Friedenau wohnhaft, hatte einen doppelten komplizierten Unterschenkelbruch davongetragen. Der 40-jährige Bauarbeiter Adolf Eisenblätter aus der Granachstr. 60 zu Schöneberg war am schwersten verunglückt. Er wurde mit einem Schädelbruch und schweren inneren Verletzungen davongetragen. Leichtere Verletzungen hatte der Arbeiter Neumann aus Wilmersdorf erlitten. Nachdem der beiden Arbeiterwunden an Ort und Stelle von einem hinzugerufenen Arzt Notverbände angelegt worden, wurden sie in einem Krankenwagen in das Elisabeth-Krankenhaus übergeführt. Wegen des gefährlichen Sturmes wurden vorläufig die Arbeiten auf dem Bau eingestellt. — Auf einem Neubau in der Lütthauerstraße wurde der Zimmermann Gustav Ritsch, Petersburgerstr. 48 wohnhaft, vom Dach heruntergeweht und lebensgefährlich verletzt. R. war mit dem Verlegen von Balken beschäftigt, und als er am Rande des Daches stand, erfaßte ihn plötzlich ein Windstoß und warf ihn in die Tiefe hinab. Arbeitskollegen brachten den Verunglückten nach der Unfallstation XVII in der Warkauerstraße, wo bei ihm ein schwerer Rückenbruch, innere Verletzungen und Kontusionen am Kopf und am Arm festgestellt wurden. R. kam in das Krankenhaus Am Friedrichshain. — In Köpenick hat der Orkan die städtische Badeanstalt an der Dörpree vernichtet. Mächtige Wellen schlugen an die Anstalt heran und lösten eine Wanne nach der anderen. Ein großer Teil der Badeanstalt ist vollständig weggeschwemmt worden. — Auf dem Wüggelsee kenterten 4 Ruderboote. Trotz des gewaltigen Wellenganges, welcher infolge des Sturmes auf dem See herrschte, hatten sich mehrere Waghalsige in Ruderbooten dem stürmischen Element anvertraut. Die Fahrzeuge kenterten jedoch sämtlich noch in der Nähe des Ufers, und dieser unglückliche Umstand erreichte den Unvorsichtigen zum Glück. Es gelang ihnen allen, durch Schwimmen das rettende Ufer zu erreichen, doch mußten sie die Boote der Brandung des Sees überlassen. — In Rieder- und Ober-Schöneweide, Treptow, Mariendorf, Steglitz usw. wurden von alten Häusern ganze Dächer weggerissen und in den Laubenhöfen ganze Räume und Säulen umgelegt. Im Graubenthal hat der Baumbestand ganz besonders an den freiliegenden Ufern der Havel und des Wannees gelitten.

Aus der Selbstmordchronik des gestrigen Tages sind folgende Fälle zu melden: Der 23-jährige Techniker Max S. aus der Wadestraße versuchte sich zu erschießen. In hoffnungslosem Zustande wurde er in das Krankenhaus Am Urban eingeliefert. Verschmähte Liebe soll die Ursache zur Tat sein. — In der Nähe des Hamburgerplatzes in Friedenau wurde gestern die Leiche eines jungen Mannes aufgefunden, welcher sich mit dem Mordgift das Leben genommen hatte. Neben dem Toten lag die leere Zylinderschale. Aus dem Neuzer des Selbstmörders geht hervor, daß es sich um einen jungen Studenten handelt. — In einem Hotel vergiftet hat sich gestern der 23-jährige Wädergeselle Eugen Necker. In fast hoffnungslosem Zustande wurde der Selbstmordkandidat nach der Charité gebracht. — Große Aufregung rief ein Selbstmord hervor, der in der gestrigen Nacht am Wadepark ausgeführt wurde. Eine junge dunkelgeleibte Dame ließ in der Nähe der Dohrenstraße aufgeregt auf und ab und sprang plötzlich mit einem Aufschrei über das Gelande hinweg in den Schiffahrtskanal. Passanten machten sich zwar sofort an die Rettung der Lebensmüden, es gelang ihnen jedoch nur, die Unglückliche als Leiche aus dem Wasser herauszuholen. Die Leiche, welche nach dem Schauplatz gebracht worden ist, konnte bis jetzt noch nicht rekonstruiert werden. Die Selbstmörderin dürfte 25 Jahre alt gewesen sein und hat den besseren Ständen angehört. Bekleidet war sie mit dunklem Kostüm und dunklem Winterhut.

Ihr Ehrgefühl.

Zwei mit einer nicht zu geringen Dosis Selbstbewußtsein und Altruismus ausgestattete Quartaner unterhalten sich in der Stadtbahn absichtlich laut über die Frage: Handtasche oder Tornister? „Mir frieren die Finger zu sehr, id' will noch keine Handtasche. Wenigstens die ersten zwei Jahre noch nicht,“ meinte der eine der Brüder Studio. „Gewiß bis Sekunda geht et so, dann regt sich aber der Ehrgefühl dagegen, noch den Tornister zu schleppen,“ sagte der andere hinzu. Und darin waren beide einig! — Wir Deutsche müssen doch stolz sein, auf ein so fein differenziertes Ehrgefühl. Bis Sekunda Tornister, dann Handtasche, anders geht's wider die Ehre! — Jedoch der Primaner, der ins Gebirge reißt, schämt wohl-gemut den Anblick auf den Rücken, ohne Schamerzempfinden für seine Ehre. Ob die Tornister-„Ehre“ aber mehr lächerlich ist als die Junflehre der Satisfaktionsfähigen, nach der man Lumpig sein kann, es sich nur nicht sagen lassen darf? „Der is alles Quatsch!“ würde vielleicht ein Sextaner als Antwort finden. Und Kinder sagen oft die Wahrheit.

Ein tödlicher Baumfall hat sich gestern auf dem Neubau Brandenburgerstraße 18 zugetragen. Infolge eines Fehltritts stürzte der 29-jährige Maurer Albert Gatz aus der vierten Etage auf den Hof hinab und blieb mit zerstückelter Hand und Kopf liegen. Ein sofort zugegriffener Arzt konnte nur noch dem bereits eingetretenen Tod konsultieren. Die Leiche des Verunglückten ist polizeilich beschlagnahmt und nach dem Schauplatz gebracht worden.

Gerichts-Zeitung.

Krawall von Schulheuten vor Gericht.

Eine Anklage wegen Körperverletzung in Ausübung des Amtes und Beleidigung führte die beiden Schulheute Paul Rosenau und Albert Schlenzki vor die zehnte Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Höpke. Die Inzeratenteil veranlt.: Th. Wode, Berlin. Druck u. Verlag: Bornwärts

Grundlage der Anklage bildete eine von dem ersten Angeklagten veranlaßte Wüste Szene, die sich in der Nacht zum 2. Februar 1905 in der Restauration des Gastwirts Joseph Koperski in der Müllerstraße abspielte. Die Anklage vertrat Staatsanwalt Schreiber, die Verteidigung führte Rechtsanwalt Dr. Schwindt, den Nebenkläger Koperski vertrat Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht. Herr Koperski, ein alter Kriegsveteran, dessen Brust Kriegsehrenmünzen und andere Ehrenzeichen zieren, hatte am 1. Februar gegen 12 Uhr nachts noch etwa zehn Gäste in seinem Lokale. Er erklärte diesen, daß derjenige, der noch ein Glas Bier haben wolle, dies sofort sich geben lassen solle, da es nach zwölf Uhr nichts mehr gebe, sondern um 12 Uhr Feierabend sei. Nach der übereinstimmenden Bekundung der Gäste des Koperski, hat letzterer, nachdem er Feierabend geboten, sich auf kurze Zeit entfernt, um auszutreten. Unmittelbar darauf kam der Angeklagte Schlenzki in das Lokal, erkundigte sich nach dem Wirte und als dieser erschien, fragte er ihn, wie lange er Konzeption habe. Auf die Antwort „bis 12 Uhr“, sagte der Beamte: „es ist ja aber schon 12 Uhr vorüber“, worauf Koperski erwiderte, daß er ja auch bereits Feierabend geboten habe. Es kam zu einem Wortwechsel, wobei Rosenau nach übereinstimmender Aussage der Augen- und Ohrenzeugen gesagt haben soll: „Ich habe Sie schon lange auf der Rade, Sie frecher Patron, ich werde Ihnen die Wurst schon anschneiden!“ Er soll ferner sofort erklärt haben, daß er das Lokal säubern müsse und obgleich Koperski einwarf, daß er in seinem Lokale selbst polizei sei, soll er auch gleich ans Werk gegangen sein. Auf den auf die Strafe hinausdringenden Lärm kam der Angeklagte Schlenzki in das Lokal und sah nach der Uhr. Einer der Gäste hat den „Herrn Wachmeister“, ihn doch einen kleinen Rest Bier abstrinken zu lassen, worauf der Schuttmann Rosenau ihm sagte: „Machen Sie mit dem Dreß, was Sie wollen!“ Herr Koperski rief seiner Frau zu, daß die Zeugen aufgeschrieben werden sollen, und da soll der Schuttmann Schlenzki gesagt haben: „Ach was, Zeugen! Uns wird vor Gericht gelaugt und das genügt!“ Rosenau erhielt dann noch Sufkur von einem von der Strafe herbeieilenden Schuttmann Vorkardt, der, wie festgestellt worden, noch in derselben Nacht wahnsinnig geworden ist und in eine Irrenanstalt gebracht werden mußte. Der Angeklagte Rosenau erklärte in einem gegebenen Augenblick: „Na, dann wollen wir 'mal die Wude leer machen!“ und nun ging eine wüste Szene los. Die Gäste wurden sofort forsch angefaßt und flogen, wie sie gestern ausflogen, zur Tür hinaus. Ein 30-jähriger Schornsteinfeger wollte sich eben entfernen und war schon in der Tür, als er von hinten gepackt und auf die Strafe geworfen wurde, so daß er liegen blieb. Gleich darauf fiel auf ihn ein im Lokale anwesender Sprottenhändler, der seine Expedition ins Freie sehr anschaulich beschrieb: „Ich fiel plötzlich zur Tür hinaus und auf den draußen liegenden Schornsteinfeger hinauf. Meine fünf Kisten mit Sprotten lagen auf dem Damm. Das ging so schnell, wie 'ne Maschine, ich lag draußen, die Sprotten auf der Erde, mein Palet war zerlegt, meine Wähe war weg und ich konnte als Nachbar in bloßem Kopf nach Hause gehen. Das war 'ne richtige Landschaft und wenn ich Maler gewesen wäre, hätte ich das schöne Bild aufgenommen.“ Mit diesen Angaben stimmten die der übrigen Verlesungszeugen überein, die bekundeten, daß sie von Rosenau gewaltvoll hinausgedrängt worden und draußen über die anderen gefallen seien, so daß ein großer Anäuel entstanden sei. Als die Gäste draußen waren, ist Rosenau mit dem Schuttmann Vorkardt nochmals in das Lokal gegangen und schleuderte Koperski durch einen wuchtigen Stoß vor die Brust gegen das Klavier, weil dieser seine Nummer wissen wollte. Koperski schrie darauf: „Habe ich das als alter Veteran verdient?“, erhielt aber von Rosenau die höhnische Antwort: „Was geht mich Ihre Veteranenschaft an, ich sch... was auf Ihre Veteranenschaft!“ Rosenau erklärte weiter: „Der muß raus!“, er packte den alten Mann beim Kragen, Vorkardt am Arm und beide zerrten ihn nach der Tür, wo ihn Rosenau heftig gegen die Jalouise stieß. Seine Stieftochter und seine Ehefrau umklammerten ihn, um ihn zu schützen. Rosenau packte die Pflegetochter am Hals, so daß ihre Brosche zur Erde fiel, und schob sie von sich. Als die Ehefrau die Nummer des Schuttmannes Vorkardt sich laut einprägte, schüttelte sie der Schuttmann Rosenau und beleidigte sie mit den Worten: „Was, Sie Alte, Sie wollen auch noch was?! Schämen Sie sich was.“ Erst als der alte Koperski laut um Hilfe schrie, entfernten sich die Beamten. Der Zeuge Koperski mußte sich aber bei einem Arzt verbinden lassen, denn er hatte zwei blutende Hautabschürfungen an der Stirn. Er behauptet, daß er infolge des Vorfalls sich noch heute in ärztlicher Behandlung befinde und sein Geschäft habe verlaufen müssen. — Weide Auggeklagte bestritten die gegen sie erhobenen Beschuldigungen. Insonderheit bestritt Schlenzki, der im wesentlichen nur durch einen Zeugen belastet wurde, sich beim Herausstoßen der Gäste beteiligt zu haben. Er versicherte, daß er lediglich noch einmal ins Lokal gekommen sei, um seinem Kollegen zu sagen, daß er herauskommen solle, da ja die Uebertretung genügend festgestellt sei. Angekl. Rosenau verteidigte sich in der Welle, daß er alles auf den geisteskranken Vorkardt schieben wollte. Er behauptete, daß Vorkardt gegen den alten Koperski handgreiflich geworden, er aber, als er dies gesehen, dazwischentreten sei, um Koperski zu schützen und ihn von seinem Angreifer wegzuzerren. Dies wurde von dem Koperskischen Ehepaare und deren Pflegetochter entschieden bestritten; allerdings hatte Koperski am Tage nach dem Vorfall, als er sich bei dem Reviervorstande beschwerte, den Schuttmann Vorkardt als denjenigen bezeichnet, der ihn mit dem Kopfe gegen die Jalouise gestoßen. — Der vernommene Reviervorstand gab dem Rosenau das Zeugnis eines ruhigen und sich nicht überhebenden Beamten, andererseits konnte er aber auch nichts Nachteiliges über das Koperskische Lokal sagen. Dieser Zeuge gab auf Befragen zu, daß das Verhalten des Rosenau der Instruktion nicht entsprach, da es nur in ganz bestimmten Ausnahmefällen vorkommen dürfe, daß ein Schuttmann bei einer Uebertretung der Konzeptionsstunde zur Säuberung des Lokals schreite. — Der Staatsanwalt führte aus, daß der Angeklagte Rosenau sich außerordentlich rabiat gezeigt und sich der Körperverletzung und der Beleidigung schuldig gemacht habe, obwohl die ganze Verhandlung ergeben habe, daß er durchaus nicht besonders gereizt worden sei. Wenn ihm auch mildernde Umstände zugebilligt werden könnten, so ersähe doch eine Geldstrafe ausgeschlossen. Der Staatsanwalt beantragte gegen Rosenau wegen der Körperverletzung 3 Wochen Gefängnis, wegen der Beleidigungen 60 M. Geldstrafe, gegen Schlenzki dagegen die Freisprechung. — Rechtsanw. Dr. Schwindt empfahl nur eine Geldstrafe, der Vertreter des Nebenklägers, Rechtsanw. Dr. Liebknecht, hielt dagegen das hier festgestellte Verhalten eines Organs der öffentlichen Ordnung für gemeingefährlich und für einen unglücklichen Gewaltakt. — Der Gerichtshof erkannte nach längerer Beratung bezüglich des Angeklagten Schlenzki auf Freisprechung, Rosenau wurde unter Freisprechung von einem Fasse der Körperverletzung im Amte wegen Beleidigung in 3 Fällen und Mißhandlung im Amte zu drei Wochen Gefängnis und 90 M. Geldstrafe verurteilt. Der Gerichtshof hielt für die Handlungsweise des Angeklagten Rosenau eine Geldstrafe nicht für eine ausreichende Sühne. Der Angeklagte mag ja vielleicht durch verschiedene Redensarten gereizt worden sein, immerhin durfte er nicht eine derartige Ausschreitung begehen, die um so gefährlicher ist, weil sie von einem Beamten vorgenommen ist, an den sich sonst jeder anständig Mensch um Schutz wendet. Der Angeklagte hätte vor allen Dingen an die Verordnungen denken sollen, nach welcher es ihm zur Pflicht gemacht wird, sich stets höflich und anständig gegen das Publikum zu benehmen. — Die außerordentlich geringe Strafe vergleiche man mit den Strafen, die wegen weit geringfügiger Ausschreitungen gegen Arbeiter verhängt werden.

Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.